

Nr. **2** Juni 2005  
16. Jahrgang

Sozialimpulse



**DREIGLIEDERUNG DES  
SOZIALEN ORGANISMUS**

Nach dem NEIN:  
Wie weiter mit Europa?  
Betrachtungen, Berichte, Initiativen

HERAUSGEGEBEN VON DER INITIATIVE NETZWERK DREIGLIEDERUNG

## Inhalt

**Notiert: Aus dem Zeitgeschehen** ..... S. 3

### Nach dem NEIN :

#### Wie weiter mit Europa?

- Europa nach den Referenden  
(Christoph Strawe) ..... S. 5
- Das französische NEIN als  
Gründungsakt für ein demokratisches  
und solidarisches Europa  
(Mechthild und Wilhelm Neurohr) ..... S. 6
- Das soziale Europa und die  
EU-Verfassung (Alfred Groff) ..... S. 11
- Zivilgesellschaftliche Alternativen zum  
EU-Verfassungsvertrag (C. Strawe) ..... S. 13
- Ein anderes Europa ist möglich - 7 Thesen  
zur nachhaltigen Zukunft Europas  
(Wilhelm Neurohr) ..... S. 22
- Wie weiter im Verfassungsprozess  
der EU? (Wilfried Heidt) ..... S. 30

### Betrachtungen und Berichte

- Heuschreckenplage?  
(Udo Herrmannstorfer) ..... S. 33
- Die Lissabon-Strategie (Annette Groth) .... S. 33
- Bologna-Prozess ..... S. 35
- Mehr Demokratie in Baden-Württemberg S. 35
- Geburtswehen von Regionalgeld  
(Anton Kimpfner) ..... S. 35

### Ankündigungen und Initiativen

- Initiative „Gendreck weg“ ..... S. 37
- Aktion Wahlstreik (Omnibus  
für direkte Demokratie) ..... S. 38
- Attac im Bundestagswahlkampf,  
Appell der 333 ..... S. 39
- Sozialforum, Erfurt ..... S. 40
- Führung im Spannungsfeld von Zentrum  
und Umkreis, Führung in der  
Selbstverwaltung ..... S. 40
- Drittes Beuys-Symposium ..... S. 41
- Fortbildungsseminare „Individualität  
und soziale Verantwortung“ ..... S. 44

### Literatur

- Karl-Dieter Bodack: InterRegio  
(Martin Bacher) ..... S. 42
- Thomas Brunner: Friedrich Schiller  
(Philipp Tok) ..... S. 43

### Impressum

Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung. Adresse: Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 - 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: Netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 1619-1900. Redaktion und Verwaltung: Dr. Christoph Strawe. Lektoratsberatung: Prof. Dr. Hellmut Fischmeister, Graz. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-). Zahlungen bitte durch Geldschein, Scheck oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Landesbank Baden-Württemberg, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang August und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

## Editorial

Dieses Heft erscheint kurz nachdem sich die Bevölkerung in Frankreich und den Niederlanden mit großer Mehrheit gegen die Ratifizierung des vorliegenden Vertrages über eine Verfassung der Europäischen Union ausgesprochen hat und nachdem es in Deutschland zu einer politischen Krise gekommen ist, die aller Voraussicht nach zu vorgezogenen Neuwahlen noch im September führen wird.

Das französische und das niederländische Referendum sind - auch wenn Befürworter des Vertrages teilweise dies nicht wahr haben wollen - kein Nein zu Europa. Sie sind ein Nein zu mangelnder Partizipation, Brüsseler Bürokratismus und neoliberalen Konzepten, die man nicht auch noch in den Verfassungsrang erhoben sehen will. Hinter dem Nein steht vielfach zugleich die Sehnsucht nach einem Europa, das anders wäre: basisdemokratisch, sozial, nachhaltig und selbstverwaltungsfreundlich. Auch in Deutschland geht es letztlich um die Frage einer gesellschaftlichen Alternative.

Die aufgetretenen Schwierigkeiten im Ratifizierungsprozess des EU-Verfassungsvertrages würden die Möglichkeit eröffnen, noch einmal neu und ohne Zeitdruck über die Grundordnung Europas nachzudenken und einen Verfassungsprozess von unten in Gang zu bringen. Um diese Chance ergreifen zu können, braucht es Ideen über Form und Inhalt eines solchen Prozesses. Welchem Leitbild folgt Europa? Wie ist ein anderes Europa und eine andere Verfassung möglich? Hierzu finden Sie eine Reihe sich ergänzender Beiträge in diesem Heft.

Seit dieser Ausgabe hat die Zeitschrift einen erweiterten Namen: „Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus“. Wir tragen damit der Tatsache Rechnung, dass die Hefte längst nicht mehr nur in der Dreigliederungsszene Verbreitung finden. Daher soll der Titel auch für diejenigen etwas aussagen, die zunächst mit dem Begriff der Dreigliederung noch nichts verbinden. Die Titeländerung ist zugleich der erste Schritt einer Umgestaltung, die vor allem auch das Layout betreffen soll. Daran wird noch gearbeitet.

Ihr



## Notiert: Aus dem Zeitgeschehen\*

100.000 Menschen demonstrieren in Brüssel gegen die als Bolkestein-Richtlinie bekannt gewordene EU-Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt. Eine Mehrheit der Demonstranten richtet ihren Protest zugleich gegen die neue EU-Verfassung +++ Auf ihrem Brüsseler Gipfel lockert die EU den Euro-Stabilitäts-pakt, was vor allem von Deutschland und Frankreich gefordert worden war. Eine höhere Staatsverschuldung führt nun nicht mehr automatisch zu Sanktionen. Die Dienstleistungs-Richtlinie soll grundlegend überarbeitet werden. Nach Auffassung vieler Kritiker ist allerdings zur Entwarnung kein Anlass, da die grundlegenden Ziele der Richtlinie bestehen blieben und in der Verfassung verankert würden +++ Heftige Auseinandersetzung um das Pro und Contra lebensverlängernder Maßnahmen für die „Komapatientin“ Terri Schiavo. Ihr Mann hatte sich seit 1998 bemüht, sie sterben zu lassen. Einsprüche der Eltern waren bei allen Gerichten erfolglos geblieben, ebenso die persönliche Intervention von Präsident Bush. +++ Ein neues Gesetz ermöglicht es den Behörden in Deutschland, bei Verdacht auf Unregelmäßigkeiten Konto-Stammdaten abzufragen. Gegen das Gesetz ist allerdings noch eine Verfassungsbeschwerde anhängig, die aber zunächst sein Inkrafttreten nicht verhindert. +++ Umsturz in Kirgisien: die Opposition übernimmt die Macht, der Präsident Akajew flieht. +++ Der deutsche Bundeskanzler will die Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China durchsetzen, nötigenfalls auch ohne Zustimmung des Bundestages. +++ UN-Generalsekretär Kofi Annan ruft zu einer tiefgreifenden Reform der UNO auf, die im September beschlossen werden soll. Annan möchte den Sicherheitsrat von 15 auf 24 Mitglieder erweitern. +++ Kofi Annan wird durch einen Untersuchungsausschuss vom Vorwurf der Korruption freigesprochen. +++ Die amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice soll sich intern gegen eine Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat ausgesprochen haben. +++ Der frühere US-Vizeverteidigungsminister Paul Wolfowitz wird zum neuen Präsidenten der Weltbank gewählt. Neuer Generalsekretär der Welthandelsorganisation WTO soll der bisherige EU-Handelskommissar Pascal Lamy werden. Sein Vorgänger, der Thailänder Supachai Panitchpakdi, wird nach dem Willen von UN-Generalsekretär Annan im September Generalsekretär der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) werden. +++ Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat eine Klage von Alteigentümern, die im Zuge der Bodenreform von 1945 in der damaligen sowjetischen Besatzungszone enteignet worden waren, zurückgewiesen. Sie bekommen damit nicht die von ihnen erhoffte hohe Entschädigung. +++ Nach langem, bewusst in der Öffentlichkeit zur Schau gestelltem Leiden, stirbt Papst Johannes Paul der II. Sein Pontifikat hatte 26 Jahre

gedauert. Hunderttausende pilgern nach Rom zu den Trauerfeiern, an denen auch Staatschefs aus aller Welt teilnehmen; sie werden zum medialen Großevent. Das Konklave der Kardinäle wählt den Deutschen Joseph Ratzinger zum neuen Oberhaupt der 1,1 Milliarden Katholiken auf der Welt. Ratzinger, der den Namen Benedikt XVI. annimmt, war als Präfekt der Kongregation für Glaubensfragen ein enger Vertrauter des alten Papstes und gilt als harter Dogmatiker. So war er z.B. für Maßregelungen von Vertretern der Befreiungstheologie in Lateinamerika verantwortlich. Zu seinem Nachfolger in der Kongregation beruft Benedikt den Erzbischof von San Francisco, William Joseph Levada. Das Heiligsprechungsverfahren für seinen Vorgänger leitet er ein, ohne dass die übliche Wartefrist eingehalten wird +++ Die Hochzeit von Prinz Charles und Camilla Parker Bowles findet großes Interesse der Medien. +++ Der ehemalige CDU-Innenminister Kanther wird im Prozess um den sogenannten Schwarzgeld-Skandal zu einer Bewährungs- und Geldstrafe verurteilt +++ Tod von Fürst Rainier von Monaco nach 55jähriger Regentschaft, in denen das Fürstentum zu einem Steuerparadies geworden ist. +++ Die Umsetzung der Ergebnisse des Jobgipfels zwischen Regierung und Opposition kommt wegen mangelnden Einigkeit über die sogenannte Gegenfinanzierung nicht vom Fleck. +++ Nach Schätzungen der EU-Kommission wird Deutschland mit einem Wachstum von 0,8 Prozent an letzter Stelle der EU-Staaten liegen (erwarteter EU-Durchschnitt 1,6 Prozent). +++ Der Kurde Dschalal Talabani wird zum Präsidenten des Irak gewählt. Bei einem Besuch in dem Land fordert die amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice eine stärkere Einbindung der Sunniten in Regierung und Verwaltung ein. +++ China und Indien vereinbaren eine „strategische Partnerschaft“. Die jahrzehntelangen Grenzkonflikte sollen beigelegt und eine Freihandelszone geschaffen werden. Zugleich verschlechtern sich die chinesisch-japanischen Beziehungen. Bei anti-japanischen Demonstrationen wird Japan die Verharmlosung der im 2. Weltkrieg an Chinesen begangenen Kriegsverbrechen vorgeworfen. +++ In bisher umkämpften Kaschmir wird nach rund 60 Jahren wieder eine Buslinie zwischen dem indischen und dem pakistanischen Teil eingerichtet. +++ Die Anwendung der WTO-Regeln lässt chinesische Billigtextilimporte ansteigen. China protestiert gegen geplante Schutzmaßnahmen der USA und der EU. Diese verstießen gegen die Grundsätze der WTO, alle „Handelshemmnisse“ zu beseitigen. Die Billigtextilien führen allerdings auch zum Ruin von Teilen der Textilindustrie

### Stand des Kostenausgleichs

Bis Anfang Juni waren an Kostenausgleichsbeiträgen (Rundbrief und allgemeiner Kostenausgleich) gut 31.000 von geplanten 36.000 EUR eingegangen. 5.000 EUR bleiben also noch zu finanzieren. Für alle bisherigen Beiträge herzlichen Dank!

\* Bis 3. Juni 2005

von Drittweltländern. +++ Bei einer Veranstaltung zum neuen Grundsatzprogramm wettert der Vorsitzende der SPD Müntefering gegen das „Diktat der Wirtschaft“ und bezeichnet Finanzinvestoren als „Heuschrecken“. Kritiker sehen darin eine Ablenkung von der eigenen neoliberalen Politik und bezeichnen die Schelte als Versuch, die Stimmung bei den NRW-Wahlen zu drehen und traditionelle SPD-Wähler an die Urnen zu bringen. Münteferings Kritik erhält neue Nahrung, nachdem ein sogenannter Hedge Fonds den Chef der Deutschen Börse zum Abdanken gezwungen hat. Hedge-Fonds sind Investmentfonds, die eine hochspekulative Anlagepolitik betreiben. +++ In Kiel einigen sich CDU und SPD auf eine große Koalition. Peter Harry Carstensen wird Ministerpräsident. In Baden-Württemberg löst Günther Oettinger (CDU) Erwin Teufel ab. +++ Tod des ehemaligen Generalbundesanwalts Kurt Rebmann und des langjährigen Vorsitzenden der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) Heinz Kluncker. Tod der Schauspielerin Maria Schell und des Schauspielers und Entertainers Harald Juhnke. +++ Beim Auftritt von Außenminister Fischer im Visa-Untersuchungsausschuss des Bundestages wird erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik eine derartige Sitzung in voller Länge live im Fernsehen übertragen. +++ Erstflug des europäischen Airbus A380, des größten Passagierflugzeugs der Welt. +++ Auseinandersetzung um die weitere Ausdehnung der EU. Der bayrische Ministerpräsident Stoiber erklärt, er wolle den Beitritt der Türkei verhindern, Bundeskanzler Schröder hält am Beginn der Beitrittsverhandlungen im Oktober fest, wie er bei einem Türkei-besuch bekräftigt. +++ Die EU-Kommission will, dass noch in diesem Jahr Gespräch mit Serbien-Montenegro über ein Assoziationsabkommen aufgenommen werden. +++ Tony Blair siegt bei der Unterhauswahl zum dritten Mal in Folge, die Labour Party büßt allerdings Stimmen ein. +++ Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle ruft zur Zurückdrängung der Gewerkschaften auf und bezeichnet die Gewerkschaftsfunktionäre als Plage. Der Bundesparteitag der FDP bestätigt Westerwelle als Parteivorsitzenden, neuer Generalsekretär wird Dirk Niebel. +++ Demonstrationen am Tag der Arbeit am 1. Mai. In Mannheim erklärt der DGB-Vorsitzende Sommer, in den Vorstandsetagen herrsche „die nackte Gier“. +++ In Berlin wird die Holocaust-Gedenkstätte eröffnet. +++ Feiern zum 60. Jahrestag der deutschen Kapitulation in Moskau. Erstmals ist der deutsche Bundeskanzler offizieller Teilnehmer einer derartigen Feier. +++ Der deutsche Bundestag ratifiziert den Vertrag über die Verfassung der EU ohne substanzielle und eingehende Debatte. Einige Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion stimmen mit Nein, die SPD-Bundestagsabgeordneten Ernst-Ulrich von Weizsäcker und Hermann Scheer enthalten sich der Stimme und geben Erklärungen zu Protokoll, in denen einige Motive der zivilgesellschaftlichen Kritik aufgenommen werden. Wie man hört, wurde im Vorfeld der Abstimmung erheblicher Druck auf Abgeordnete ausgeübt. Auch in Österreich und der Slowakei gibt es eine große Mehr-

heit in den Parlamenten, in Österreich sogar nur 1 Gegenstimme +++ Rund die Hälfte der ArbeitnehmerInnen in Frankreich erscheint am Pfingstmontag, der laut Regierungserlass kein Feiertag mehr sein soll, nicht zur Arbeit. Bei Umfragen zum Verfassungsreferendum ergibt sich nun wieder eine leichte Mehrheit für die Ablehnung +++ Neue Steuerschätzung in Deutschland: befürchtet werden Mindereinnahmen von rund 67 Mrd. EUR im Zeitraum von 2005 bis 2008. +++ Hartz IV wird zum Milliardenrisiko: es drohen 9 Mrd. EUR Mehrausgaben gegenüber den Planungen. +++ Blutige Unterdrückung von Demonstrationen durch die Regierung Usbekistans, das Militär schießt in die Menge, die Zahl der Toten wird auf 1000 geschätzt. Die Kritik der USA und der EU bleibt moderat, was von Beobachtern mit der Bedeutung des Landes für die militärische Präsenz in Afghanistan in Verbindung gebracht wird. +++ Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg erklärt, der Prozess in der Türkei gegen den Kurdenführer Öcalan sei nicht fair geführt worden. Die türkische Regierung will offenbar der Aufforderung zu einem neuen Verfahren nachkommen. +++ Es häufen sich Berichte über Schändungen des Koran durch US-Soldaten, das Magazin Newsweek zieht allerdings einen Bericht über solche Vorkommnisse im Lager Guantanamo zurück. +++ Eine UNO-Waldkonferenz endet nach 2 Wochen ergebnislos. Dem Vernehmen wehrten sich vor allem die USA und Brasilien gegen eine effektive Begrenzung der Abholzung der Regenwälder. +++ Eine UN-Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag scheitert. Die USA verhindern, dass früher gegebene Abrüstungsversprechungen in der Abschlusserklärung auch nur erwähnt werden. +++ Schwere Niederlage von Rot-Grün bei den Landtagswahlen in NRW. Nachdem damit die letzte rot-grüne Landesregierung aus dem Bundesrat verschwunden ist, erklärt Kanzler Schröder, dass er Neuwahlen anstrebt, voraussichtlich am 18. September. Die verfassungsrechtlichen Probleme dabei hält er für lösbar. Für die CDU wird Angela Merkel antreten. +++ Ex-SPD-Vorsitzender Oskar Lafontaine erklärt seinen Austritt aus der SPD und seine Bereitschaft, für ein Linksbündnis von PDS und Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit WASG zu kandidieren. Da das deutsche Wahlrecht Listenverbindungen nicht zulässt und eine Verschmelzung beider Parteien bis September unrealistisch erscheint, bleibt offen, ob eine Vereinigte Linke bei der Bundestagswahl antreten kann. Eine Option wäre die Gründung einer sogenannten „Wahlpartei“ +++ Evangelischer Kirchentag in Hannover +++ Bei einer Beteiligung von 69 Prozent lehnen 55 Prozent der Franzosen den EU-Verfassungsvertrag im Referendum ab, am EU-Referendum in den Niederlanden beteiligen sich wenige Tage später 62 Prozent der Stimmberechtigten, 63 Prozent sagen „Nee“. Dennoch erklärt EU-Kommissionspräsident Barroso, der Ratifizierungsprozess solle weitergehen. +++ Der russische Ölmagnat Chodorkowskij wird zu 9 Jahren Lagerhaft verurteilt +++ Dominique de Villepin wird zum neuen französischen Premierminister ernannt. +++

# Nach dem NEIN: Wie weiter mit Europa?

## EUROPA NACH DEN REFERENDEN

*Christoph Strawe*

Am 5. Mai bildeten Demonstranten aus Frankreich und Deutschland bei strömendem Regen auf der Europa-Brücke in Kehl ein großes NON. Es war zugleich ein Ja zu einem anderen Europa: Zwei große leere Bücher wurden vorgestellt, in die alle ihre Vorstellungen, Wünsche und Ideen für ein anderes Europa und für eine andere Verfassung eintragen konnten und die nun in beiden Ländern von Aktion zu Aktion wandern sollen, Symbol für die Idee eines Verfassungsprozesses von unten. Damals sahen die Umfragen in Frankreich die Befürworter des Verfassungsvertrages gerade wieder vorn. Von ausgewogener und fairer Berichterstattung in den Medien konnte keine Rede sein. Man muss bedenken, dass mit wenigen rühmlichen Ausnahmen fast die gesamte Medienlandschaft einschließlich eines als kritisch geltenden Blatts wie Le Monde massiv für ein Ja warb. 16.000 Menschen unterschrieben einen Aufruf gegen den Skandal: „Das zensierte NON in den Medien - es reicht!“ Die Ja-Propaganda der veröffentlichten Meinung erhielt Schützenhilfe durch deutsche Intellektuelle: Klaus Harprecht; Günter Grass, Wolf Biermann, Jürgen Habermas, Alexander Kluge, Michael Naumann und Gesine Schwan versuchten vergeblich, die Franzosen moralisch unter Druck zu setzen (Originalton: „Stemmt euch dagegen, dass Frankreich den Fortschritt verrät! Die Konsequenzen der Ablehnung wären eine Katastrophe [...] Wir sind es den Millionen Opfern unserer Kriege und Diktaturen schuldig.“) - Umso bedeutender ist der Sieg des NON. Er war nur

möglich durch eine Gegenöffentlichkeit, die sich auf die Vernetzungen der Zivilgesellschaft gründete!

Dann folgte das NEE der Niederlande. Und auch in anderen EU-Ländern sank die Zahl der Befürworter rapide. In Deutschland sprachen sich bei einer Umfrage des Instituts polis für das Magazin „Focus“ nur noch 44 Prozent für das Vertragswerk aus, eine TED-Umfrage der Bildzeitung bei 400.000 Menschen erbrachte sogar eine Ablehnung von über 90 %. Hätten die Deutschen abstimmen dürfen, hätte es dadurch eine ähnlich breite Debatte gegeben wie bei den Nachbarn: das Ergebnis wäre möglicherweise letztlich auch nicht anders ausgefallen als dort. Mit dem Verzicht auf ein Referendum hat das deutsche Parlament, wie der Sprecher von Mehr Demokratie e.V. Gerald Häfner erklärte, die „Bürger unseres Landes für unmündig erklärt“.

Das doppelte Nein in Frankreich und den Niederlanden hat nun die offizielle EU-Politik in eine Krise gestürzt. Alles hätte man sich vorstellen können, aber eines nicht: einen Verfassungsvertrag ohne Frankreich. Noch ist unklar, was der europäische Ratsgipfel am 16. und 17. Juni beschließen wird. Erkennbar soll es ein Plan B sein, aber welcher?

### Verwirrung und Lösungssuche

EU-Kommissionspräsident Barroso erklärte noch in der Nacht des 29. Mai, der Ratifizierungsprozess müsse nach Plan weitergehen - und am Ende werde man sehen. Neuverhandlungen über den Text schloss er aus. Barroso und andere, wie Europaparlamentspräsident Josep Borrell glauben, sich dabei auf die Erklärung zur Ratifikation des Vertrags in der Schlussakte berufen zu können, nach der „der Europäische Rat befasst

### Grundlagen des Verfassungsrechts verletzt

„In dieser Staatsangelegenheit werden die Grundlagen des Verfassungsrechts verletzt. Das rückt fünf traditionelle Grundsätze in den Vordergrund, die geschaffen worden sind, um die Bürger zu schützen.“

1. Eine Verfassung muss gut lesbar sein, um eine Volksabstimmung möglich zu machen: der zur Abstimmung stehende Text ist nicht lesbar. 2. Eine Verfassung schreibt nicht die eine oder andere Politik vor: der zur Abstimmung stehende Text ist parteilich. 3. Eine Verfassung ist änderbar: der zur Abstimmung stehende Text ist aber durch die Forderung nach doppelter Einstimmigkeit verriegelt. 4. Eine Verfassung schützt vor Gewaltherrschaft durch Gewaltenteilung und die Kontrolle der Gewalten: der zur Abstimmung stehende Text organisiert weder eine echte Kontrolle der Gewalten, noch eine wirkliche Gewaltenteilung. 5. Eine Verfassung wird nicht von den Mächtigen gewährt, sie wird vom Volk durch eine verfassunggebende, unabhängige Versammlung, die dafür gewählt und nachher abberufen wird, selbst errichtet, genau aus dem Grund, um sich vor der Willkür der Mächtigen zu schützen: der zur Abstimmung stehende Text heißt die europäischen Einrichtungen und die Bestimmungen gut, die seit fünfzig Jahren von den Machthabern als Richter und Partei zugleich geschrieben worden sind.“

Etienne Chouard, Professor der Rechtswissenschaften in Marseille

wird, wenn nach Ablauf von zwei Jahren nach der Unterzeichnung des Vertrags über eine Verfassung für Europa vier Fünftel der Mitgliedstaaten den genannten Vertrag ratifiziert haben und in einem Mitgliedstaat oder mehreren Mitgliedstaaten Schwierigkeiten bei der Ratifikation aufgetreten sind.“ Der dänische EU-Parlamentarier Jens-Peter Bonde, der auch dem Konvent für die Zukunft Europas angehörte, hält dies für eine rechtlich unhaltbare Position, da Deklarationen - im Gegensatz zu Protokollen - nur Intentionen zum Ausdruck brächten und nicht bindend seien, auch müsste sich das Verfahren auf die bestehenden Verträge stützen und nicht auf einen Text, der ja eben noch gar nicht in Kraft sei.

Die Verwirrung ist beträchtlich. Ein Treffen nach dem anderen: Schröder und Chirac, Schröder und Juncker. Der Bundeskanzler setzt sich für ein Treffen der 6 Gründerstaaten der Europäischen Gemeinschaft ein, Hollands Ministerpräsident Jan Balkenende ist dagegen.

Diskutiert werden auch Szenarien, die darauf abzielen, die Kernelemente der Verfassung durch Vorimplementierung mit Verordnungen, Beschlüssen etc. durch die Hintertür einzuführen. Die portugiesische Regierung schließt nicht aus, dass doch der gesamte Ratifizierungsprozess auf Eis gelegt wird. Schweden erklärt, es wolle den Prozess sofort abbrechen, falls Frankreich oder die Niederlande neue Verhandlungen über den Inhalt der Verfassung verlangen sollten. Denn es sei sinnlos, zu etwas Position zu beziehen, das andere längst abgehakt haben. In Irland dagegen setzte man die Planungen für das eigene Referendum zunächst fort. Aus England verlautete, dass das geplante Referendum auf unbestimmte Zeit verschoben werden soll. Und Tschechien schlägt eine Verlängerung der Ratifizierungsfrist vor.

Klar ist nur, dass man amtlicherseits keine wirklichen Lehren aus dem Debakel zu ziehen gedenkt: Am Grundkurs soll sich nichts ändern. In Deutschland könnte dabei allerdings auch noch das Verfassungsgericht Schwierigkeiten machen. Mindestens die Position der Bundesregierung, das Verfassungsgericht gingen europäische Verträge nichts an, dürfte sich bei der Verfassungsklage des CSU-Politikers Peter Gauweiler als unhaltbar erweisen. Gauweiler wird übrigens von demselben Verfassungsjuristen vertreten, Prof. Karl-Albrecht Schachtschneider, der seinerzeit im Prozess um den Maastricht-Vertrag Festlegungen des BVerfG erwirkte, auf die man sich jetzt berufen kann.

### **Der einzig vorwärts weisende Plan B: Europa von unten**

Offenkundig ist: Es kann kein Europa ohne Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger geben. Deshalb wird die durch das doppelte Nein gewonnene Zeit nur dann wirklich genutzt werden können, wenn die Initiative für den weiteren Prozess nicht mehr denen überlassen bleibt, die für die Bürgerferne ihrer Politik gerade die Quittung erhalten haben. - Deshalb muss jetzt endlich

eine öffentliche Debatte ohne Zeitdruck über die Zukunft der EU ermöglicht werden. - Deshalb darf der Ratifizierungsprozess über den vorliegenden untauglichen Text nicht weitergehen. - Ein neuer Verfassungsprozess muss nicht nur zu neuen Inhalten führen, sondern auch eine Form annehmen, die die Gestaltung von unten ermöglicht und in dem Initiativen aus der Zivilgesellschaft ein Chance haben. Unverbindlich angehört zu werden, das kann es nicht sein. Vielmehr müssen solche Initiativen angemessen in der Öffentlichkeit zur Darstellung gebracht werden können und - wenn sie das entsprechende Echo finden - auch zur Abstimmung gestellt werden, wenn diesmal in allen Ländern der Union die Bürgerinnen und Bürger selbst über ihre Verfassung befinden. Es ist zu hoffen, dass es gelingt, über eine solche Richtung innerhalb der Zivilgesellschaft einen Konsens zu finden.

---

## **DAS FRANZÖSISCHE NEIN ALS GRÜNDUNGSAKT FÜR EIN DEMOKRATISCHES UND SOLIDARISCHES EUROPA**

---

### ***Beobachtungen in Frankreich vor dem Referendum***

*Mechthild Gruner-Neurohr, Wilhelm Neurohr*

Nachdem zunächst in Südeuropa - in Spanien, Italien, Griechenland, Zypern, Slowenien und Ungarn - die EU-Verfassung bereits ratifiziert worden war, ebenso nun in Deutschland, Österreich, der Slowakei und Litauen, blickte ganz Europa Ende Mai gespannt nach Frankreich und in die Niederlande. Unbeirrt von den parlamentarischen Zustimmungen rings herum in allen Ländern diskutierten die zum Referendum aufgerufenen Menschen vor allem in Frankreich die europäische Verfassungs- und Zukunftsfrage „pro und contra“ in vollem Bewusstsein ihrer Verantwortung für die Entwicklung Europas aus zivilgesellschaftlicher Sicht - in der Hoffnung auf eine Signalwirkung etwa für Dänemark, Großbritannien, Irland, Portugal sowie Tschechien und Polen, die erst im Herbst 2005 oder Frühjahr 2006 ihre Referenden durchführen. Viele verfassungskritische Franzosen vergleichen ihre historische Rolle für Europa sogar mit derjenigen während der Französischen Revolution.

Die entscheidenden Wochen vor und nach dem französischen Referendum hielten sich Mechthild Gruner-Neurohr und Wilhelm Neurohr im Südwesten Frankreichs auf, um die Diskussionen und Entwicklungen vor Ort in den Städten und Provinzen zwischen Bordeaux, Toulouse, Clermont-Ferrand und den Pyrenäen zu verfolgen, mit vielen Franzosen ins Gespräch zu kommen und sich in die Auseinandersetzungen selber mit einzubringen. Hier ihr aktueller Bericht vom 27.05.05 direkt aus Frankreich:

### Eigene Maßstäbe abseits der Schaltzentralen Paris und Brüssel

Wir entschieden uns hauptsächlich für die bäuerlichen Regionen in der Dordogne-Gegend, die Regionen des Perigord, des Lozères und Zentralmassivs sowie der Pyrenäen - wo sich die Menschen von Paris und Brüssel weit entfernt fühlen und eigene Maßstäbe setzen - dort, wo der bekannte Attac-Mitbegründer und gegen die Gentechnik aufsässige Biobauer José Bové, eine Art „Held der Zivilgesellschaft“ aus Aveyron mit vielen Anhängern beheimatet ist. (Mit ihm planen wir noch ein Interview). Hier, jenseits der offiziellen „Schaltzentralen“ schlägt das Herz des Landes, und tief in der Provinz ist noch das alte Frankreich lebendig, so betonen die Einheimischen selbstbewusst.

An den Ausläufern des Zentralmassivs findet man noch Städte wie Figeac, die eine erstaunliche Welt-offenheit und noch heute den kosmopolitischen Geist ausstrahlen, der die Städte im 13. Jahrhundert aufblühen ließ. Das Zentrum der Stadt, mit Steuerfreiheit, gehörte den Kaufleuten, die der Feudalmacht des Abtes der Benediktinerabtei damals die Stadtverwaltung als ihre politische Domäne abtrotzten und mit ihren Handelshäusern in Paris, Marseille und Montpellier auch Handelsbeziehungen nach Flandern, England und Nordafrika unterhielten - ein früher Beginn der Globalisierung. Dem aus Figeac stammenden Ägyptologen Champollion war es nach jahrzehntelangen Studien gelungen, die mysteriösen Bildzeichen der Hieroglyphen zu entziffern. Die stolze Vergangenheit prägt die Menschen noch heute.

Vor allem in den Gegenden der Dordogne und des Lot - einer Region, die in der Adelszeit einmal englisch war und wo sich die englischen Touristen noch heute heimisch fühlen - wählen die Menschen traditionell links, entgegen dem Vorurteil, dass das Landvolk traditionsbewusst und konservativ, also eher rechts gestrickt ist. Unter den Bauern hat hier dagegen der Protest Tradition: Im 16. und 17. Jahrhundert kämpften sie gegen die Feudalherren, heute demonstrieren und votieren sie gegen die Agrarpolitik der EU. Dabei gelten sie als die gastfreundlichsten Europäer, die gerne und offen mit den angereisten Urlaubern diskutieren und vor Ausländern kein Blatt vor den Mund nehmen, auch wenn es gegen die eigene Regierung geht.

Dies können wir nach vielen Gesprächen, Kontakten und Erlebnissen bestätigen, die wir im Mai 2005 dort mit Einheimischen hatten, anlässlich der kontroversen Diskussionen um die strittige EU-Verfassung. Wenn wir durch die regionale und die zeitliche Begrenztheit vielleicht kein repräsentatives Meinungs- und Stimmungsbild mitbekamen, so doch einen interessanten Querschnitt mit mancherlei Eindrücken. Wir mussten recht schnell den ersten Eindruck korrigieren, die meisten Franzosen stündten dem Thema und Termin des Referendums gleichgültig und desinteressiert gegenüber - wir erlebten engagierte und aufgeklärte Europäer.

### Europa als Herzensangelegenheit der Menschen in Südfrankreich: Hunderte Bürgerkomitees

Wo immer wir mit den Menschen ins Gespräch kamen - auf den Bauernmärkten, in den Cafés und Städten, in unseren Unterkünften, am Rande politischer Veranstaltungen, beim Treffen mit Freunden und bei vielen Gelegenheiten - die Franzosen, auch das einfache Landvolk in verlassenem Dörfern, zeigten sich erstaunlich informiert, aufgeklärt und engagiert in der Streitfrage „oui ou non“ zur EU-Verfassung. Ihre Argumente waren stets fundiert und die Europafrage schien den meisten eine echte Herzensangelegenheit zu sein. Dazu trugen sicherlich die ausführlichen Berichterstattungen in den französischen Zeitungen und im französischen Rundfunk, vor allem im Sender RFM bei, wo täglich sehr umfassend alle Verfassungsinhalte und das Pro und Contra mit Stimmen aus dem Volke ausgebreitet wurden, aber auch die Vielzahl der flächendeckenden Veranstaltungen in allen Regionen des Landes sowie die Plakate und gut aufbereiteten Informationsschriften.

Die jeweils aktuellsten Umfrageergebnisse schwankten ständig knapp um die 50% Pro und Contra. Waren noch Anfang Mai die Verfassungsbefürworter in der Mehrzahl, so kamen ab Pfingsten die Gegner mit 51 bis 54% zunehmend in die Überzahl. Anders als in Deutschland sind die Grünen in Frankreich mit dem Verfassungstext nicht einverstanden; die Sozialisten sind in der Frage gespalten und neben den Kommunisten zählt auch eine Nationale Front zu den Gegnern. Landesweit haben sich in allen Regionen über 900 zivilgesellschaftliche Bürgerkomitees zur Europafrage gebildet, die den offiziellen Verfassungsentwurf ablehnen und für alternative Vorstellungen von einem demokratischen und solidarischen Europa engagiert eintreten.

Kurz vor dem Abstimmungstermin verdichtete sich die Serie von Versammlungen der Verfassungsgegner und -befürworter bis hinein in die kleinsten Provinzstädte. Während sich die Befürworter meist mit 30 bis 50 Besuchern begnügen mussten, weil davon kaum jemand etwas hören wollte, füllten die Veranstaltungen der Gegner ihre Säle in dreistelligen Zahlen. Eine Großveranstaltung am 12. Mai in Toulouse mit dem grünen EU-Abgeordneten Daniel Cohn-Bendit als Befürworter und dem Bauern- und Attac-Vertreter José Bové war eine der wenigen Veranstaltungen, wo Vertreter von Pro und Contra direkt aufeinander trafen. Hier in Toulouse hatten wir uns auch mit alten Freunden verabredet.

### „Sozialer Sauerstoff“ für eine neue, große Europa-Debatte bis 2009

José Bové kritisierte, dass der Europäische Rat den EU-Kommissaren mit der EU-Verfassung „freie Fahrt“ gebe ohne die geringste Kontrollmöglichkeit des Nationalen und des Europäischen Parlamentes. Niemand könne deren Position angreifen, kein Staat und kein Bürger. Das Schlimmste sei die Liberalisierung der Öffentlichen Dienste: Alles würde dem Konkurrenzkampf

## DIE 21 FORDERUNGEN VON ATTAC FRANKREICH FÜR DEN VERFASSUNGSENTWURF

ATTAC ist der Meinung, dass die Bezeichnung „Verfassung“ für diesen Text schlicht missbräuchlich ist.

Einerseits deshalb, weil die zur Ausarbeitung verwendete Prozedur nichts mit einem verfassungsgebenden Verfahren zu tun hat, das die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung voraussetzen würde. Andererseits deswegen, weil eine Verfassung normalerweise einen Rahmen festlegt, innerhalb dessen unterschiedliche und sogar gegensätzliche politische Ansichten durchgesetzt werden können. Demgegenüber lässt die Politik der Europäischen Union, so wie sie im 3. Teil des Textes genauer definiert wird, keinerlei Spielraum für Alternativen zum Neoliberalismus, selbst wenn solche Alternativen von der Mehrheit der BürgerInnen in den Staaten Europas gewünscht würden. Dazu müsste der Vertrag überarbeitet werden, was die Einstimmigkeit der 25 Unterzeichnerstaaten voraussetzt: ein völlig unmögliches Vorhaben.

Vor diesem Hintergrund erscheint das, was uns heute in der Form eines „Verfassungsvertrags“ vorgeschlagen wird, im Hinblick auf den institutionellen Gesichtspunkt tatsächlich als eine Verfassung, jedoch als eine, die ohne Einhaltung der demokratischen Regeln für einen verfassungsgebenden Prozess zustande gekommen ist, also lediglich als ein ideologisches Manifest für den politischen Inhalt der Europäischen Union. [...]

Es werden absichtlich keine besonderen Forderungen bezüglich der institutionellen Ausgestaltung erhoben, wesentlich ist, dass sie einen grundlegenden demokratischen Charakter haben sollen. Für ATTAC ist der Inhalt der europäischen Politik entscheidend, also ob der rechtliche Rahmen ihre Umsetzung erlaubt und zwar unabhängig von den Institutionen, ihrer Macht und ihren Beziehungen untereinander.

1. Solidarität soll ein Grundwert und eine Richtschnur der Union sein.
2. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau soll ein Grundwert der Union sein.
3. Wettbewerb kann kein Ziel und keine übergeordnete Richtlinie der Union sein.
4. Die öffentlichen Dienste sollen als ein Ziel der Union festgeschrieben und von den Regeln des Wettbewerbs ausgenommen werden.
5. Der Freihandel steht nicht im Dienste des allgemeinen Interesses und darf kein Grundsatz der Union sein.
6. Wir müssen verhindern, dass Kultur, Bildung und Gesundheit durch die gemeinsame Handelspolitik zu Waren gemacht werden.
7. Die Handelspolitik soll Gegenstand demokratischer Kontrolle sein.
8. Das soziale und steuerliche Dumping in der Union muss bekämpft werden.
9. Die Wirtschafts- und Währungspolitik soll Wachstum und Beschäftigung fördern.
10. Die europäische Zentralbank und die nationalen Zentralbanken müssen den Regierungen und den Abgeordneten Rechenschaft ablegen.
11. Die Union soll Darlehen aufnehmen dürfen.
12. Die Union soll die Kapitalbewegungen kontrollieren können.
13. Der Grundsatz der Sicherung von bestehenden Rechten (Besitzstandwahrung) muss festgeschrieben werden.
14. Keine Vorrechte für die Kirchen, die Europäische Union soll eine säkulare sein.
15. Die NATO ist keine europäische Institution.
16. Militarisierung kann keine Verpflichtung der Union sein.
17. Die verstärkte Zusammenarbeit muss erleichtert werden.
18. Die EU-Staatsangehörigkeit muss ausgeweitet werden.
19. Für ein wirksames Initiativrecht der BürgerInnen in der EU-Politik.
20. Die Kommission darf nicht das Monopol der Gesetzinitiative auf europäischer Ebene innehaben.
21. Der Vertrag soll effektiv geändert werden können.

(Es handelt sich um einen Auszug. In ihm werden die Kernforderungen wiedergegeben, die im Original begründet und konkretisiert werden. Den Gesamttext in Deutsch findet man im Internet unter <http://www.staytuned.at/sig/0029/32942.html>)

geöffnet, z. B. die Französische Eisenbahn, die bislang die Bedürfnisse der Menschen erfüllt und nicht auf Profitbasis gearbeitet habe. Die 8 kleinen Artikel in der EU-Verfassung über die Bauern-Politik folgten nur den Produktivitätsinteressen, respektierten nicht die Wünsche der Verbraucher und vergäßen den Naturschutz, das Gemeinwohl und die Souveränität einer biologischen Ernährung.

Der grüne EU-Abgeordnete Cohn-Bendit argumentierte, die Argumente von Bové seien „allesamt Un-

sinn“. Das Nein würde Europa schwächen und auf den Markt reduzieren. Nur das Ja würde Europa aus der Klemme des nur durch den Markt definierten Europa führen, so dass die Chance nicht verspielt werden dürfte, dass Europa politisch und sozial werden würde. Wenn die Möglichkeiten der Verfassung nicht ergriffen würden, dann bliebe alles so, wie man es kritisiere. Andere Länder würden die Verfassung sogar als zu sozial empfinden, als eine Barriere für wirtschaftliche Entwicklung.



Cohn-Bendit: „José, du solltest dich nicht der ersten Verfassung in der Geschichte entgegenstellen, die den Bürgern echte Initiativen und Petitionsrechte zugeht. Zum ersten Mal können die Bürger sich mobilisieren und die Kommission zwingen, ein Gesetz zu erlassen.“ Mit dem Ja zur Verfassung könne man genau das erreichen, was Bové wolle. Cohn-Bendit wörtlich: „José, du bist Pro-Europäer, deine Argumente unterscheiden sich von den Idiotien anderer Partisanen des Nein. Aber das Ja, das ist Bewegung, das Nein der Status Quo eines ökonomischen Europa.“ Die Charta gebe die Möglichkeiten von mehr Ökologie sowie die Öffentlichen Dienste und ein gerechtes Sozialsystem auszubauen.

Bové erwiderte: „Das Nein bedeutet nicht Chaos: Es wird uns allen sozialen Sauerstoff geben. Es wird eine große Debatte eröffnen. Auch dort werden uns Menschen unterstützen, wo es kein Referendum gibt. Bis 2009 werden wir eine neue Debatte führen mit einem Mandat für das Europäische Parlament.“

Das sah der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder wohl anders, der am 27. Mai - nach der Ratifizierung der EU-Verfassung im Bundestag - eigens nach Toulouse anreiste, um zusammen mit dem französischen Sozialisten Dominique Strauss-Kahn das letzte offizielle Meeting der Verfassungsbefürworter vor dem Referendum zu unterstützen, ebenso wie der spanische Präsident Zapatero zeitgleich im nordfranzösischen Lille. Ein linker Abgeordneter wettete daraufhin in der Presse: Die Staatsmänner müssen die Mehrheit des Volkes nicht belehren, dass sie „auf dem falschen Weg“ sei. Ähnlich argumentierte zur gleichen Zeit der deutsche Politiker Oskar Lafontaine auf einer Großveranstaltung der Verfassungsgegner und von Attac in Paris und bot so dem deutschen Bundeskanzler Paroli.

### Ein auf Lügen und Täuschung errichtetes Europa?

Es war uns nicht möglich, alle Veranstaltungen reihum zu besuchen, wo immer wir uns in Frankreich aufhielten:

Am 13. Mai war in Gordon eine Veranstaltung von Verfassungsbefürwortern „OUI“ mit dem Abgeordneten und Nationalsekretär in der Landwirtschaft Antoine Herth, die aber nur 30 Zuhörer zusammen bekamen; am 17. Mai in Cahors als gegnerische Veranstaltung der französischen Kommunisten und eine Veranstaltung der Befürworter in Puys d'Éveque; am 18. Mai trat in Catus auf einer Attac-Veranstaltung ein Politikprofessor aus Bordeaux für die Verfassungsgegner auf; ebenfalls am 18. Mai in St. Céré gab es eine Veranstaltung mit dem jüngsten Abgeordneten Frankreichs, Laurens Wauquiez von der rechtsgerichteten UMP; am 20. Mai eine Veranstaltung in Pressac; am 23. Mai in Pradine und am 27. Mai in Labastide-Murat usw.

Jean Claude Martinez, ein Juraprofessor aus Paris und Abgeordneter der Nationalen Front, wettete gegen eine „unmenschlich konstituierte Verfassung, welche die öffentlichen Dienste zum Sterben verurteile und die Unis benachteiligt sowie der Textilindustrie Dum-

pingpreise beschert“. In einer Informationsschrift des Bürgerkomitees der eher linksgerichteten zivilgesellschaftlichen Initiative der Dordogne zur EU-Verfassung lasen wir ein Zitat von Pierre Bordieu: „Europa sagt nicht, was es tut; es tut nicht, was es sagt; es sagt nicht, was es tut; es tut, was es nicht sagt. Dieses Europa, das man für uns baut, ist ein Europa, das auf Lügen und Betrügereien erbaut ist.“ Auf einem Veranstaltungsplakat unterwegs lasen wir: „Das Nein des französischen Volkes kann ein Gründungsakt für das demokratische und solidarische Europa sein“.

### „Das Nein ist die Zukunft Europas“: Eine gemeinsame soziale Bewegung

Die bloße Ablehnung der Verfassung wurde von den zivilgesellschaftlichen Bürgerkomitees erweitert um alternative Vorstellungen und Zukunftsperspektiven nach dem Motto: Ein anderes Europa ist möglich - das Nein ist die Zukunft Europas. Deshalb abschließend ein Bericht von einer besonders interessanten Veranstaltung, die uns am 18. Mai ins Kulturzentrum der historischen Stadt Sarlat la Caneda lockte. Eingeladen hatte das zivilgesellschaftliche Initiativkomitee der Region der Dordogne für 20.30 Uhr abends. Da die meisten Teilnehmer von sehr weit anreisten, dauerte es bis 21 Uhr bis zum eigentlichen Beginn der Veranstaltung, die von Attac, den regionalen Bauernverbänden, den Feministenverbänden, den Gewerkschaften sowie verschiedenen linken Parteien und Gruppierungen organisiert wurde. Über 170 Menschen strömten herbei und füllten den kleinen Saal: Bauern in ihren Trachten, ganz junge und ganz alte Menschen, ebenso viele Frauen wie Männer, manche kannten sich. Es referierten der Philosophieprofessor Bernard Couturier, der Historiker und Geschäftsführer der Zeitschrift „Regards“, Roger Martelli sowie Monique Dentale vom feministischen Netzwerk Europa.

Ihnen ging es darum aufzuzeigen, dass Frankreich eine Vorreiterfunktion für die anderen europäischen Staaten habe, deren Menschen nach einem französischen Nein wie nach einem „Elektroschock“ zur Besinnung kommen würden, wie es der erste Redner ausdrückte. Die Behauptung, dass es zum vorliegenden neo-liberalen Verfassungsentwurf von oben - dessen Entstehungsmethode zu hinterfragen sei - keine Alternativen gäbe, erinnere an eine Feudalherrschaft. Jedes Volk müsse die Möglichkeit haben, Veränderungen einzubringen, über Diskussionsforen in allen Ländern und über längere Zeit. Der bisherige Verfassungsentwurf enthalte keine echte Gewaltenteilung und keine Kontrolle der verselbständigten Exekutive. Die Verfassung bedeute nur eine Minimalcharta der Menschenrechte, eine Begünstigung bloß wirtschaftlicher Interessen und eine Priorität des Konkurrenzkampfes. Der französischen und europaweiten Bürgerbewegung gebühre ein Lob für die vernünftige, fundierte und verantwortungsbewusste Verfassungsdiskussion.

Die Vertreterin der Feministenbewegung sah eine Bedrohung mühsam errungener Rechte und einen Rück-

fall in alte Zeiten. Frauen seien vor allem die Opfer des geplanten Rückganges der öffentlichen Dienstleistungen. Die Grundrechte in der EU-Verfassung seien dürftig und unvollständig und sie würden als Minimalkonsens nicht mit den weiter reichenden Errungenschaften der einzelnen Länder übereinstimmen. Alles werde vermarktet und als Ware angesehen, so auch die Arbeitskraft.

### „Die Ideale der Französischen Revolution ins Bewusstsein heben“ - Eine europäische Weichenstellung durch das Volk

Der Philosophieprofessor Bernard Couturier sorgte sich um die Frage, wie künftige Generationen die Verfassung ändern können, da sie wohl 50 Jahre gelte, wenn sie erst einmal ratifiziert sei. Er kritisierte, dass es keinen richtigen Prozess der Erarbeitung und keinen kritischen öffentlichen Diskurs gegeben habe. In Ländern ohne Referendum wie in Deutschland könne die Regierung gar nicht für das Volk sprechen und votieren. Er plädierte für eine Reflexionsphase, eine Diskussionsphase und eine Überarbeitungsphase, denn wo bleibe der demokratische Prozess, wenn die Kritik der Bürger nicht berücksichtigt würde, sondern deren Verfassung allein von 175 Experten formuliert worden sei und voller Widersprüchlichkeiten stecke. Wenn statt Brüderlichkeit und Solidarität die Konkurrenz als Basis für Europa festgeschrieben werde, sei ein Dauerkonflikt vorpro-

grammiert: Ein totaler Konkurrenzkampf aller gegen alle auf allen Etagen: zwischen Individuen, Völkern und Nationen. Über Kriegsteilnahme entscheide Europa zentralistisch ohne Mitspracherecht der Nationen.

Die anschließende rege und sachliche Diskussion der Teilnehmer dauerte bis lange nach Mitternacht. Der gemeinsame Kampf gegen den Neoliberalismus sei ein großer Fortschritt für die Bürgergesellschaft, war eine oft vertretene Auffassung. Die totale Abhängigkeit der Staaten von den Banken führe in den Niedergang. Das Referendum habe die politische Grundsatzdiskussion in Frankreich neu belebt. Es sei der Auftrag der Franzosen, die Französische Revolution wieder ins europäische Bewusstsein zu heben. Unabhängig vom Ausgang des Referendums erfolge eine historische Weichenstellung mit der Erkenntnis: Europa ist eine Angelegenheit des Volkes und nicht eine der Technokraten: „Frankreich öffnet die Tür zu Europa“.

Ein Vorschlag der Teilnehmer: Nottfalls entwickelt die Zivilgesellschaft eine eigene alternative Verfassung und ignoriert die offizielle Verfassung der selbst ernannten Eliten - das wäre eine zivilgesellschaftliche Revolution. Auf jeden Fall wollen die Bürgerkomitees - unabhängig von „Sieg oder Niederlage“ - nach dem Referendumstermin an den Zukunftsfragen Europas weiterarbeiten, in Vernetzung mit den Bürgern in den anderen europäischen Ländern.

## LAURENT FABIUS: WARUM MAN NEIN ZUR EUROPÄISCHEN VERFASSUNG SAGEN MUSS

Auszug, aus der Zeitschrift „Liberation“ vom 23.11.04, <http://www.psinfo.net/entretiens/fabius/direnon.html>

### Zu Artikel I-3 : Die Ziele der Union:

Dieser Artikel stellt Handlungsziele nebeneinander, die nichts Besonderes gemeinsam haben, wie die Preisstabilität und die Rechte des Kindes. Sie können jedoch in ihren Umsetzungsprozessen antagonistisch werden: zwischen der freien, unverfälschten Konkurrenz und der nachhaltigen Entwicklung; zwischen der sozialen Marktwirtschaft und dem Streben nach hoher Wettbewerbsfähigkeit. Der dritte Teil des Textes gibt den Schlüssel preis: alles, was Konkurrenz und Markt verstärkt, wird gefeiert, alles, was sich auf Solidarität und Wachstum bezieht, wird unterbewertet. Die Ausdrücke „soziale Marktwirtschaft“ und „Vollbeschäftigung“ erscheinen ein einziges Mal in dem Text, 27 Mal die „Konkurrenz“ und 78 Mal der „Markt“. Um den sozial-demokratischen Wähler zu „ködern“, gesteht man ihm soziale Handlungsziele zu, aber wenn es sich um konkrete Politik handelt, ist der Liberalismus in Marmor gemeißelt.

### Zu Artikel I-20 : Das Europäische Parlament:

Die Ausweitung des Geltungsbereichs der „Mitentscheidung“, die die Übereinstimmung von Ministerrat und Europäischem Parlament erfordert, stärkt die Rolle des Parlaments, und das ist eine gute Sache. Aber in drei entscheidenden Punkten bleibt der Fortschritt schwach: Das Parlament hat noch immer nicht die Gesetzesinitiative, das Monopol hat die Kommission: das ist ‚die Höhe‘ für ein Parlament! Was den Haushalt angeht, sieht es sich nur mit den Recht ausgestattet, Änderungsanträge zu stellen. – Das wirkliche Budgetrecht der Entscheidung über den Haushalt fehlt. Schließlich, wenn es zur Wahl des Kommissionspräsidenten in Aktion tritt, geschieht das nur aufgrund des Vorschlags des Europäischen Rats ( I-27), der den Ergebnissen der Parlamentswahlen Rechnung zu tragen sucht – was bereits jetzt der Fall ist. Das ist wirklich nur das Minimum.

### Zu den Artikeln IV-443, IV-444 und IV-445: Änderungsverfahren:

Das Risiko besteht hier in der Erstarrung. [...] die Revision ist de facto fast unmöglich. [...] Es sind nur drei Artikel angehängt, die ein vereinfachtes Änderungsverfahren zum Inhalt haben. In all den Fällen ist die Einstimmigkeit der Mitgliedstaaten innerhalb des Rates ( 25 Regierungen und 25 Parlamente ) erforderlich, wo es sich um Institutionen oder Politikbereiche der Union dreht. Das bedeutet in der Praxis, dass es sehr schwierig, um nicht zu sagen unmöglich sein wird, die Verfassung zu revidieren. [...] Valéry Giscard d'Estaing sagt mit Recht „wir nehmen es auf uns“ für 40 oder 50 Jahre. Die einzig wahre Revision ist das „Nein“.

Übersetzung: Ute Goelz

## DAS SOZIALE EUROPA UND DIE EU-VERFASSUNG

Alfred Groff

Bei dem folgenden Text handelt es sich um die schriftlich gefasste Version eines 10-minütigen Beitrags, den der Autor - er ist auch einer der Erstunterzeichner des Aufrufs der European No Campaign - am 29. April im Namen der luxemburgischen Demokratie- und Dreigliederungsbewegung vor dem luxemburgischen Parlament zum Thema EU-Verfassung und Soziales halten konnte.

Das soziale Europa ist eng verknüpft mit den Werten die hier gelebt werden. Dass die in der Erklärung der Staats- und Regierungschefs von Laeken vorgegebenen Werte „Demokratie, Transparenz und Effizienz“ beim Entwurf des Verfassungsvertrages erreicht wurden, bezweifelt der Staatsrat in seinem Gutachten. Die Werte der französischen Revolution - nämlich Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit oder Solidarität - sind in Artikel 2 des Verfassungsvertrages enthalten. Sie sind noch immer anstrengenswert, aber auch nach über zwei Jahrhunderten noch immer unerreicht.

Wieso? Das ist zu erklären, da sie sich, gleichzeitig angewandt, widersprechen, wie kann man nämlich frei und gleich zugleich sein ?

In der historischen Entwicklung des letzten Jahrhunderts wurde versucht, einen dieser Werte in den Mittelpunkt zu stellen. Im Osten, d.h. im Kommunismus, im Staatskapitalismus wurde versucht, die Gesellschaft so zu gestalten, dass alle gleichermaßen an deren Reichtum teilhaben sollten. Die Gleichheit durch Zentralismus statt dezentraler freier Assoziationen musste scheitern. Im Westen stand die individuelle Freiheit im Mittelpunkt. Im neoliberalen Kapitalismus verbindet sich diese Freiheit mit egoistischen Triebkräften und lebt sich vor allem im Wirtschaftsbereich aus, mit den bekannten Resultaten: Arbeitslosigkeit, Polarisierung von Arm und Reich. Auch dieses wird nicht die Lösung sein.

Wie soll denn ein dritter Weg aussehen ? Werfen wir einen Blick zurück auf die Entwicklung Europas nach dem zweiten Weltkrieg. 1949 wurde der Europarat als Wertegemeinschaft und geistig-rechtliches Fundament konstituiert, wobei ein vorbildliches System zum Schutz der bürgerlichen und politischen Menschenrechte installiert wurde. Der gemeinsame Wirtschaftsraum entstand zwischen 1951 und 1967. 1951 machten sechs Länder mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (CECA) den Anfang. 1957 kamen die Europäische Atomgemeinschaft (EAG) und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hinzu. Diese drei Organisationen wurden 1967 zur Europäischen Gemeinschaft (EG) vereinigt. 1979 finden die ersten Wahlen zum Europaparlament statt und 1992 kommt es zur politischen Europäischen Union. Eine gemeinsame Währung mit Europäischer Zentralbank entsteht 2002.

Verschiedene Bereiche der EU wurden nacheinander geschaffen, nämlich das kulturelle, das wirtschaftliche,

das politische und das monetäre System. Diese Systeme sind vernetzt, verlangen aber auch gleichzeitig nach Selbstverwaltung. *Verschiedene Werte sind ihnen sachgemäss zuzuordnen.* Der genannte Prozess zeigt uns, dass wir der historischen Entwicklung nicht gerecht werden wenn wir sie konstitutionell nach dem Muster eines postnationalen Einheitsstaates reflektieren.

Der Bereich der Kultur, zu dem etwa die Bildung, die Wissenschaft oder die Kunst gehört, verlangt die freie Entfaltung der Potentiale aller Menschen und dies zum Wohle aller EU-Bürger. Unsere Schulen sind zum Beispiel noch weit davon entfernt, die Fähigkeiten und die Kreativität aller Schüler zu fördern, Wissensvermittlung von oben ist noch größtenteils angesagt. So geht aus der Studie „Votre école et Vous“ des Erziehungsministeriums aus dem Jahre 2004 hervor, dass die Professoren und Direktoren der Sekundarschule zum Beispiel Kreativität als wenig wichtig für die Zukunft der Schüler einstufen und daher auch dieser Qualität in ihrem Unterricht weniger Beachtung zukommen lassen, - umso mehr den Kompetenzen Respekt, Disziplin und Höflichkeit.

Wie die Freiheit in den kulturellen Bereich gehört, so gehört die Gleichheit in den Rechtsbereich, in den Bereich der Politik. Jedem Bürger muss das gleiche Teilhaberecht an der Gestaltung unseres Zusammenlebens gewährt werden. Direkte Demokratie mit Volksgesetzgebungsmöglichkeiten komplementär zur parlamentarischen Demokratie ist hier gefordert. Hier geht es auch um gleichberechtigten Zugang aller Meinungen zu den Medien im Laufe einer solchen Prozedur. Im Prozess des Verfassungsvertrages wären ein Bürgerkonvent, parallel zum offiziellen Vertreterkonvent, statt einer E-Mail-Plattform eine anstrengenswerte Lösung. Dazu mehr unter [www.eu21.willensbekundung.net](http://www.eu21.willensbekundung.net) (IG-EuroVision), [www.mtk.lu](http://www.mtk.lu) (Initiativen IDEE und EAPN) oder [www.demokratie.lu](http://www.demokratie.lu) (Initiativ für Demokratie-Erweiterung).

Wenn wir zum Wohle aller wirtschaften wollen, gehört in den Wirtschaftsbereich die Brüderlichkeit, die Solidarität, Assoziationen statt der Konkurrenz, Potentiale vernetzen statt sie gegeneinander auszuspielen. Wir leben in einer Welt, wo die Arbeitsteilung vorherrscht, wo einer für den andern arbeitet und wo Selbstversorgung der Vergangenheit angehört. In einer solchen Gesellschaft gilt, dass das Wohl aller zusammenarbeitenden Menschen um so größer ist, je weniger der einzelne die Erträge seiner Leistungen für sich beansprucht, das heißt, je mehr er von diesen Erträgen an seine Mitarbeiter abgibt, und je mehr seine eigenen Bedürfnisse nicht aus seinen Leistungen, sondern aus den Leistungen der anderen befriedigt werden. Der so erzielbare maximale Gewinn, dieses zusammen Erarbeitete muss dann allen zu Gute kommen und gerecht verteilt werden. Nicht nur einige wenige Privilegierte dürfen hiervon profitieren, so dass den andern nichts übrig bleibt als zu versuchen, mehr oder weniger gut über die Runden zu kommen.

## MEHR DEMOKRATIE E.V.: AUFRUF FÜR EINEN NEUEN KONVENT ZUR ZUKUNFT DER EU

### **An die Bürgerinnen und Bürger, an die Parlamente und Regierungen der Mitgliedstaaten, an das Europäische Parlament und an die Kommission der Europäischen Union**

Frankreich hat „Nein“ zur Europäischen Verfassung gesagt. Der Verfassungsvertrag ist damit politisch gescheitert. Die Bürgerinnen und Bürger der „Grande Nation“ werden es sich nicht bieten lassen, über den gleichen Vertrag ein zweites Mal abzustimmen.

Die Ablehnung des Verfassungsvertrags in einzelnen Ländern war zu erwarten. In den Niederlanden, Polen und Großbritannien steht die Abstimmung noch aus und auch in diesen Ländern ist mit einem negativen Votum der Bevölkerung zu rechnen. Die einseitige Weiterentwicklung der Europäischen Union über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg fordert ihren Tribut.

Das Konventsverfahren war zwar transparenter als die bisherigen Regierungskonferenzen, aber dennoch weit von einem demokratischen Prozess entfernt. Es gab keine Abstimmungen im Konvent; das Präsidium, das die eigentlichen Entscheidungen traf, tagte geheim; der dritte und umfangreichste Teil des Verfassungsvertrags wurde vom Konvent überhaupt nicht mehr diskutiert.

Die Bürgerinnen und Bürger wurden erst ganz am Ende des Prozesses und auch nur in einigen Staaten darüber informiert, dass sie der „Verfassung“ nach dem Motto „Friss oder Stirb“ zuzustimmen hätten. In der Mehrzahl der Länder wurden die Bürgerinnen und Bürger überhaupt nicht gefragt.

Dennoch: Europa steht vor großen Herausforderungen, die in den bestehenden Strukturen, die im Vertrag von Nizza angelegt sind, nicht mehr befriedigend gelöst werden können. Deshalb braucht die Europäische Union eine neue Grundordnung, die die Rechte der Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die ihrer Institutionen neu bestimmt.

Das geht nur mit den Bürgerinnen und Bürgern. Von ihnen, nicht von den sie vorübergehend vertretenden Organen, geht alle Staatsgewalt aus. Verfassungen sind Sache des Volkes!

Wir fordern daher, zu akzeptieren, dass der vorliegende Verfassungsvertrag vom französischen Volk abgelehnt wurde. Wir fordern weiter die Einleitung eines neuen, demokratischen Konventsprozesses. Dieser soll aus folgenden Schritten bestehen:

**1. Wahl der Konventsmitglieder:** Das Europäische Parlament arbeitet ein Verfahren für einen neuen Konvent mit direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten Vertretern aus (Wer kann kandidieren? Wie viele Vertreter stellt jedes Land?). Dabei wird auf Meinungspluralität geachtet.

**2. Konventsverfahren:** Der Konvent tagt und entscheidet und öffentlich. Das Präsidium wird gewählt. Es moderiert das Verfahren und dominiert es nicht. Für eine intensive Diskussion sollte den Konventsmitgliedern ausreichend Zeit zur Verfügung stehen, nicht nur wenige Wochen im Jahr, wie es beim letzten Konvent der Fall war. Die Bürgerinnen und Bürger können dem Konvent qualifizierte (z.B. durch eine bestimmte Zahl von Unterschriften unterstützte) Vorschläge unterbreiten.

**3. Entscheidungsalternativen:** Der Konvent erarbeitet alternative Richtungsentscheidungen. In geeigneten Verfahren wird das Zwischenergebnis mit den verschiedenen Konzepten den Bürgerinnen und Bürgern zur Beurteilung vorgelegt (z.B. durch Bürgerkonferenzen, Bürgergutachten, regionale oder nationale Befragungen oder Abstimmungen), damit nicht am Ende wieder das böse Erwachen kommt.

**4. Referendum über das Konventsergebnis.** Nach Integration aller Rückmeldungen wird der vom Konvent ausgearbeitete Vorschlag zur Abstimmung gestellt. Der Vorschlag wird vermutlich verschiedene Abstufungen der Integration beinhalten. Er wird den Bürgerinnen und Bürgern in allen Mitgliedstaaten am gleichen Tag zur Abstimmung vorgelegt.

29.5.2005 - Mehr Demokratie e.V. - [www.mehr-demokratie.de](http://www.mehr-demokratie.de)

Nicht die Bedürfnisse des Geldes, sondern die der Menschen müssten im Mittelpunkt stehen. Das ist kaum der Fall, wenn weit über 90 % der Geldströme spekulative Zwecke haben und von der Realwirtschaft losgekoppelt sind. Stabile Regionalwährungen ohne Zins und Inflation komplementär zu den globalen Währungen wären hier ein Ansatz, der sich schon mancherorts bewährt hat. Geld und Währungsmechanismen sind nicht naturgegebene sondern von Menschenhand geschaffen. Dass das gewählte Geld- und Finanzsystem einer der bedeutsamsten und zugleich am häufigsten übersehenen Aspekte der sozioökonomischen und ökologischen Nachhaltigkeit ist, also auch wesentlich für

eine zukunftsfähige gesellschaftliche Entwicklung, zeigt eindrucksvoll der Bericht der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste aus dem Jahre 2003.

Halten wir zusammenfassend noch einmal fest: Freiheit im erweiterten Kulturbereich, Gleichheit im rechtlich-politischen Bereich und Geschwisterlichkeit im Wirtschaftsbereich. Das Geld sollte kein Selbstzweck sein, sondern als Hilfsmittel für das Funktionieren des sozialen Ganzen dienen.

Ob der vorgelegte Verfassungsvertrag diesen Idealen entspricht, muss jeder für sich nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden und eine entsprechende Stimme am 10. Juli abgeben.

Die Lösung für unsere soziale Zukunft sollte nicht nur auf der üblichen horizontalen Dimension mit extremen rechten oder linken Lösungen oder faulen Kompromissen liegen, sondern auch in der vertikalen Dimension, der geistigen inspirierten Dimension des Denkens gesucht werden. Dadurch sollte eine zeitgemäße soziale Entwicklung für unser Zusammenleben in Europa und der ganzen Welt ermöglicht werden.

Als Abschluss möchte ich ein Zitat aus Goethes Märchen hinstellen, in dem von vier Königen die Rede ist, dem goldenen, dem silbernen, dem ehernen - und dem vierten, der folgendermaßen beschrieben wird: „Die Schlange war, indessen jene redeten, in dem Tempel leise herumgeschlichen, hatte alles betrachtet und besah nunmehr den vierten König in der Nähe. Er stand an eine Säule gelehnt, und seine ansehnliche Gestalt war eher schwerfällig als schön. Allein das Metall, woraus er gegossen war, konnte man nicht leicht unterscheiden. Genau betrachtet war es eine Mischung der drei Metalle, aus denen seine Brüder gebildet waren. Aber beim Gusse schienen diese Materien nicht recht zusammengeschmolzen zu sein; goldne und silberne Adern liefen unregelmäßig durch eine eiserne Masse hindurch, und gaben dem Bilde ein unangenehmes Ansehn.“

... Weiter im Märchen tritt der gemischte König zusammen auf mit der Figur des Alten mit der Lampe. Stotternd fragt nun der gemischte König:

„Wer wird die Welt beherrschen?“

„Wer auf seinen Füßen steht“, antwortete der Alte.

„Das bin ich!“ sagte der gemischte König.

„Es wird sich offenbaren“, sagte der Alte, „denn es ist an der Zeit.“

Dies geschieht wenig später: „... und in dem Augenblick erschien das Licht der aufgehenden Sonne an dem Kranze der Kuppel, der Alte trat zwischen den Jüngling und die Jungfrau und rief mit lauter Stimme: ‚Drei sind die da herrschen auf Erden: die Weisheit, der Schein und die Gewalt.‘

Bei dem ersten Worte stand der goldne König auf, bei dem zweiten der silberne und bei dem dritten hatte sich der eiserne langsam emporgehoben, als der zusammengesetzte König sich plötzlich ungeschickt niedersetzte. Wer ihn sah, konnte sich, ungeachtet des feierlichen Augenblicks, kaum des Lachens enthalten, denn er saß nicht, er lag nicht, er lehnte sich nicht an, sondern er war unförmlich zusammengesunken.“

Ich hoffe nicht, dass man dies eines Tages über unsere soziale Zukunft sagen wird.

## ZIVILGESELLSCHAFTLICHE ALTERNATIVEN ZUM EU-VERFASSUNGSVERTRAG\*

*Christoph Strawe*

Weite Teile der europäischen Zivilgesellschaft sind sich einig, dass die vorliegende EU-Verfassung verhindert werden muss. Erdrückende Argumente dafür sind zusammengetragen worden. Viele Menschen sind aktiv in Bewegungen, die sich gegen die Ratifizierung durch die Parlamente und dort, wo Referenden stattfinden, für deren faire Ausgestaltung und für ein Nein der Bürgerinnen und Bürger einsetzen. Dies geschieht beispielsweise im Rahmen der „European No Campaign“, eines europa-weiten Netzwerks, das helfen will, die EU-Verfassung zu stoppen. Da der Verfassungsvertrag erst in Kraft tritt, wenn alle Ratifikationsurkunden hinterlegt sind, sind die Chancen hierzu auch gegeben. Allerdings muss auch damit gerechnet werden, dass die Verfechter des Projekts im Fall eines Neins in einem oder mehreren Ländern eine Variante B in petto haben.

Wir müssen uns also auf einen langen Widerstand einrichten. Haben wir da überhaupt Zeit, uns über Alternativen Gedanken zu machen? Muss dieses Thema nicht zurückstehen, solange wir das Projekt „neoliberale EU-Verfassung“ nicht zum Scheitern gebracht haben?

Gegen diese Auffassung gibt es zwei gewichtige Einwände:

1. Wer sich mit alternativer Gestaltung erst dann beschäftigt, wenn die Neugestaltung schon auf der Tagesordnung steht, der kommt zu spät. Das ist unter anderem die Lehre aus den Ereignissen des Jahres 1989! - Unterstellt, es wäre gelungen, das Projekt in seiner vorliegenden Form zu stoppen: Was käme dann? Ohne Leitbilder für ein künftiges Europa würde der dann entstehende Gestaltungsspielraum nicht genutzt werden können - und „gestalten“ würden alsbald wieder die Kräfte, die hinter dem ursprünglichen Projekt standen. Denn die Verfassung ist ja nur konzentrierter Ausdruck bestimmter politischer und sozialökonomischer Konzepte, die auf allen Ebenen verfolgt werden und auch weiter verfolgt würden, wenn dieser erste Anlauf gescheitert wäre.

2. Menschen, die aufgefordert werden, Nein zu etwas zu sagen, fragen zu Recht, ob es denn überhaupt eine Alternative gäbe und wie sie aussehen könnte. So betrachtet, sind Leitlinien einer solchen Alternative eine Frage der Glaubwürdigkeit des Widerstandes selbst und mit ihr seiner Wirksamkeit. Die Frage nach der Alternative kann daher nicht ausgeklammert werden. Das gilt auch deshalb, weil der Widerstand immer wieder neue Kraft aus dem Perspektivbewusstsein ziehen muss, um der Versuchung der Resignation zu widerstehen.

Dass ich hier von zivilgesellschaftlichen Alternativen spreche, und nicht von Alternativen schlechthin,

\* Es handelt sich um einen Beitrag, den der Verfasser bei dem Stuttgarter EU-Kongress am 4./5. März 2005 gehalten hat. Erstveröffentlichung in dem auf S. 16 vorgestellten Reader, für den Rundbrief geringfügig überarbeitet.

ist begründet darin, dass kein anderes Subjekt einer Veränderung zum Besseren sichtbar ist als die Zivilgesellschaft. Die europäische Politik, im Verein mit den bestimmenden Kräften der Ökonomie in Europa, hat das Verfassungsprojekt in der gegenwärtigen Form hervorgebracht. Von hier die Wende zu erwarten, wäre naiv. Gewiss gibt es Bündnispartner in Ökonomie und Politik, aber sie werden nur dann zu mobilisieren sein, wenn eine starke und selbstständige zivilgesellschaftliche Bewegung vorhanden ist, die ihre „Kulturkraft“ (Nicanor Perlas)<sup>1</sup> in die Waagschale wirft und sich nicht von politischen und ökonomischen Interessen vereinnahmen lässt.

Nun ist es gewiss schwerer, sich darüber zu verständigen, wofür man ist, als wogegen. Der eine oder die andere mag sogar der Auffassung sein, dass die Verständigung innerhalb der Zivilgesellschaft darüber, wie Europa sein sollte, von vornherein ein hoffnungsloses Unterfangen darstelle. Sie oder er mag glauben, es seien keine Kriterien dafür zu finden, die nicht von vornherein den Vorwurf der Belieblichkeit auf sich zögen.

#### **Ansätze für eine zivilgesellschaftliche Alternativendiskussion - Das Weltsozialforum und die „Zehn Prinzipien“ des International Forum on Globalization**

„Ein Nein - viele Ja“ (d.h. viele Entwürfe einer neuen Gesellschaft) - so hat man die aktuelle Situation der Zivilgesellschaft in dieser Hinsicht einmal beschrieben. Das ist nicht falsch, aber auch nicht ganz richtig. Denn durch die vielen Ja klingt etwas hindurch, was verbindet - eine Harmonie in der Vielstimmigkeit, die es bewusst zu machen gilt. Dabei darf man zunächst daran erinnern, dass die UNO-Deklaration der Menschenrechte von 1948 und der Gedanke der Nachhaltigkeit, wie er von der Rio-Konferenz 1992 artikuliert worden ist, bereits so etwas wie eine gemeinsame Basis zivilgesellschaftlichen Selbstverständnisses darstellen.

Weiterhin hat die Zivilgesellschaft auch bereits Ansätze einer Verständigungskultur über Alternativen im Rahmen der Weltsozialforumsbewegung entwickelt. Dabei hat sich immer wieder herausgestellt, dass „Diversität“ - das heißt Vielgestaltigkeit, Vielstimmigkeit, Individualität - einen bedeutenden Stellenwert hat. Verbindende Alternativen können nur von unten, aus einem offenen Raum der Begegnung und des Dialogs heraus gebildet, nicht von „Avantgarden“ oder Mehrheiten von oben verordnet und übergestülpt werden. Das ist die durch praktische Erfahrung erhärtete Prämisse des Porto-Alegre-Prozesses. Chico Whitaker, einer der Begründer des Weltsozialforums, hat dafür den Begriff des Weltsozialforums als Offener Raum geprägt.<sup>2</sup>

Mit der Selbstreflexion dieses Prinzips öffnet sich der Blick auf einen inneren Aspekt, der dem zivilgesellschaftlichen Wirken bereits faktisch vielfach zugrunde liegt: Das Prinzip der Selbstorganisation sozialer Prozesse durch die darin involvierten Menschen. Es geht bei den Alternativen nicht um inhaltliche Lösungen, die im traditionellen Sinne „durchgesetzt“ werden sollen, sondern um Räume, die durch die

Menschen selbst gestaltbar sind und in denen sie aus ihren eigenen Bedürfnissen und Einsichten heraus inhaltliche Lösungen situationsgerecht entwickeln können. Man könnte auch sagen: Die gesellschaftliche Alternative der Zivilgesellschaft muss notwendig eine Reihe von strukturellen Bedingungen für die Gestaltbarkeit der gesellschaftlichen Prozesse durch die Menschen selbst beinhalten - und je vollständiger und tiefer diese Beschreibung gelingt, um so strahlkräftiger wird die Alternativbewegung der Zivilgesellschaft sein.

Einen wichtigen Beitrag zur Alternativendiskussion leistet das „International Forum on Globalization“ (IFG). Es vereinigt eine große Zahl der hervorragendsten Köpfe der globalen Zivilgesellschaft, darunter viele Menschen, die im Widerstand gegen die WTO und die neoliberale Globalisierung eine herausragende Rolle gespielt haben und noch spielen. Zu ihnen zählen, um nur einige zu nennen, Vandana Shiva, Lori Wallach, Maude Barlow, Martin Khor, Walden Bello und David Korten.

1999 initiierte das IFG einen Prozess, der zum Zweck hatte, Alternativen zum gegenwärtigen Modell konzernorientierter Globalisierung zu erarbeiten. Dem war ein dreijähriger Diskussionsprozess innerhalb des IFG vorausgegangen, der einen Report „Eine bessere Welt ist möglich“ zum Ergebnis hatte. Federführend waren dabei der Gründer des IFG, Jerry Mander, und der Sekretär der Organisation, John Cavanagh. Eine Kurzfassung wurde auf dem Zweiten Weltsozialforum in Porto Alegre der Öffentlichkeit übergeben<sup>3</sup>, die Langfassung liegt inzwischen auch in deutscher Sprache vor.<sup>4</sup>

Ganz besonders bedeutsam an diesem Dokument ist die Tatsache, dass die AutorInnen nicht einfach ihre eigenen Auffassungen zum Ausdruck bringen wollten, sondern bemüht waren, hinzuhören, was in der Zivilgesellschaft bereits an gemeinsamen Impulsen für eine bessere Welt lebt, um dies dann in Worte zu fassen. Dementsprechend war die Veröffentlichung dann auch als Einstieg in einen zunächst auf drei Jahre angelegten Verständigungsprozess mit möglichst vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren konzipiert, der einen möglichst weitgehenden Konsens erbringen sollte. Ich selbst hatte die Gelegenheit - zusammen mit meinem Vorstandskollegen im Institut für soziale Gegenwartsfragen, Professor Harald Spehl aus Trier -, Anfang Dezember letzten Jahres mit Jerry Mander und John Cavanagh diese Diskussion in einem gemeinsamen Seminar in Stuttgart zu führen und dabei unsere eigenen methodischen und konzeptionellen Ansätze einzubringen, was sich als sehr fruchtbar erwies.

Ein Kernbestandteil des IFG Reports „Eine andere Welt ist möglich“ sind „Zehn Prinzipien für zukunftsfähige Gesellschaften“.<sup>5</sup> Ich gehe auf sie etwas ausführlicher ein, weil dadurch vielleicht deutlich werden kann, dass sie eine Basis innerzivilgesellschaftlicher Verständigung auch in Europa bilden könnten.

Das erste Prinzip<sup>6</sup> nennen die Autoren des Reports **„Neue Demokratie“**, wobei das Wort „neu“ ausdrückt, dass es um wirkliche Teilhabe der Menschen und um Basisnähe geht, während die neoliberale Globa-

## ERNST ULRICH VON WEIZSÄCKER ZUR EU-VERFASSUNG

### **Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 29. Oktober 2004 über eine Verfassung für Europa, Berlin, 12. Mai**

Ich habe mich bei der Abstimmung der Stimme enthalten, weil ich den Vertrag über eine Verfassung für Europa als problematisch ansehe und im Fall eines Inkrafttretens eine baldige Verbesserung des Vertrags für nötig halte. Zugleich betone ich, dass ich eine Verfassung für Europa dringend wünsche.

Ich empfinde Teil III des Vertragsentwurfs in weiten Teilen als Fremdkörper für eine Verfassung. Er ist zu großen Teilen von seinem Charakter her politischer Natur und nicht etwa grundsätzlich. Für die Politik gibt es den demokratischen Mechanismus der Mehrheitsentscheidungen, und diese sind auch revidierbar. Von einer Verfassung darf man erwarten, dass sie Grundsätze festlegt, die nur sehr selten ergänzt oder revidiert werden.

Zu den zahlreichen Punkten, die in einer Verfassung eigentlich nichts zu suchen haben, gehören Regelungen über Ausfuhrückvergütungen und Einfuhrabgaben (Art. III-170(g)); eine produktivistische Zielbestimmung der Agrarpolitik (Art. III-227 (1) a); Aussagen über Beförderungsentgelte und die wirtschaftliche Lage der Verkehrsunternehmen (Art. III-239) und über die grenzüberschreitende Zustellung von Schriftstücken in zivilrechtlichen Fragen (Art. III-269 (2) b); oder der Wettbewerbsfähigkeit der Tourismus-Unternehmen (Art. III-281 (1)).

Mir ist natürlich bekannt, dass das alles Elemente aus dem bisherigen gültigen europäischen Vertragswerk sind. Es wäre aber richtiger gewesen, diese auf den Rang politischer EU-Entscheidungen zurück zu stufen.

Ich habe weiterhin zwei Besorgnisse im Kontext des Verfassungsvertrags:

1. Die Aussage „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“ (Artikel I - 41, Abs. 3) kann theoretisch als Verfassungsverpflichtung zu kontinuierlicher Aufrüstung interpretiert werden. Das im Juni 2004 beschlossene „Protokoll über die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ)“ bestärkt diese Besorgnis. 2. Der „Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ wird in Artikel III-177 kodifiziert und wird kaum durch Sozialpflichtigkeitsgrundsätze relativiert. Analog steht die Eigentums-garantie (Artikel II-77) absolut und isoliert da, ohne die Grundgesetz-Bindung (Art. 14, 15 GG) an das Gemeinwohl. Diese Absolutsetzung sehe ich als ungerechtfertigt an.

Die auch von mir als Positivpunkte des Verfassungsvertrags gewerteten Grundrechte (Art II-61 - II-110) haben auch ohne den Vertrag bereits Rechtsgültigkeit in Europa. Sie scheinen mir im Entwurf eher relativiert zu werden: Ihre Ausübung erfolgt „im Rahmen“ der in anderen Teilen der Verfassung festgelegten Bedingungen und Grenzen (Art. II-112).

lisierung die Demokratie immer mehr von der lokalen Basis entfernt und auf formale Prozeduren reduziert.

**Subsidiarität** ist das nächste Stichwort. Subsidiarität meint ja, dass das, was Betroffene unter sich regeln können, ihrer Entscheidung nicht von einer übergeordneten Ebene oder Instanz entzogen werden darf. Die neoliberale Globalisierung hingegen verlagert die Entscheidung immer mehr vom Lokalen weg in anonyme und zentralistische Institutionen.

Ein weiteres Prinzip ist dann die **ökologische Nachhaltigkeit**.

Es wird ergänzt durch das Prinzip des **gemeinsamen Erbes**, das zum Inhalt hat, dass die von jedem Menschen benötigten Naturressourcen, die Gemeinschaftsgüter und das menschheitliche Wissen nicht dem Kommerz ausgeliefert werden dürfen.

Ein nächstes Prinzip ist das der **Vielfalt**, das insbesondere ein „Kontrastprogramm“ gegen die kulturell nivellierende Wirkung der neoliberalen Globalisierung darstellt.

In der Mitte des Prinzipienkatalogs finden wir sodann die jedem einzelnen Menschen zukommenden **Menschenrechte**, die auch die umfassend verstandenen,

vielfach aber vernachlässigten und durch die gegenwärtige Globalisierung besonders bedrohten *sozialen* Menschenrechte umgreifen.

**Arbeitsplätze, Lebensunterhalt und Beschäftigung** bilden einen nächsten Schwerpunkt, wobei der Blick auf Lebensunterhalt und Lebensqualität die Fragestellung auch gegenüber der konventionellen Zielstellung einer „Vollbeschäftigung“ durch neue Erwerbsarbeitsplätze erweitert.

**Sichere Versorgung mit gesundheitlich unbedenklichen Nahrungsmitteln** ist ein weiterer wesentlicher Punkt, der zugleich mit dem Eintreten für eine nachhaltige primär regional ausgerichtete Landwirtschaft und gegen die grüne Gentechnik verbunden ist.

Weiter ist die **Gerechtigkeit bzw. Chancengleichheit** ein Kernprinzip, das der strukturellen Ungerechtigkeit der heutigen ökonomischen Globalisierung entgegengehalten wird.

Zuletzt wird das Prinzip der **Vorbeugung** oder **Vorsorge** angesprochen. Es wird der Tendenz entgegengestellt, um des Profits willen und getrieben durch die Konkurrenz alles technisch Machbare ohne verantwortliche Folgenabschätzung umzusetzen.

## Vision Europas

Selbstverständlich müssen solche Leitlinien auf die spezifische europäische Situation bezogen und insofern konkretisiert werden. Das gilt jedoch mit der Einschränkung, dass viele der genannten Prinzipien in Europa zum ersten Mal artikuliert wurden. Sie sind deshalb Elemente des „Europäischen“, an die eine zivilgesellschaftliche Alternativendiskussion anschließen kann und zugleich auch Versicherung gegen jedweden Eurozentrismus, weil sie von vornherein eine menschheitlich-globale Bedeutung haben.

In Europa gibt es eine Tradition imperialer Expansion, ökonomischer Ausplünderung und militaristischer Exzesse, die eng zusammenhängt mit den heutigen Schattenseiten der Globalisierung. Zugleich sind in Europa aber auch die Ideen der Menschenrechte, der Demokratie und Subsidiarität entstanden, die die wichtigsten Kritik Kriterien gegen jene Tendenzen beinhalten. Sie bilden die „guten Traditionen Europas“ (Ulrich Duchrow) und zugleich sind sie soziale Zukunftsimpulse, die in die Richtung des oben genannten Selbstorganisationsprinzips wirken, - das dem Wesen nach ein Anti-Macht-Prinzip ist.

An dieser Frage der Macht nun allerdings scheiden sich die Geister. Schon dem Begründer der Pan-Europa-Bewegung, Coudenhove-Kalergi, schwebt im Kern eine europäische Supermacht vor.<sup>7</sup> Bis in Teile der Linken hinein träumt man von einer solchen Supermacht, die

selbstverständlich nur für „gute“ Zwecke benutzt werden soll. Dass das Machtprinzip als solches unvereinbar ist mit einer Besinnung auf die „guten Traditionen“ Europas und ihrer konsequente Umsetzung in Verfassungstext und vor allem Verfassungswirklichkeit, will man nicht sehen.<sup>8</sup>

Wer aber ein nichtzentralistisches, nicht auf Machtentfaltung aufgebautes Europa nicht denken kann, der wird auch keinen festen Kritikstandpunkt gegenüber dem Verfassungsprojekt in seiner jetzigen Form finden. Das erklärt, warum selbst ein so kluger und kritischer Geist wie der Amerikaner Jeremy Rifkin sich von der Idee einer „weichen“ Supermacht als Gegengewicht gegen Amerika so faszinieren lässt, dass er sich zum Fürsprecher der vorliegenden Verfassung macht und sie als „Riesenchance“ preist.<sup>9</sup>

## Was in eine Verfassung gehört und was nicht

Bei der Suche nach einer Alternative zur vorliegenden Verfassung dürfen wir nicht bei einer allgemeinen Vision Europas stehen bleiben, sondern haben unsere Überlegungen auf die Frage zu fokussieren, was eine Verfassung für Europa leisten muss. Die moderne Gesellschaft ist ein in Subsysteme - ein sozio-kulturelles, ein politisch-rechtlich-administratives und ein ökonomisches - differenziertes Gebilde. Verfassungen sind im Rechtsbereich zu verorten, dort aber wiederum zu unterscheiden von einzelnen gesetzlichen Regelungen

---

## EU GLOBAL - FATAL?!

---

### Ergebnisse der Europa-Konferenz Stuttgart, 4./5. März 2005

135 Seiten. Herausgeber: Attac EU-AG Stuttgart und Region. Redaktion: Werner Ensslin, Ute Goelz, Christoph Strawe (Lay-Out), Martin Zeis, V.i.S.d.P. und Kontakt: Elke Schenk, Nußbaumweg 24/1, 71665 Vaihingen/Enz, E-Mail: elke\_schenk@web.de. Selbstverlag: Verein für gerechte Weltwirtschaft e.V. (VfgWW), Steinkopfstr. 13, 70184 Stuttgart, E-Mail: vfgww@gmx.net, Bestellungen: per Mail oder auf dem Postweg an den VfgWW richten. Lieferung mit Rechnung, erfolgt nach V o r a u s s e von 9,00 Euro pro Exemplar auf das Konto des VfgWW: Kto-Nr. 68091500, BLZ 43060967 (GLS-Bank).

### Inhalt

Martin Zeis: Vorwort // Programm der Konferenz EU global - fatal?! // Stuttgarter Erklärung // Elke Schenk: EU global - fatal?! Eröffnungsvortrag — Vergleich Grundgesetz - EU-Verfassung // Nicola Andersson: Die Situation in Frankreich // Stanislaw Ruzca: Zur Situation in Polen // Michael Geistlinger: EU-Verfassungsvertrag und immerwährende Neutralität Österreichs // Boris Lechthaler: Friedensvolksbegehren und EU-Verfassung // Ulrich Duchrow: Supermarkt und Supermacht Europa Der europäische Verfassungsvertrag in historischer Perspektive // Norman Paech: Die Europäische Verfassung - ein Schritt zur Demokratisierung der EU? // Herbert Schui: Falsche Wirtschaftstheorien werden Verfassungsnormen // Andreas Wehr: Die „dunkelste Dunkelkammer“ - Zur Entstehung des Verfassungsentwurfs im Europäischen Konvent // Stephan Best: „In Vielfalt geeint“ (EU-Wahlpruch) pluribus unius - Die Europa-Strategien des deutschen Kapitals und seiner Interessenvertreter // Christian Zeller: Vom Nein zum Verfassungsvertrag zur gesellschaftlichen Aneignung Europas // Erik Wesselius: Die Lissabon Strategie - Ein Programm der Konzerne für Europa // Werner Sauerborn: Die gewerkschaftliche Sicht auf Europa ist unrealistisch und weltfremd . Europa - Ausweg aus der Globalisierungsfalle? // Frank Schmidt-Hullmann: Bolkestein's Hammer: Die Dienstleistungsrichtlinie und ihre Folgen für die Arbeits- und Sozialbedingungen // Annette Groth: Europäische Handelspolitik // Ute Goelz / Alexandra Strickner: EU-Welthandelsmacht & Folgen für die Menschen im Süden und Norden // Die European No Campaign: Ein europaweites Netzwerk will die EU-„Verfassung“ stoppen helfen // Winfried Zimmermann: „EU zum Anfassen ?!“ Phantasievolle Aktionsformen für die Vermittlung politischer Inhalte // Christoph Strawe: Zivilgesellschaftliche Alternativen zur EU-Verfassung.



oder von vertraglichen Gestaltungen zwischen einzelnen Partnern. Für beides geben Verfassungen einen Rahmen vor, in dem sie Grundrechte formulieren und die staatlichen Institutionen in den wesentlichen Zügen charakterisieren. Dabei ist die Beschreibung der Staatsstrukturen dem Grundrechtsteil insoweit untergeordnet, als alle Staatsgewalt im modernen Rechtsstaat an die Grundrechte und damit an den Schutz der einzelnen menschlichen Individualität gebunden ist bzw. sein muss. Die Menschenrechte sind die Grundlage der modernen Gesellschaft, - Rechte, die dem einzelnen nicht von der Gemeinschaft verliehen sind, sondern ihm als Mensch zukommen und deshalb im Wesensgehalt - auch für Mehrheiten - unantastbar sein müssen. Sie bilden den Rahmen und die Grundlage aller Gestaltungen im einzelnen - auch die der Kultur und der Ökonomie -, aber gerade dadurch, dass sie die Verhältnisse nicht inhaltlich regeln, sondern deren Gestaltbarkeit durch die Menschen sicherzustellen haben.

„Verfassung“ ist so betrachtet eben gar nicht primär der Text mit Artikeln oder Paragraphen, sondern ein Zustand der Gesellschaft, in dem die Menschenrechte geachtet und umgesetzt werden. So sieht das übrigens bereits die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789: „Alle Menschen werden frei und gleich an Rechten geboren und bleiben es [...]“ (Art. 1) Der Endzweck aller politischen Vereinigung ist die Erhaltung der natürlichen und unabdingbaren Menschenrechte [...]“ (Art. 2). „Eine Gesellschaft, in der die Garantie der Rechte nicht gesichert und die Teilung der Gewalten nicht festgelegt ist, hat keine Verfassung.“ (Art. 16) (Kursivsetzung CS).

Aus diesen Überlegungen ergibt sich Punkt 1 einer Alternative zur gegenwärtigen Verfassung: Die Zivilgesellschaft hätte darauf zu drängen, dass in einem Europäischen Verfassungsvertrag nur jene Fragen behandelt werden, die überhaupt Gegenstand einer Verfassung sein dürfen.

Der vorliegende Text mit seinen vielen hundert Seiten ist monströs, weil er den Versuch macht, eine Synopse der Europäischen Verträge zu integrieren. Das führt zu einer Unzahl von Detailbestimmungen, die schlicht nicht in einen Verfassungstext gehören. So werden in einer „Liste zu Artikel III-226 der Verfassung“ - sie ist Bestandteil des im Amtsblatt der EU veröffentlichten Textes - in insgesamt 39 Positionen Warenbezeichnungen aufgeführt wie „Därme, Blasen und Mägen von anderen Tieren als Fischen, ganz oder geteilt“, „Flachs, roh, geröstet, geschwungen, gehechelt oder anders bearbeitet, jedoch nicht versponnen; Werg und Abfälle (einschließlich Reißspinnstoff)“, „Fette, pflanzliche Öle, flüchtig oder fest, roh, gereinigt oder raffiniert“.

Diese Monströsität muss man im Blick haben, um den in den Grundrechte-Charta-Teil aufgenommenen Satz würdigen zu können: „Die Ausübung der durch diese Charta anerkannten Rechte, die in anderen Teilen der Verfassung geregelt sind, erfolgt im Rahmen der in diesen einschlägigen Teilen festgelegten Bedingungen und Grenzen.“ [Art. II - 112 (2)].

*Eine zivilgesellschaftliche Alternative zu dieser (Pseudo)-EU-Verfassung würde einen Grundrechtskatalog beinhalten müssen, an dem sich die weiteren Bestimmungen des Textes messen lassen müssten, statt wie das Vorliegende die Grundrechte durch Detailregelungen zu relativieren!*

Man darf auch daran erinnern, dass das Projekt erst in seinem Verlauf den Charakter offen gezeigt hat, der ihm von maßgeblichen Initiatoren allerdings wohl von vornherein zugedacht war. Für die Öffentlichkeit war lange Zeit nur davon die Rede, dass den Europäischen Verträgen eine Grundrechte-Charta vorangestellt werden sollte. - Das hätte dazu führen können und müssen, die Verträge im Sinne der Umsetzung der Grundrechte nachzuführen. Man hätte sich dann, was die Beschreibung der europäischen Institutionen angeht, auf essentielle Strukturbestimmungen beschränken können, die sich aus den Grundrechten - und aus dem für diese Struktur so wichtigen Grundgedanken der Subsidiarität<sup>10</sup> - ergeben. Noch die Erklärung von Laeken hätte diesen Weg offengelassen. Die Zivilgesellschaft sollte ihn bei der Formulierung einer Alternative neu beschreiben.

### **Skizze zu einer „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“ - Ein Beispiel<sup>11</sup>**

Wie nun könnte eine solche Umsetzung des Grundgedankens der Menschenrechte, in Verbindung mit dem Subsidiaritätsprinzip, dem Prinzip der Nachhaltigkeit usw. konkret aussehen? Sicherlich werden am Anfang Leitlinien stehen müssen, nicht einzelne Formulierungen, die sich dann aus solchen Leitlinien unschwer werden finden lassen. Dennoch mag es interessant und anregend sein, auch Formulierungsversuche anzusehen. An einem solchen war ich selbst beteiligt, zusammen mit dem ehemaligen MdB der Grünen, Gerald Häfner, und dem Juristen Robert Zuegg, Mitglied des kantonalen Verfassungsrats in Zürich, als der Konvent, der unter der Leitung von Ex-Bundespräsident Roman Herzog die Charta der Grundrechte auszuarbeiten hatte, die dann später Bestandteil der Verfassung wurde, um Beteiligung und Vorschläge aus der Zivilgesellschaft bat. Das Hearing in Brüssel am 27.4.2000, bei dem ich diesen Vorschlag zu vertreten hatte, erwies sich allerdings als Farce - 70 Nichtregierungsorganisationen durften im Fünf-Minuten-Takt ihre Statements abgeben, das war's. Um so lehrreicher war der Versuch für uns - und vielleicht ist er es auch für unser Thema einer zivilgesellschaftlichen Alternative insgesamt.

Wir begannen damit, Grundsätze zu formulieren, ohne die unserer Meinung nach nicht sichergestellt werden konnte, dass die Charta einen Fortschritt und keinen Rückschritt darstellte:

- „1. Die Charta darf das Niveau des Grundrechtsschutzes in Europa nicht absenken oder durchlöchern, sondern sollte es im Gegenteil weiter entwickeln helfen.
2. Die Charta sollte einen geeigneten Rechtsrahmen schaffen, der allen Menschen ermöglicht, vermehrt

Initiative, Selbst- und Mitverantwortung in selbstverwalteten Strukturen zu übernehmen.

3. Der Grundgedanke der Subsidiarität sollte in der Charta konsequent in seinen verschiedenen Aspekten umgesetzt werden, u.a. durch die Behandlung in einem eigenen Abschnitt, der die Prinzipien und Aufgaben der Europäischen Union beschreibt, die sich aus den Grundrechten ergeben.

4. Die Charta sollte die demokratischen Beteiligungsrechte in Europa stärken. Deshalb sollte sie - auch ihrer Bedeutung für das gemeinsame europäische Rechtsbewusstsein entsprechend - einem Referendum der Unionsbürgerinnen und -bürger unterstellt werden.“

Weiterhin waren wir sehr bemüht, an bestehende positive Rechtsgestaltungen - und am bestehenden Rechtsbewusstsein - anzuknüpfen, also etwas wirklich Konsensfähiges zu formulieren. So verwendeten wir bei unserer Skizze die Texte des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, der UNO-Menschenrechtsdeklaration, der Europäischen Menschenrechtskonvention, der schweizerischen Bundesverfassung, Vorschläge der Initiative „Schweiz im Gespräch“, der

„Aktion mündige Schule“ Schleswig-Holstein und des „Kuratoriums für einen demokratisch verfassten Bund deutscher Länder“ aus der Zeit der Wende.

Der Text ist im Internet für jeden verfügbar.<sup>12</sup> Daher konzentriere ich mich hier auf einige exemplarische Beispiele für unsere Herangehensweise:

So haben wir z.B. in Artikel 1 versucht, das Würdepostulat des Art. 1 GG aufzugreifen und noch zu überbieten, indem wir nicht nur Achtung und Schutz, sondern die aktive Förderung der menschlichen Individualität in ihrer Selbst- und Mitverantwortung zur obersten Verpflichtung aller staatlichen Gewalt erklärt haben. Ferner haben wir formuliert: „Diese Grundrechtscharta bindet alle rechtssetzende, rechtsanwendende und rechtsprechende Gewalt in der EU und deren Mitgliedstaaten. Sie umfasst individuell einklagbare Ansprüche des einzelnen sowie wegleitende Ordnungsprinzipien einer freiheitlichen, demokratischen und sozialen Gesellschaft.“ (Abs. 3) - „Weitergehende Grundrechtsgarantien der einzelnen Mitgliedsstaaten“ sollten durch die Charta unberührt bleiben (Abs. 4).

Die Menschenrechte haben ja eine dreifache Richtung: Sie schützen die Urteils- und Handlungsfreiheit

---

## WIE DEMOKRATISCH IST DIE EU?

---

### *Eine kritische Analyse aus demokratiepolitischer Perspektive*

Die EU und die Europäische Verfassung werden von vielen als große Errungenschaft gelobt, von anderen als Fehlentwicklung getadelt. Doch welchen Maßstab soll man eigentlich anlegen? Muss nicht vor aller inhaltlichen Kritik eine Frage Vorrang haben: Wie demokratisch ist die EU? Und wie wirkt sie sich auf die Demokratie der Mitgliedsstaaten aus?

Michael Efler und Percy Rode haben für Mehr Demokratie e.V. eine kritische Analyse zu diesem Thema vorgelegt, bei der ganz besonders auch der vorliegende Verfassungsvertrag zum Gegenstand gemacht wird. Das Papier, das im Internet unter <http://www.mehr-demokratie.de/eu-kritik.html> heruntergeladen werden kann, ist aus Diskussionen der Arbeitskreise Demokratiethemata und Europa/Welt sowie des Bundesvorstandes von Mehr Demokratie e.V. hervorgegangen. Es soll interessierten Bürgern, Journalisten, Politikern etc. als Grundlage für die Meinungsbildung und Diskussion dienen. Der Abdruck ist unter Angabe der Quelle und der Internetseite [www.mehr-demokratie.de](http://www.mehr-demokratie.de) ausdrücklich erlaubt.

Im Vorwort begründen die Autoren ihr Projekt wie folgt: „Wir sind davon überzeugt, dass eine rein demokratisch motivierte Kritik der EU seitens einer zivilgesellschaftlichen Organisation einen bislang noch ausstehenden, aber unverzichtbaren Beitrag zur öffentlichen Diskussion darstellt. Denn in der Demokratie stehen die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt; aus ihrem Willen heraus müssen sämtliche Institutionen ihre letztendliche Legitimation beziehen. Doch weil die EU-Institutionen die Macht haben, unsere grundgesetzlich verfasste Demokratie - und die anderer europäischer Staaten - grundlegend zu transformieren, darf die Diskussion um Europa nicht allein von wenigen Vertretern des EU-Projektes geführt werden, sondern es müssen sich demokratisch gesinnte Bürger als Individuen und in organisierter Form selbst einbringen. Diesen Prozess zu unterstützen, ist unser erhofftes Ziel.“

Aus dem Inhalt: **Der Integrationsprozess in Europa ist seit je her undemokratisch angelegt:** Undemokratischer Verfassungsgebungsprozess // Zentralisierung von Kompetenzen und Macht auf EU-Ebene: Weitgehende Ermächtigung der EU - Flexibilitätsklausel - Wirkungsschwache Subsidiaritätskontrolle - Methode der offenen Koordinierung (MOK) - Ausweitung von qualifizierten Entscheidungen im Ministerrat - Verfassungsänderungen ohne parlamentarische Ratifikation. **Demokratie in den EU-Institutionen:** Keine Referenden und Volksentscheide // Durchbrochene Gewaltenteilung // Das Europaparlament ist kein echtes Parlament // Exekutivlastigkeit der EU // Starker Einfluss der Lobbyisten in der EU // Exkurs: Der Europäische Haftbefehl - Risiko für den Rechtsstaat // Mangelnde demokratische Kontrolle in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) // Mr. Europa - der Europäische „Außenminister“ // Die Immunität von Bediensteten und Beamten der EU // Fehlende europäische Öffentlichkeit.

Mehr Demokratie e.V., Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalderstr. 4, 10405 Berlin, Fax 030-420 82 380, Tel. 030-420 82370, [www.mehr-demokratie.de](http://www.mehr-demokratie.de)

des einzelnen als individuelle Freiheitsrechte, garantieren die demokratische Teilhabe am Gemeinwesen und garantieren als Sozialrechte eine auch in ökonomischer Hinsicht menschenwürdige Existenz. Dieser dreifachen Ausrichtung haben wir versucht in verschiedenen Formulierungen Rechnung zu tragen.

So haben wir z.B. das **Recht auf Mitwirkung** im staatlich-politischen Leben in einer Weise formuliert, die das Prinzip der „neuen Demokratie“ mit Leben erfüllt, nicht zuletzt durch die Ermöglichung fairer Volksentscheide: „Alle volljährigen Bürgerinnen und Bürger der Union haben das Recht, an der Gestaltung des staatlich-politischen Lebens ihres Landes und der Europäischen Union auf allen Ebenen teilzunehmen. - Dies geschieht durch die Ausübung des Initiativ- und Abstimmungsrechtes sowie die Teilnahme an allgemeinen, freien, gleichen und geheimen Wahlen. - Die Chancengleichheit der bei Abstimmungen oder Wahlen konkurrierenden Inhalte oder Bewerber ist zu gewährleisten.“ (Art. 7, Abs. 1-3)

Auf der Ebene der **individuellen Freiheitsrechte** haben wir die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit so gefasst, dass sie die Selbstbestimmung des mündigen modernen Menschen, aus eigener Einsicht zu handeln, schützt - und nicht nur konventionelle konfessionelle Bekenntnisse (Art. 4). Als besonders typisch für unseren Versuch, die Prinzipien von Diversität und Individualität in Balance mit denen des Schutzes vor Kommerzialisierung und der Sicherstellung solidarischer Formen der Finanzierung zu bringen, mag die Fassung des Rechts auf Bildung in Art. 12 unseres Entwurf gelten: (1) Jeder Mensch in Europa hat das **Recht auf Bildung**. Für Kinder und Jugendliche darf der Besuch von Bildungseinrichtungen nicht von den wirtschaftlichen Verhältnissen der Eltern abhängig sein. (2) Die Freiheit der elterlichen Erziehungsverantwortung ist gewährleistet; sie umfasst namentlich das Recht der Eltern, für ihre Kinder die Art der Bildungseinrichtung frei zu wählen. (3) Der Staat garantiert den gleichen Zugang und die freie Wahl der Schule durch die Ermöglichung und gleichberechtigte Förderung von öffentlichen Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft. (4) Die von den Eltern gewählten Schulen in staatlicher oder freier Trägerschaft nehmen gleichberechtigt ihren öffentlichen Bildungsauftrag wahr. Das Recht zur Gründung sowie autonomen Gestaltung und Verwaltung von Schulen in freier Trägerschaft, einschließlich der eigenständigen Ausbildung der Lehrkräfte, ist gewährleistet. (5) Angehörige nationaler oder ethnischer Minderheiten haben das Recht, ihre Muttersprache zu lernen und eigene Schulen zu gründen und zu unterhalten. (6) Das Schulwesen untersteht der Rechtsaufsicht der einzelnen europäischen Staaten.“

Auf der Ebene der **Sozialrechte** waren wir bemüht, bloße Deklarationen zu unterlassen und stattdessen einerseits einen einklagbaren Grundsicherungsanspruch (Art. 2, Abs. 4), andererseits Staatspflichten zur Schaffung von Rahmenbedingungen sozialer Sicherheit und Beschäftigung zu statuieren (Art. 19). Sicherlich könnte man in der Formulierung einklagbarer Sozial-

rechte weitergehen, als wir es seinerzeit gewagt haben - und zum Beispiel ein Recht auf ein Grundeinkommen vorschlagen, wenn hierüber innerhalb der Zivilgesellschaft Konsens zu erzielen wäre.

Erwähnenswert sind sicher auch unsere Versuche, eine klare **Sozialbindung des Eigentums** zu formulieren (Artikel 13) und den Umweltschutz, den Grundsatz der Nachhaltigkeit und die Achtung des Lebens festzuschreiben (Art. 20). Auch hier kann man natürlich neu überlegen, ob man noch weiter gehen sollte - wobei ein Rückfall in planwirtschaftlich-staatseigentümliche Vorstellung ausgeschlossen sein müsste. Zu Recht wird die Erhebung des Marktfundamentalismus in den Verfassungsrang an der vorgeschlagenen EU-Verfassung kritisiert und darauf hingewiesen, dass demgegenüber das deutsche Grundgesetz wirtschaftspolitisch neutral sei und den Menschen die Wahl der Wirtschaftsordnung überlasse - wobei die Möglichkeit einer solidarischen Ökonomie ausdrücklich offen bleibt. In ähnliche Richtung ging unser Versuch, in die Charta sozusagen Türen einzubauen, durch die Menschen zu neuen gesellschaftlichen Strukturen gelangen können, z.B. zu einer assoziativen, auf Zusammenarbeit in Selbstverwaltungsorganen statt auf Konkurrenz basierenden Wirtschaft (vgl. Art. 14, Abs. 2).

### Subsidiarität konkret umsetzen

Wir haben uns seinerzeit viele Gedanken darüber gemacht, wie man den Grundsatz der Subsidiarität im Charta-Text verankern könne. Wir verfielen dabei auf den Kunstgriff, einen Teil „Prinzipien und Aufgaben der Europäischen Union, die sich aus den Grundrechten ergeben“ aufzunehmen, bei denen dann natürlich die Subsidiarität eine entscheidende Rolle spielt. Wir halten es für sehr wichtig, den Subsidiaritätsgedanken umfassend und konsequent auszugestalten. Dann lässt er sich nicht mehr auf die schlichte Frage, ob in Brüssel oder in der Münchner Staatskanzlei zu entscheiden sei, reduzieren, sondern offenbart vor allem auch seine Qualität als „horizontales“ Ordnungsprinzip, das Lebensfelder und die in ihnen gebildeten Formen der Selbstorganisation durch die Menschen vor Übergriffen und Fremdbestimmung schützt. In der Formulierung, die wir dem Grundsatz gaben, ist zugleich noch einmal eine Sozialbindung der Ökonomie formuliert, - wird Subsidiarität doch heute gerade an dieser Stelle gerne verfälscht und umfunktioniert.

Artikel 18 [Subsidiarität] in der Skizze lautet: „(1) Die EU und ihre Mitgliedstaaten fördern das Ergreifen gesellschaftlicher Aufgaben aus freier Initiative und Verantwortung in allen Bereichen, welche der Gesetzgeber nicht aus zwingenden Gründen staatlichem Handeln vorbehalten. Staatliche Aufgaben sind auf der jeweils untersten möglichen Stufe wahrzunehmen und zu regeln. (2) Die EU und ihre Mitgliedstaaten schaffen fördernde Rahmenbedingungen, damit die Kultur sich in ihrer Vielfalt frei und selbstverwaltet entfalten kann; sie wahren den Grundsatz der staatlichen Neutralität gegenüber den verschiedenen kulturellen Bestrebungen. (3) Die EU und ihre Mitgliedstaaten si-

chern den Grundsatz der vertraglichen Selbstgestaltung des Wirtschaftslebens; sie schaffen geeignete Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige, *strukturell und regional ausgewogene, sozialverantwortliche* Wirtschaft. Die EU und ihre Mitgliedstaaten werden selbst nicht wirtschaftlich tätig; Ausnahmen regelt das Gesetz.“

Eine Innovation stellt auch die Aufnahme eines Artikels dar, der auf die Herstellung der dem Verfassungstext entsprechenden Verfassungswirklichkeit drängt, indem formuliert wird, dass die Grundrechte in der gesamten Rechtsordnung zur Geltung kommen müssen und jeder, der öffentliche Aufgaben wahrnimmt, zur aktiven Verwirklichung der Grundrechte verpflichtet ist - was mehr ist, als sie nur zu respektieren und sie nicht zu verletzen (Art. 16). In ähnliche Richtung zielen Verpflichtungen zur ständigen Überprüfung der EU-Institutionen und der Erstellung einer Sozialbilanz (Art. 21).

### Vorschläge zum Vertrag über eine Verfassung der Europäischen Union<sup>13</sup>

Wie bereits erwähnt, war der in der Erklärung von Laeken vom Europäischen Rat an den von ihm eingesetzten „Konvent für die Zukunft Europas“ enthaltene Arbeitsauftrag nicht völlig eindeutig und ließ Spielräume. Auch Giscard d'Estaing, der den Konvent leitete, hielt sich lange bedeckt und gab dann erst einmal nur eine Gliederung eines Verfassungsvertrages vor. Dass in deren Annahme schon weitgehende Vorentscheidungen lagen, war zunächst nicht durchsichtig. Da die Meinungsbildung innerhalb des Konvents zu diesem Zeitpunkt noch offen schien, brachten wir uns ein zweites Mal mit Vorschlägen im Rahmen des von dem Gremium eingerichteten Diskussionsforums ein, diesmal allerdings in Form von aus unserer Charta-Skizze abgeleiteten Leitlinien, nicht mit Einzelformulierungen. Man kann auch dieses alles im Internet nachlesen, und da unser grundsätzliches Herangehen bereits dargestellt wurde, beschränke ich mich auf das Wichtigste. So muss erwähnt werden, dass wir wieder Grundsätze formulierten, bei denen wir, über das bei der Charta schon Gesagte hinausgehend, jetzt betonten: „Die Europäische Union darf kein einheitsstaatliches Gebilde werden. Sie ist weder Bundesstaat oder Staatenbund, sondern ein multinationales staatsrechtliches Gebilde neuen Typs, das primär an den Menschenrechten und der Subsidiarität orientiert ist.“

Im Hinblick auf einen Verfassungsvertrag waren gegenüber den Vorschlägen zur Charta konkretere Vorstellungen über die Rolle der Europäischen Institutionen zu entwickeln. Einige Beispiele: „Gerade, wenn eine effektive Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips gewährleistet ist, gibt es keine Vorwände mehr, dem Europäischen Parlament die vollen Parlamentsrechte einschließlich des Budgetrechtes zu verweigern. Das Parlament muss die Kommission wählen (bzw. mit konstruktivem Misstrauensvotum abwählen) und umfassend demokratisch kontrollieren können.“ - „Bei der Bestimmung der Aufgabe der Europäischen Zentralbank (Präsidiumsentswurf Art. 22) sollte der Grundsatz gelten, dass die EZB ein Geldwesen fördert, das der

Vermittlung des realwirtschaftlichen Leistungsaustauschs zum Wohle der Menschen dient. Sie sollte nach Kräften zur Überwindung der Verselbstständigung der Finanzmärkte als Orte spekulativer, sich der Sozialbindung entziehender Kapitalbewegungen beitragen.“

Für den geplanten Teil über das „demokratische Leben der Union“ formulierten wir explizit die Forderung nach einer wirklichen Einbeziehung der Zivilgesellschaft: „...ist als Grundsatz des demokratischen Lebens der Union das Konsultationsprinzip der trisektoralen Partnerschaft als Instrument der Vorbereitung und Beratung gesetzlicher Regelungen zu beschreiben. Das heißt, dass ein permanenter Diskurs zwischen staatlichen Ebenen der Union, Zivilgesellschaft und Geschäftswelt angestrebt werden sollte. Dabei hat der Grundsatz der Anerkennung der vollständigen Unabhängigkeit der Zivilgesellschaft zu gelten (kein ‚TÜV‘ für zivilgesellschaftliche Organisationen).“

Weitere Vorschläge bezogen sich auf den geplanten Teil „Interne Politikbereiche“: „Der Grundsatz des freien Dienstleistungsverkehrs darf nicht im Sinne der Zwangskommerzialisierung öffentlicher Daseinsfürsorge und der Zerstörung solidarischer Formen ihrer Finanzierung missbraucht werden. Sowenig wie durch staatliche Bevormundung darf durch Kommerzialisierungszwänge die Freiheit für den Bereich der kulturell-sozialen Beziehungsdienstleistungen behindert werden.“ Und zum „freien Warenverkehr“: „Das Verbot mengenmäßiger Beschränkung darf nicht die Vertragsfreiheit von Wirtschaftspartnern oder von Wirtschaftspartnern und Staat(en) einschränken, sinnvolle Übereinkommen über bedarfsgerechte Produktion zu treffen.“

Zum geplanten Teil „Die Politik in anderen Einzelbereichen“, Abschnitt „Wettbewerbsregeln“ wurde gesagt: „Wettbewerb ist eine bestimmte Form der Beziehung zwischen wirtschaftlichen Akteuren. Das Wettbewerbsrecht darf für diese Form der Beziehungen faire Regeln erzwingen, nicht jedoch darf es über das Vertragsrecht gestellt werden. Das Vertragsrecht - als Aspekt der allgemeinen Handlungsfreiheit der natürlichen und juristischen Personen - schließt auch die Freiheit zu nichtwettbewerbsförmigen Gestaltungen von Beziehungen zwischen wirtschaftlichen Akteuren ein, soweit diese nicht zu Lasten Dritter gehen. - Das Wettbewerbsrecht darf auch nicht über kulturelle und soziale Rechte sowie ökologische Standards gestellt werden. Gleiches gilt für Bestimmungen zum Schutz elementarer Bereiche der allgemeinen Daseinsvorsorge und öffentlicher kultureller und sozialer Leistungen vor ungewünschter Kommerzialisierung bzw. Profitorientierung - gleichgültig, ob diese Leistungen von staatlichen oder von frei-gemeinnützigen Trägern erbracht werden.“

Und zu Handelspolitik und internationalen Übereinkünften (geplanter Teil „externe Politikbereiche“) heißt es: Die Handels- und Entwicklungspolitik der Union sollte sich vom Paradigma des Neoliberalismus lösen. Das heißt auch, Abschied zu nehmen von der pauschalen Forderung nach dem Abbau jeglichen Schutzes. Entwicklungsräume in der Welt brauchen

Schutz. Die EU sollte sich an der Suche nach geeigneten Formen des Schutzes von Entwicklung beteiligen, welche dem Charakter der auf Arbeitsteilung und Zusammenarbeit basierenden Weltwirtschaft entsprechen und der Verwirklichung der Grundrechte der beteiligten Menschen dienen. - Internationale Übereinkünfte bedürfen nicht nur der Ratifikation durch das Europäische Parlament, sondern - auf Verlangen eines Mitgliedslandes - auch der Ratifikation durch die nationalen Parlamente und - im Falle einer damit verbundenen Abgabe substantieller Hoheitsrechte - auch einer Zustimmung der betroffenen BürgerInnen in einem Referendum. - Die heutige Situation, dass beispielsweise im Falle der GATS-Verhandlungen der WTO ein einzelner EU-Kommissar (Pascal Lamy) - unterstützt durch ein demokratisch faktisch nicht kontrolliertes Komitee (das Komitee 133) - quasi im Alleingang Entscheidungen oder zumindest Vorentscheidungen mit allergrößter Tragweite für den Grundrechtsbestand in der EU trifft, ist vollständig unhaltbar und muss für die Zukunft strukturell ausgeschlossen werden.“

Bekanntlich kam das alles ganz anders. Keineswegs wurde, wie von uns vorgeschlagen, formuliert, „dass das Ziel der Union nicht die Schaffung einer weiteren Supermacht in der Welt darstellt“, stattdessen kam die Verpflichtung zur permanenten Aufrüstung und die Ermöglichung weltweiten militärischen Engagements.

Für die Formulierung einer zivilgesellschaftlichen Alternative bleiben aber die damaligen Vorschläge und alles von anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren Vorgebrachte, das ja in ähnliche Richtung zielte, auf der Tagesordnung.

### **Nicht nur das Was bedenken, auch das Wie! - Für einen europäischen Verfassungsprozess von unten**

Bisher haben wir über alternative Inhalte der Verfassung gesprochen. Wir müssen aber bei einer zivilgesellschaftlichen Alternative nicht nur über alternative Verfassungsinhalte, sondern auch über einen alternativen Entstehungsprozess einer Verfassung sprechen. Die Kritik an dem Verfassungsprojekt, wie es uns vorgelegt wurde, ist ja nicht zuletzt die, dass die Menschen in den Prozess der Verfassungsentwicklung überhaupt nicht wirklich einbezogen waren. Schon zeitlich stand das Projekt unter einem Druck, der eine solche breite Debatte nicht zuließ. Die Frage des Wie ist im Sozialen entscheidend: Wie gehen wir miteinander um? Wie entstehen die Lösungen von unten? Das sind Fragen, die die Zivilgesellschaft bewegen. Wen an der zusätzlichen Macht, die der EU durch das Projekt zuwächst, nur stört, dass sie in den falschen Händen liegt, also nicht in seinen, der hat vom innersten Nerv zivilgesellschaftlichen Engagements wenig begriffen. Wenig wäre gewonnen, wenn Inhalte des Verfassungstextes ausgetauscht, diese aber den Menschen wiederum von oben verordnet würden.

Das führt zuerst einmal auf die Frage fairer Volksentscheide über die Verfassung. Sie sind das Mindeste, was in Bezug darauf zu fordern ist, entscheidend

dafür, wie eine Verfassung in Kraft gesetzt wird. Aber genügt das Recht, zu einem fertigen Ergebnis ja oder Nein sagen zu können? Es genügt ganz offensichtlich nicht, wenn man reale und nicht die bloße formale Demokratie will. Was also wären Kriterien eines Verfassungsprozesses von unten? Wie müsste sich die Zivilgesellschaft, müssten sich die Bürgerinnen und Bürger in den Erarbeitungsprozess einer Verfassung einbringen können, damit sie wirklich „von unten“ entsteht?

Auch hier gab es schon im Laufe des bisherigen Prozesses bemerkenswerte Überlegungen und Initiativen. So beschlossen die Inter Citizens Conferences (ICC), ein Netzwerk von 35 Gruppierungen der europäischen Zivilgesellschaft, die sich für direkte Demokratie einsetzen, bei einer Tagung im Oktober 2000 einen Aufruf zum „Projekt EU 21 - Für eine europäische Verfassung von unten“<sup>14</sup>. Sie wollten damit „einen Anstoß geben, dass die mit der ‚Charta der Grundrechte‘ in Gang gekommene Entwicklung für eine Verfassung der Europäischen Union in Zukunft nicht mehr nur in der Hand von Institutionen und Gremien der EU liegt. Parallel dazu soll diese Entwicklung künftig europaweit von daran interessierten und engagierten freien Initiativen der Zivilgesellschaft konzeptionell beeinflusst werden können“. Gefordert wird für den Fall, dass ein zunächst anzustrebender gemeinsamer Entwurf mit den Institutionen der EU nicht erreicht werden könne, dass die abzustimmende Beschlussvorlage auch einen zu erarbeitenden „Verfassungsentwurf aus der Mitte der Zivilgesellschaft umfassen soll“. Es wird an „alle Institutionen, Organe und Gremien der EU sowie an alle nationalen Parlamente und Regierungen“ appelliert, „unter Berücksichtigung der Vorschläge der Zivilgesellschaft die verfahrensrechtlichen und administrativen Voraussetzungen für den erforderlichen Informations-, Diskussions-, Urteilsbildungs- und Entscheidungsprozess zu schaffen“ und notwendige Mittel zur Verfügung zu stellen. Versuche, ein parallel zum Konvent für die Zukunft Europas arbeitendes Organ der Zivilgesellschaft zu schaffen, hatten allerdings keinen Erfolg. Die Gründe dafür sind vielfältig, einer der wichtigsten liegt aber sicher darin, dass sich erst langsam das Bewusstsein Bahn bricht, dass eine solche Alternative notwendig ist.

Inzwischen hat eine Netzwerk-Initiative für einen „BürgerKonvent für Europa“ das Motiv des europäischen Verfassungsprozesses von unten wieder aufgegriffen. In einer Erklärung wird vorgeschlagen, „gleichzeitig mit der nächsten Wahl zum Parlament der europäischen Union im Jahr 2009 den Stimmberechtigten aller Mitgliedsländer bis maximal drei Verfassungsentwürfe als Alternativen zu den zwischenzeitlich geltenden konstitutionellen Ordnungen zur Entscheidung vorzulegen [Agenda 2009]. - Falls ein Jahr vor dem Abstimmungstermin mehr als drei Entwürfe existieren sollten, müssten diese - veranlasst durch die Administration der EU - in jedem Mitgliedsland in der jeweiligen Landessprache publiziert werden; durch eine Vorabstimmung müssten dann die drei Entwürfe mit der meisten Zustimmung ermittelt werden. Sie wären dann

- in Konkurrenz zum bestehenden Recht - in der Zeit bis zur Entscheidung öffentlich in den Medien zu diskutieren. Künftiges Recht wäre derjenige Entwurf, der bei der Abstimmung die Mehrheit auf sich vereinigen kann. Dies zu organisieren und durchzuführen wäre der hoheitlich durch die EU zu verantwortende Teil des Konstitutions-Prozesses.<sup>15</sup>

Was bei der Erklärung nicht befriedigen kann, ist die Entkoppelung des Nein zum vorliegenden Text und des Ja zu einer Alternative. Wenn jedoch der jetzt vorliegende Verfassungsentwurf erst einmal in Kraft gesetzt ist, wird jede Bemühung, einen neuen Verfassungsprozess von unten in Gang zu bringen, auf Jahrzehnte hinaus höchstens symbolische Bedeutung haben können. Die Initiatoren des „BürgerKonvents“ scheinen das anders zu sehen, ohne dass dazu in ihrer Erklärung weiter argumentiert würde. Sie wollen sich auch nicht auf das klare Nein zum vorliegenden Verfassungsvertrag festlegen.

Das sollte jedoch nicht daran hindern, die vorgebrachten Gedanken zu einem Verfassungsprozess von unten ernst zu nehmen und sie in die Erarbeitung einer zivilgesellschaftlichen Alternative zur EU-Verfassung angemessen einzubeziehen.

Zu diesen Grundgedanken - die schon im Aufruf „EU 21“ enthalten sind - gehört auch, dass der Verfassungsprozess aus freien zivilgesellschaftlichen Initiativen impulsiert und geprägt sein muss. Solche können jederzeit und an vielen Orten ergriffen werden. Wichtig ist nur, dass sie - einmal entstanden - sich miteinander vernetzen und verständigen.

Besonders hilfreich könnte es sein, wenn bekannte Intellektuelle und Künstler am Widerstand gegen die EU-Verfassung teilnahmen und zugleich ihre alternativen Ideen zur Verfassung Europas in die Waagschale werfen.

### Anmerkungen

1 Vgl. Nicanor Perlas: Die Globalisierung gestalten. Zivilgesellschaft, Kulturkraft und Dreigliederung. Frankfurt/Main 2000.

2 Vgl. Chiko Whitaker: Das Weltsozialforum als Offener Raum, Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, 15. Jg., Nr. 1 / 2004, [www.sozialimpulse.de/pdf-Dateien/Chico\\_Whitaker.pdf](http://www.sozialimpulse.de/pdf-Dateien/Chico_Whitaker.pdf)

3 Zusammenfassung des Berichts „Eine bessere Welt ist möglich! - Alternativen zur ökonomischen Globalisierung, deutsche Übersetzung [http://www.sozialimpulse.de/pdf-Dateien/IFG\\_Bericht.pdf](http://www.sozialimpulse.de/pdf-Dateien/IFG_Bericht.pdf)

4 Jerry Mander, John Cavanagh: Eine andere Welt ist möglich. Alternativen zur Globalisierung, Riemann-Verlag München, 2003

5 Mander, Cavanagh, a.a.O., S. 95 - 133.

6 Möglicherweise wäre im Deutschen die Bezeichnung „Leitlinien“ oder „Leitbilder“ glücklicher als „Prinzipien“, was aber ansonsten nichts zur Sache tut.

7 „Wir wollen Europa, verbunden durch Bande der Freundschaft mit seinen mächtigen Nachbarn Amerika und Russland, zu einer Weltmacht wiedervereinigen, gleich-berechtigt ihren beiden Nachbarn und dem neuen China.“ Richard N. von Coudenhove-Kalergi: „Ein Leben für Europa. Meine Lebenserinnerungen“. Köln/Berlin 1966 (Verlag Kiepenheuer und Witsch), S. 21. Zitiert nach: Gerold Aregger: Der Wegbereiter der „Europäischen Gemeinschaft“. Welches Europa? In: „Gegenwart“. Nr. 3/4 1992.

8 Vgl. meinen Artikel „Zur Auseinandersetzung um die EU-Verfassung. Ein Diskussionsbeitrag; [www.sozialimpulse.de/pdf-Dateien/EU\\_Verfassung\\_Stand\\_10\\_04.pdf](http://www.sozialimpulse.de/pdf-Dateien/EU_Verfassung_Stand_10_04.pdf)

9 „Ihr seid die neue Supermacht“. Interview mit Jeremy Rifkin. Cicero. Magazin für politische Kultur. Februar 2005.

10 Er ist im Maastricht-Vertrag verankert, Politiker führen ihn oft im Munde, die Realität ist aber oft recht weit von ihm ent-

fernt. Vgl. auch C. Strawe: Beitrag zur öffentlichen Anhörung zur Charta der Grundrechte der Europäischen Union am 27. April 2000 in Brüssel, [www.sozialimpulse.de/Texte\\_html/Subsidiaritaet.htm](http://www.sozialimpulse.de/Texte_html/Subsidiaritaet.htm)

11 Gerald Häfner, Robert Zuegg, Christoph Strawe: Skizze zu einer „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“. [www.sozialimpulse.de/skizze.htm](http://www.sozialimpulse.de/skizze.htm). Siehe ferner: G. Häfner, R. Zuegg, C. Strawe: In der Auseinandersetzung um eine Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Zeitschrift für Rechtspolitik, 9/2000 (33. Jg., Sept. 2000). C. Strawe: Im Ringen um eine Charta der Grundrechte der EU. Über die Vorschläge der Initiative „Netzwerk“ zum Charta-Entwurf. In: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Nr. 2/2000

12 [www.sozialimpulse.de/skizze.htm](http://www.sozialimpulse.de/skizze.htm).

13 Vorschläge der Initiative Netzwerk Dreigliederung zum Vertrag über eine Verfassung für die Europäische Union (G. Häfner, C. Strawe, R. Zuegg), Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, 14. Jg., Heft 1/2003. [www.sozialimpulse.de/Texte\\_html/verfassungsvertrag.htm](http://www.sozialimpulse.de/Texte_html/verfassungsvertrag.htm)

14 [www.sozialimpulse.de/aufruf.htm](http://www.sozialimpulse.de/aufruf.htm)

15 Netzwerk BürgerKonvent für Europa [BKE] - Entscheidung 2009 - Das zivilgesellschaftliche Organ zur Erarbeitung einer zeitgemäßen Verfassung für die EU. Siehe im Heft S. 31f.

---

## „EIN ANDERES EUROPA IST MÖGLICH“ - SIEBEN THESEN ZUR NACHHALTIGEN ZUKUNFT EUROPAS

---

### Ein Beitrag zu einem europäischen Leitbild

Wilhelm Neurohr

Steht Europa wirklich vor einem Scherbenhaufen, nachdem in Frankreich und den Niederlanden die Bürgerinnen und Bürger den heftig umstrittenen EU-Verfassungsentwurf mehrheitlich abgelehnt haben? Oder könnte sich gerade dadurch erst eine wirkliche Chance ergeben, die Idee und Vision von einem gemeinsamen Europa erst wirklich zu klären und zu konkretisieren, statt einen falschen Weg weiter zu verfolgen? Was wollen wir Europäer, wovon lassen wir uns leiten? Was folgt daraus für einen Verfassungsvertrag?

### Der Traum von Europa - Innehalten und Nachdenken

Der Traum von Europa ist nicht ausgeträumt. Aber er muss heraufgehoben werden ins wache Bewusstsein. Sonst drohen Europas Ideale unterzugehen in einem ökonomischen „Neoliberalismus“, wie er auch den Verfassungsvertrag prägt und die grassierende Europa-Müdigkeit verstärkt. Der Friede war und ist Europas schönster Traum. Nach dem Ende des Kalten Krieges ist das auf dem Kontinent vor allem der Traum vom sozialen Frieden: Es soll kein gnadenloser Überlebenskampf „jeder gegen jeden“ herrschen, in dem sich die Macht des jeweils Stärkeren durchsetzt. Jetzt ist wahrhaft „europäisches Denken“ angesagt, würdig der Zivilisation und Kultur des Kontinents. Soll der Traum von Europa Wirklichkeit werden, müssen wir alle als gemeinschaftsfähige Individuen diese andere Wirklichkeit schaffen.

Frankreichs Nein zur mangelhaften Verfassung, dem nach den Niederlanden vermutlich ein Nein auch noch in einigen anderen Ländern folgen wird, ist Anlass inne zu halten und sich Zeit zur Besinnung zu nehmen. Frei

von dem Zeitdruck, mit dem mächtige Interessen diese Besinnung verhindern wollen, ist zu überlegen, wo der Korrekturbedarf für soziale Fehlentwicklungen liegt und ob es nicht einer grundlegenden Alternative zum bisher eingeschlagenen Weg bedarf.

Um andere Wege zu finden, bedarf es allerdings des „Kompasses“: gemeinsam getragener Visionen, Leitbilder und Ziele. Was wollen wir Europäerinnen und Europäer wirklich? Die übergroße Mehrheit lehnt ja nicht die europäische Integration als solche ab. Wohl aber gerät die gegenwärtige Richtung, in die die Europäische Union treibt, zunehmend in die Kritik.

Europa, das ist nicht nur Brüsseler Bürokratie, der „von oben“ entwickelte Verfassungsvertrag, die „Lissabon“-Strategie, kurz: die gesamte Agenda, die maßgeblich von den Lobbyisten der Konzerne bestimmt wird. Neben dieser Agenda, die auf Beherrschung der Weltmärkte und weltpolitische, auch auf militärische Macht gestützte Einflussnahme im Wettstreit der Kontinente ausgerichtet ist, gibt es auch noch ein anderes Europa.

### **„Europa von unten“ - eine Herausforderung der Zivilgesellschaft**

Zivilgesellschaftliche Initiativen, Projekte und Alternativkonzepte beeinflussen den Werdegang des vereinten Europa auf ihre Weise „von unten“. Was die Menschen in Europa gemeinsam wollen, welche Vorstellungen sie von einem vereinten Europa haben und wie Europa seine Zukunft nachhaltig gestaltet, ist bisher nicht wirklich unter breiter Beteiligung der Bevölkerung diskutiert worden - obwohl es von den Menschen abhängt, ob das Projekt Europa gelingt. Was über Jahrzehnte gewachsen ist - von der Montanunion über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nun zur politischen Union - bedarf zunächst einer kulturellen und zivilisatorischen Perspektive, als eigentliche Grundlage für einen Einigungsprozess. Von einer zukunfts-fähigen Europapolitik werden Zukunftsentwürfe und Gestaltungswillen erwartet und nicht nur das Exekutieren von Sachzwängen.

Bei allen politischen, ökonomischen und militärischen Konzepten und Vorgaben „von oben“ mangelt es an einem offenen Diskurs und gesellschaftlichen Konsens über die eigentliche geistig-kulturelle Aufgabe und Zielrichtung Europas, über seinen sozialen Auftrag, seine grundlegende Idee und Vision sowie über die Rolle der Zivilgesellschaft. Mit den nachfolgenden Thesen wird der Versuch unternommen, Ansätze für ausgestaltungsfähige Leitgedanken visionär aufzuzeigen, mit denen eine Leitbilddiskussion über das gemeinsame Wollen in Europa angestoßen werden könnte. Europa braucht ein Bild von der Zukunft. Es geht nicht darum, um jeden Preis eine ganz „neue“ oder „besondere“ Idee für Europa zu suchen, sondern die vorhandenen und geschichtlich errungenen Ideen zusammenklingen zu lassen und umzusetzen. In Zeiten der Globalisierung ist Europa gefordert, seine Grundordnung nicht nur an seinen eigenen Bedürfnissen zu messen, sondern durch seine eigene Sozialgestalt

zugleich beizutragen zu einer nachhaltigen Zukunft der Menschheit. Beim Lesen sollte berücksichtigt werden, dass hier der Versuch unternommen wird, ein künftiges „besseres Europa“ so zu schildern, dass deutlich wird, für welche Zukunftsentwicklungen eine europäische Verfassung Raum geben müsste. Dazu wird das Bild des erstrebten „besseren Europa“ häufig so gemalt, als wäre es schon Wirklichkeit - auch wenn die gegenwärtige Wirklichkeit weit hinter diesem Bild zurückbleibt.

---

### **These 1: Zur geistig-kulturellen Orientierung Europas als Wertegemeinschaft**

---

*„Europa“ ist undenkbar als Supernation bzw. Supermacht, auch nicht als bloßer Binnenmarkt. Häufig wird gesagt, Europa sei eine „Wertegemeinschaft“. Was aber ist das? Richtig ist: Die Identität Europas wurzelt in einem gemeinsamen kulturellen Erbe und drückt sich in Bestrebungen für die Zukunft aus.*

*Für die Zukunft braucht Europa eine Ethik der Kooperation nach innen und außen. Europa ist Garant für die alltägliche Verwirklichung der individuellen Menschenrechte und für die Freiheit des gemeinschaftsfähigen Individuums.*

*Europa hat seine Wurzeln im Humanismus, im Christentum und in der Aufklärung. Der Wert jeder einzelnen menschlichen Persönlichkeit ist auf diesem Kontinent zum ersten Mal entdeckt worden, in den Menschenrechten ist die Urteils- und Handlungsfreiheit des Einzelnen zur Grundlage der sozialen Ordnung erklärt worden. „Europa“, das ist ein neues Verständnis des Sozialen für die Menschheitszukunft: Die Symbiose von persönlicher Freiheit mit der Verantwortung für die Gemeinschaft.*

*Doch der geschilderte Befreiungsprozess ist nicht vollendet, solange seine Schattenseiten - Materialismus und Egoismus - nicht bewältigt sind. Die Menschen in den nichteuropäischen Kulturen haben in der Globalisierung, wie sie von Europa ausgegangen ist, vor allem diese Schattenseiten erleben müssen. Aber solange Europa seine Werte von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit nicht konsequent zur Grundlage seiner eigenen sozialen Ordnung und seines Handelns in der Welt macht, verfehlt es seine eigene Identität und die sie tragenden Werte. Weder Turbokapitalismus noch Kollektivismus vertragen sich mit ihnen.*

*Ein Europa, dass sich zu den Rechten aller Menschen bekennt, ist dazu herausgefordert, die Welt von den verschiedensten Seiten anzuschauen und die unterschiedlichen Interessen der Menschen und Völker zu verstehen und ausgleichen zu helfen - ein kosmopolitischer, universeller und ethisch-moralischer Auftrag. Die europäische Identität ist - im Gegensatz zur Identität früherer Kulturen - im Kern Identifikationsfähigkeit.*

*Weil Europa auf die kulturschöpferische Kraft der einzelnen menschlichen Individualität bauen muss, darf seine Gestaltung nicht einzig oder vorrangig durch Ökonomie und eine sich an ihr orientierende Politik erfolgen. Die Welt erwartet von Europa vor allem kul-*

turelle Erneuerungsimpulse - neben einer Politik, die die Grenzen überwindet.

Aus dem Gesagten ergibt sich, dass die „Wertegemeinschaft“, von der die Rede ist, gerade nicht das kollektive Ausleben besonderer europäischer „Tugenden“ meinen darf. Die Werte von Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit sind gerade keine das Handeln kollektiv prägenden. Vielmehr schaffen sie den Raum, in dem individuell errungene Ethik und individuelles Handeln jedes Einzelnen das Gemeinschaftsleben Europas bereichert: Europa hat keine „Mission“ außer der, den sozialen Raum zu schaffen, in dem jeder Einzelne seine individuelle Mission finden kann.

An diese Grundüberlegungen lässt sich eine Reihe konkreter Leitsätze anschließen:

**1.1. Europa ist überall**, wenn es in den Köpfen und Herzen der Menschen als etwas Positives für die **Völkerverständigung** wirksam wird. Die Zukunftsaufgabe Europas ist eine **Menschheitsaufgabe** für die ganze Welt, aber keine Menschheitsbeglückung durch eine selbst ernannte Elite. Europa ist mehr als ein bloßer Wirtschaftsstandort. Nicht ökonomischer Wettbewerb und administrative Vergleichbarkeit können im Vordergrund stehen, sondern kulturelle und ethische Kreativität. Europa stiftet **Frieden** zwischen den Völkern und Menschen, auf der Grundlage des **sozialen Friedens**.

**1.2.** Europa ist weniger eine ökonomische, politische oder geografische, geschweige militärische Notwendigkeit. Es ist vielmehr eine nachhaltige Entwicklungsaufgabe für die Zukunft - Schauplatz für Neues in der Welt. Es geht um die **Form und Qualität des Zusammenlebens** von morgen, in der nachkapitalistischen Gesellschaft. Es handelt sich um eine Gemeinschaftsaufgabe, an der alle gleichberechtigt zu beteiligen sind, um ihre **individuellen Werthaltungen** mit einbringen und ihre sozialen Fähigkeiten der Gemeinschaft zur Verfügung stellen zu können.

**1.3.** Zu den **neu errungenen Werten Europas** gehören soziale Gerechtigkeit, Demokratie, individuelle Freiheit, Solidarität, Trennung von Kirche und Staat, ethnische und religiöse Toleranz, Rationalität und Spiritualität, Prägung von Friedensgedanken und Anleitung zur Friedensfähigkeit, Achtung vor der Natur und Umwelt sowie Mitleid für lebende Wesen und Anteilnahme an deren Sorgen, Nöten und Schicksal.

**1.4.** Ein zukunftsfähiges Europa der Nachhaltigkeit gestaltet sich aus **einer neuen zivilgesellschaftlichen Kultur** mit individuellen und gemeinschaftlichen Werthaltungen, an der alle Menschen, Gruppen und Völker beteiligt werden. Wie die Menschen miteinander umgehen ist entscheidend: die **Umgangskultur**. Europa stellt sich der kulturellen Frage ganz neu, aus seiner Völkervielfalt und dem geistigen Reichtum seiner einzelnen Menschen.

**1.5.** Etwas Neues und Zukunftsfähiges kann im politisch-sozialen und wirtschaftlichen Leben Europas nur entstehen, wenn dieses aus dem geistig-kulturellen, dem künstlerischen und spirituellen Bereich genährt und durchdrungen wird. Das politische und wirtschaftliche

Leben in Europa kann von den **geistig-kulturellen Bedürfnissen** und Betätigungen der Menschen nicht abgekoppelt werden. Aus der geistigen Betätigung wird für die Menschen in Europa ein **ethischer Individualismus** im Sozialen lebensfähig, in dem die individuelle ethisch-moralische Verhaltensweise der Einzelnen innerhalb der Gemeinschaft zu einer sozialen Gesamtentwicklung beiträgt. Darum sind **Erziehung und Bildung in Freiheit** das höchste Gut in Europa, frei von politischen und wirtschaftlichen Einflüssen und Interessen.

---

## These 2: Zur Zukunftsorientierung Europas und zu seinen zivilgesellschaftlichen Grundlagen

---

*Das neue Europa muss aus der Zukunft gestaltet werden, nicht aus der Vergangenheit: Europa ist etwas werdendes, nicht etwas vollendetes. Es ist deshalb ein Europa für die junge Generation mit den in ihr lebenden Bestrebungen nach einer spirituellen und sozialen Zukunft. Es ist nicht das Europa der alten Staatsmänner und Wirtschaftsmagnaten. Wir brauchen eine lebendige Europa-Idee in den Köpfen und Herzen der Menschen, damit aus dem Einigungsprozess des 21. Jahrhunderts heraus später etwas vererbt werden kann an dann nachfolgende Generationen. Europa braucht den Enthusiasmus der Jugend, sonst wird es ein Projekt der Alten. Die Hoffnungen der Welt gründen auf eine neue Generation von Europäern mit einem Streben nach einem besseren Morgen für alle Menschen. Alternde Gesellschaften können die Zukunftsprobleme nicht meistern.*

*Das neue Europa ist mehr als ein Staatenbund oder ein ökonomisches Geflecht von Interessen. Es ist ein soziales und kulturelles Netzwerk von zukunftswilligen Menschen in seiner Mitte, in seinem Westen, Osten, Süden und Norden. Dieses differenzierte Europa der Einheit in der Vielfalt muss zivilgesellschaftlich gestaltungsfähig bleiben, damit die Jugend „ihr“ Europa in offenen Beteiligungsprozessen schaffen kann. Europa muss vorbereitet sein auf die großen Veränderungen, die aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich entstehen, aus dem Miteinander vieler Menschen.*

*Das Europa der Zukunft ist ein geistiger Kontinent der Entwicklung und Menschwerdung, ein weltoffener Kontinent der Weltbürger von morgen. Das Europa der aktiven Bürgergesellschaft ist ein zivilgesellschaftlicher Gestaltungsraum für Eigeninitiative und zur Verwirklichung der individuellen Menschenrechte zugunsten der gesamten Menschheit. Europa wird in Zukunft unterscheiden lernen, was Sache des Staates, Sache der Wirtschaft und was Angelegenheit der Zivilgesellschaft ist.*

**2.1.** Wir brauchen kein **durch Bürokraten oder Technokraten** normiertes Europa. Die Europäische Union hat bisher an keiner Stelle wirklich neue, tragende Sozialformen entwickelt. Die zukunftsstragenden



Kräfte Europas sind nirgendwo anders zu finden als in jeder einzelnen Individualität, die sich als gemeinschaftsfähig erweist. **Individuelle Freiheit** ist deshalb das höchste Gut in einem zukunftsfähigen Europa, in dem die **individuellen Menschenrechte** den höchsten Stellenwert haben und alltäglich gelebt werden - gerade auch im Wirtschaftsleben, das die Menschenrechte vielfach ausblendet oder ignoriert. Europa braucht deshalb zur Gewährleistung der allgemeinen Menschenrechte einen **funktionsfähigen öffentlichen Sektor der Daseinsvorsorge**, frei von kommerziellen Interessen. Freiheitsrechte ohne Sozialrechte hängen in der Luft.

**2.2.** Das neue Europa lebt von der **Einheit in der Vielfalt**, nicht von der Vereinheitlichung. Europa verträgt keinen Zentralismus mit einem allzuständigen Einheitsstaat, sondern ist nur entwicklungsfähig von unten als **„Europa der Regionen“ in all seiner Differenziertheit**. Das vereinigte Europa ist der Prüfstein und die Bewährungsprobe für die alltägliche Verwirklichung der **sozialen und kulturellen Bedürfnisse** und damit der allgemeinen Menschenrechte. Das neue Europa lebt von den Interessen der Menschen füreinander, im Handeln miteinander, in den **Menschenbegegnungen** über alle Grenzen hinweg.

**2.3.** Europa ist vor allem das **Europa der aktiven Bürgergesellschaft**, - ein kultureller Lebens- und Schicksalsraum inmitten der Welt für **zivilgesellschaftliche Gestaltungsräume und Eigeninitiative** zugunsten der gesamten Menschheit. Das junge Europa hat sich weniger durch die offizielle Politik bewegt als vielmehr entscheidend durch die **Bürgerbewegungen**: Frauen-, Friedens- und Freiheitsbewegungen, Demokratie- und Umweltbewegungen, soziale Bewegungen - auch ein Europa friedlicher Revolutionen im Osten und Erneuerungen wie der Perestrojka. Nicht Institutionen, Gesetze oder Traditionen verhelfen zum Aufbruch in das zukünftige Europa, sondern seine friedensfähigen und sozial kompetenten Menschen sind zur Gestaltung herausgefordert und bereit, als freie Individuen ein soziales Ganzes herbeizuführen.

**2.4.** Wir brauchen für die Zukunft **kein ökonomisch dominiertes Europa der Zahlen, Statistiken und Quantitäten**. Europa ist kein bloßes vergleichendes Zahlengebilde und braucht eher weniger statistische Zukunftsprognosen, dafür aber vielmehr Aktivitäten für eine lebenswerte Zukunft. Qualitäten gehen vor Quantitäten. Die **Lebensqualität** für alle Schichten des Menschseins muss in den Mittelpunkt der Betrachtungen und Bestrebungen rücken.

**2.5.** Nicht **Machtstreben und Machtdenken**, nicht die **Vermehrung von Einfluss und Wirtschaftskraft** bringen Europa für die Zukunft weiter, sondern allein die **Macht der Ideen** außerhalb des Gewohnten und der Geist der **Solidarität** und menschlichen Verbundenheit, über die Grenzen des Kontinents hinaus. Die **Umgestaltung der Sozialsysteme** - im Gegensatz zu ihrem jetzt laufenden Abbau - ist ein **Kampf um Europas spirituelle Identität**.

### These 3: Zur Anknüpfung an die Vergangenheit Europas und zu deren Bewältigung und Verwandlung

*Europas Erbe der Vergangenheit ist aufgebraucht. Die reichhaltigen kulturellen Schätze und Traditionen des Abendlandes verblassen. Europäisches Bewusstsein sollte dennoch anknüpfen an die Geistesgeschichte, die Philosophiegeschichte, die Kulturgeschichte und Kunstgeschichte Europas. Diese sind zeitgemäß und individuell zu verwandeln und fortzuentwickeln.*

*Nicht zuletzt aus den historischen und ideologischen Irrtümern und Schandtaten des kriegerischen, nationalistischen und chauvinistischen Europa sind gleichermaßen die Lehren für die Gegenwart und Zukunft zu ziehen - vom alten zum neuen Europa. Dieses verträgt kein altes Denken und keinen neuen Materialismus. Was in Europa an Vereinigungsstreben aus der wirtschaftlichen Montanunion von Kohle und Stahl begann, sich mit der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) fortsetzte und in die Europäische Union mündete, muss jetzt über die wirtschaftlichen und nationalstaatlichen Interessen hinaus gedacht und gestaltet werden.*

*Nachdem das alte Europa seine Vergangenheit aufgearbeitet hat, kann es sich auf seinen neuen Auftrag für die Welt besinnen: Es begibt sich auf den humanistischen Weg in eine menschenwürdige und nachhaltige Zukunft für alle. Dazu muss es auch seine Lehren aus der fehlgeleiteten Gegenwart ziehen, wenn der Weg in die Zukunft nicht durch das Diktat der Ökonomie verbaut werden soll. Ein neues, verwandeltes Denken muss Europa aus der Zukunft ergreifen. Alle politischen Ideen der Vergangenheit können die Probleme der Gegenwart in Europa nicht meistern. Und alle Ideen der Gegenwart können die Probleme der Zukunft nicht meistern, die wieder eigene Ideen hervorbringen wird.*

**3.1.** Die **historischen Hinterlassenschaften und Prägungen des alten Europa** aus der griechischen und römischen Epoche, der mittelalterlichen Kaiser, der Klöster und des Adels, des Barock und der Renaissance, des Absolutismus und sogar der französischen Revolution sind verblasst. Der **Zusammenklang von Wissenschaft, Kunst und sozialem Leben** ist verloren gegangen und muss wieder hergestellt und erneuert werden.

**3.2.** **Faschismus und Stalinismus sind in Europa Vergangenheit. Der Nationalismus ist weitgehend zurückgedrängt**, - auch wenn die alten Gespenster immer noch in manchen Köpfen und unterschwellig in der Politik spuken. Die **Nationalstaaten** verlieren derweil an Bedeutung. Die Wunden aus dem kriegsdunklen 20. Jahrhundert beginnen zu heilen. Die **Versöhnung der Völker** ist im Gange, aber ihre zunehmende **innere Spaltung in Arm und Reich** nimmt zu. Das darf nicht zugelassen werden, **weil** von Europa **sozialer Ausgleich** ausgehen muss. Jegliche Form von **Abhängigkeit, Ausbeutung und Sklaventum** muss der unsäglichen Vergangenheit angehören; darum ist auch der „Arbeits-

markt“, auf dem ein Teil des Menschen als Ware gehandelt wird, ein Anachronismus.

**3.3.** Geblieben ist ein alles beherrschender **Materialismus**, der sich immer mehr verstärkt und mittlerweile das gesamte europäische Denken und Handeln bestimmt. Alle Hoffnungen auf eine Lösung der Probleme unserer natürlichen und sozialen Umwelt durch ein einseitig materialistisch orientiertes Denken sind zum Scheitern verurteilt. - Sind doch diese Probleme zum großen Teil gerade durch eben jene Denkart entstanden. So ist ein **Umdenken** erforderlich, wenn die Idee Europa und die europäische Kultur und Zivilisation nicht in der **Dekadenz** enden soll. Europa sollte in dieser neuen Epoche generell Abschied nehmen von **alten Denkmustern und Ideologien**. Für das neue Europa eignet sich nicht das Denken aus dem 19. und 20. Jahrhundert, geschweige aus dem Mittelalter, wie es in Teilen der Kirchen, der Justiz und in mancherlei Formen des Aberglaubens noch fortwirkt. Europäisches Denken baut im 21. Jahrhundert auf ganz **neuen Denkansätzen** und lässt die Vergangenheit hinter sich, ohne sie zu vergessen.

**3.4.** Die unkritische **Technikgläubigkeit** aus dem Zeitalter der Industrialisierung und der großen Erfindungen der Neuzeit als Problemlöser für die Zukunft hält sich hartnäckig als **Ersatzreligion**, ebenso wie der alles überlagernde Glaube an die soziale Gestaltungskraft der **Ökonomie** und des **freien Marktes**. Ihre Anbetung ist zum Götzendienst geworden. Von ihnen erhofft man sich allein durch die **Öffnung der Märkte** und des **grenzenlosen Handels** dauerhaften Fortschritt, Wohlstand und soziale Zukunft. Das ist ein **Aberglaube**, der schon bald der Vergangenheit angehören sollte. Er ist Erbe und Teil des alten Europa, ebenso wie das **politische und ökonomische Machtstreben** des immer mächtiger werdenden Europas im **Wettkampf der Kontinente** als neuer europäischer Chauvinismus.

**3.5.** Ein europäischer **Chauvinismus** wäre schlimmer als all die verschiedenen nationalen Chauvinismen der vergangenen Jahrhunderte. Im Extremfall droht eine Art **Eurofaschismus** gegenüber den Verlierern der Dritten Welt. Das ist die wichtigste Lehre aus der Vergangenheit: Europa hat nicht eine beherrschende Rolle in der Welt anzustreben, sondern eine dienende, **ausgleichende und vermittelnde Aufgabe zwischen den Polaritäten in der Welt** - ein Ausgleich nach innen und außen. Das unterscheidet das neue Europa wesentlich vom alten.

---

#### **These 4: Zur sozialen, wirtschaftlichen und demokratischen Gestaltung Europas**

---

Für die Zukunft Europas kommt es entscheidend auf die menschlichen Taten an, nicht auf die äußeren politischen Verhältnisse. Europa muss schrittweise Abschied nehmen von alten Staatsformen und dem brüchig gewordenen ideologischen Parteienwesen aus dem vorigen Jahrhundert mit seinem Konformismus - zugunsten neuer, erweiterter und direkter Demokratieformen so-

wie Partizipations- und Gestaltungsmöglichkeiten. Im Mittelpunkt steht als treibende Kraft und Ideengeber eine lebendige, verantwortungsbewusste und kreative Zivilgesellschaft in einem Europa der Regionen und der menschlichen Netzwerke.

Europa muss sich zugleich verabschieden vom heutigen neoliberalen Wirtschaftsdiktat, dessen zerstörerische Wirkung für die Ökologie und das soziale Zusammenleben in einer gespaltenen Gesellschaft ebenso sichtbar wird wie sein globales Scheitern bereits absehbar ist. Der Marktradikalismus ist bereits gescheitert. Dieser Neoliberalismus wird sich tot laufen wie alle Ideologien mit verkürztem Menschenbild. Er ist weder effektiv noch nachhaltig und widerspricht der Sozialgestaltung und der Sozialstaatsidee aus europäischer Geisteshaltung. Europa braucht den erneuernden Umbau der sozialen und wirtschaftlichen Systeme, da das alte kapitalistische Wirtschaftssystem mit seinem dienenden politischen System vor dem Kollaps steht. Die soziale Neugestaltung ist der zentrale Vorgang des neuen Jahrtausends in Europa und für die Welt.

Die neuen Formen des Zusammenlebens in der postkapitalistischen Gesellschaft Europas gestalten sich nach den Prinzipien der Solidarität und der Subsidiarität. Miteinander statt Gegeneinander, Kooperation statt gnadenloser Konkurrenzkampf ist in Zeiten der Globalisierung im europäischen Wirtschaftsleben und weltweit angesagt. Europa kann nicht länger in fundamentalistischer Weise nach einem einzigen wirtschaftlichen Prinzip geformt werden. In einer Demokratie müssen immer Alternativen möglich und zugelassen sein.

Europa stellt sich deshalb ganz neu der sozialen Frage als seiner Kernaufgabe und Verpflichtung für die Welt. Es darf nicht zur weiteren sozialen Spaltung der Menschheit beitragen. Die für die bestehende Spaltung verantwortliche enge und ungesunde Verflechtung zwischen Wirtschaft, Politik und Kultur muss entwirrt werden: Gliederung und Differenzierung ist angesagt. Europa setzt dem global agierenden Kapital aus dem politischen Rechtsleben heraus einen sozialen und politischen Rahmen. Das europäische Kulturleben korrigiert das sozialdarwinistische Welt- und Menschenbild, das momentan das Wirtschaftsleben beherrscht. Die Ideale der französischen Revolution sind in ihrer spezifischen jeweiligen Bedeutung für die gesellschaftlichen Subsysteme die Grundlagen für die noch zu verwirklichende soziale Zukunftsgestaltung: Freiheit vorrangig im Kultur- und Geistesleben, Gleichheit vorrangig im politischen Rechtsleben und Geschwisterlichkeit („Brüderlichkeit“) vorrangig im Wirtschaftsleben.

**4.1.** Ein **soziales und demokratisches Europa** kann nicht ökonomisch und politisch von oben herab gestaltet werden. Die **Gemeinwohlorientierung** muss in Europa vom demokratischen Rechtsleben und von der Zivilgesellschaft ausgehen. Das europäische Sozialstaatsmodell ist in zeitgemäßer Umwandlung in die Zukunft zu überführen, um allen ein **menschenwürdiges Dasein** zu sichern, unabhängig vom Erwerbseinkommen oder von verfügbaren Arbeitsplätzen. Teilen

macht alle reich - und für die anderen Menschen tätig zu sein, ist sinnstiftend.

**4.2.** Die soziale und kulturelle Dimension Europas verträgt sich nicht mit dem Verständnis von Arbeitskraft als Ware auf dem „Arbeitsmarkt“. Dieses reduziert den Menschen auf einen Kostenfaktor, schürt die **Lohnkostenkonkurrenz, und treibt die Menschen in ein modernes Sklaventum**, das Zukunftsängste und Erkrankungen hervorruft, ja menschliche Existenzen zerstört. Ein **soziales Europa der Solidarität** vermeidet alles, was zu solchen zerstörerischen Verhältnissen führt. Es überwindet alles, was zu neuer Abhängigkeit, zu unsicheren Lebensumständen oder zur Verschlechterung der Lebensqualität und zur Einschränkung der Menschenrechten und -würde führt.

**4.3.** Europa braucht eine Erneuerung der Kulturarbeit und eine **neue Arbeitskultur**, losgelöst vom Erwerbszwang, also eine **Trennung von Arbeit und Einkommen**. Jeder Mensch mit oder ohne Erwerbsarbeit hat ein Recht auf **menschenwürdiges Dasein** allein aufgrund der Tatsache, dass er Mensch ist. Dies ist das europäische Sozialprinzip und Menschenverständnis. Im neuen Europa wird menschliche Arbeit nicht mehr als Ware auf dem Markt betrachtet, sondern als Beitrag zur Kulturentwicklung und als Verwirklichung menschlicher Fähigkeiten zugunsten der menschlichen Gemeinschaft. Wenn Europa die Zukunft der Arbeit meistern will, so beginnt diese mit der Arbeit am Menschen. In Europa ist für die Menschen sehr viel zu tun, **jeder wird gebraucht und niemand ausgegrenzt**.

**4.4.** Das neue Europa entdeckt **den eigentlichen Sinn und Zweck des Wirtschaftens** für die Menschen neu. Es gestaltet eine **assoziative Wirtschaft** mit Abstimmung der Produzierenden und Handeltreibenden mit den Verbrauchern und Konsumierenden. Es vermeidet die **Durchmischung politischer und wirtschaftlicher Interessen**.

**4.5.** Europa gewährleistet zugleich die **Freiheit und Unabhängigkeit des Geistes- und Kulturlebens** von Staats- und Wirtschaftseinflüssen. Es strebt überdies nach einem erweiterten Demokratieverständnis, nach Partizipation und **Mündigkeit** der Menschen, deren Rechts- und Gerechtigkeitsempfinden sowie Unrechtsgefühl der Maßstab allen politischen Entscheidens und Handelns ist.

---

## These 5: Zur zukünftigen Rolle Europas in der Welt

---

*Das vereinte Europa steht nicht länger in Konkurrenz- und Vormachtstellung zu den anderen Kontinenten und ihren Menschen, sondern es trägt zur Entwicklung und Förderung der ganzen Menschheit in der einen Welt bei. Europa betreibt Wiedergutmachung seiner historischen Schuld der Kolonialisierung und der verformten Globalisierung, deren einseitige Ausrichtung von ihm ausging. Europas Bürgerinnen und Bürger mit ihrer sprachlichen Vielfalt sind längst Weltbürger mit Op-*

*ferbereitschaft, die ihre geschichtliches und nationales Bewusstsein ausweiten zu einem europäischen Weltbewusstsein.*

*Europa nimmt verstärkt eine ausgleichende und vermittelnde Rolle in der Welt wahr, insbesondere bei den Konfrontationen zwischen den Polaritäten, zu denen die dualistisch geprägte Menschheit neigt. Europa selber bemüht sich, seine dualistische Auffassung der Weltverhältnisse im Inneren wie im Äußeren vorbildhaft zu überwinden, sei es im Ost-West- oder Nord-Süd-Konflikt, im Streit von Kulturen, Religionen und Ethnien oder im Konflikt zwischen sogenannten Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen Alt und Jung, zwischen oben und unten usw.*

*„Miteinander statt gegeneinander“ lautet auch das Prinzip des europäischen Wirtschaftshandelns in einer solidarisch zu gestaltenden globalen Welt, in der alle Menschen voneinander abhängig und aufeinander angewiesen sind. Egoismus, Vorteilsdenken und Konkurrenzprinzip sind hier fehl am Platze. Europa entwickelt ein neues Verhältnis zu einem Geldwesen „ohne Zinsen und Inflation“, damit der Euro heilsame statt schädigende Wirkungen im Inneren wie auch für die Weltwirtschaft und Weltentwicklung vorbildhaft entfaltet. Die Menschen Europas nehmen die Bürde der Verantwortung für die Welt auf sich und gewinnen so das Vertrauen der Welt. Europas nachhaltige Zivilisation basiert auf Lebensqualität für alle Menschen auf der Erde statt auf unbegrenzte Akkumulation individuellen Reichtums.*

**5.1.** Europa verzichtet auf jegliche **militärischen Aufrüstungsverpflichtungen** und wendet sich stattdessen wieder einer Politik der **Abrüstung** zu, die es auch in seiner Verfassung festschreibt. Europa emanzipiert sich politisch, militärisch und kulturell von den USA - ohne indes eine eigene Weltmacht, Militärmacht oder Wirtschaftsmacht werden zu wollen. Europa bleibt den Menschen in den USA freundschaftlich und solidarisch verbunden. **Kriegseinsätze** aus wirtschaftlichen oder machtpolitischen Gründen liegen Europa fern, abgesehen von Unterstützungen und Beteiligungen an friedensstiftenden UNO-Einsätzen.

**5.2.** Europa bemüht sich aus einer **spirituellen Weltauffassung** seiner Menschen ernsthaft, aktiv und verantwortungsbewusst um einen weltweit wirksamen **Ausgleich zwischen Arm und Reich**. Es sorgt für einen **Gleichgewichtszustand in der Welt** in geistiger und materieller Hinsicht. Es vertritt nicht nur die Interessen der Europäerinnen und Europäer, sondern das Allgemeinmenschliche im **gesamten Menschheitsinteresse**. **Armut** in Europa und in der Welt wird nicht länger als individuelles Problem angesehen, sondern als **gesellschaftliche Herausforderung**.

**5.3.** Das **weltoffene Europa** betreibt in seinem eigenen Lebens- und Arbeitsraum die Ablösung von Autoritäten und Gruppendenken zugunsten der **Emanzipation und Mündigkeit der Individualitäten** mit dem Ausbalancieren von Individualität und Gemeinschaft. Daraus entwickelt es **neue Sozialformen**: Gemeinschaft, die aus individueller Freiheit entsteht. Das Ge-

lingen dieses Versuchs wird **der gesamten Menschheit zugute kommen**.

**5.4. Wo althergebrachte religiöse Formen nicht mehr tragen**, bemühen sich Menschen in Europa um **neue Erkenntnis- und Lebensformen**, die unabhängig von Konfessionen oder Glaubensrichtungen oder -ablehnungen neue christliche oder religiöse **Gemeinschaftsbildungen anderer Art** zeitgemäß ermöglichen, z.B. durch ein vom Egoismus befreites brüderliches oder geschwisterliches **Wirtschaften mit Teilhabe aller Menschen am Reichtum dieser Erde** bei Schonung ihrer Ressourcen. Europa wirkt **ideologiefrei** und konstruktiv **für die Welt**. Es hilft mit, von allen Kulturen, Religionen Völkern, Gruppen und Individualitäten dieser Welt das jeweils Beste für die Vorbereitung des nächsten Schrittes der menschlichen Entwicklung zu verarbeiten. In einer zunehmend vernetzten und globalisierten Welt arbeitet es mit an einem neuen Menschheitsbewusstsein der schicksalhaften **Zusammengehörigkeit** und wechselseitigen Abhängigkeit.

**5.5.** Europa schlägt ein **neues Kapitel der Geschichte** auf, das sich **an Lebensqualität, Nachhaltigkeit, Frieden und Harmonie** ausrichtet. Das **moderne Fortschrittsdenken** löst sich von seiner rein materiellen Basis. Im Vordergrund steht die **Förderung des menschlichen Geistes** - als wünschenswerte **Anhäufung geistigen Reichtums**. Dadurch befreien sich in Europa die Menschen aus ihrem **materialistischen Gefängnis** und aus ihren **seelischen Nöten**. Europa sprengt so die Grenzen seiner alten Bewusstseinshaltung, und die Veränderung wirkt über Europas alte Territorialgrenzen hinaus.. Wir erleben die **Geburt eines neuen europäischen Traumes**. Wir erleben die **Wiedergeburt Europas**.

---

## These 6: Zu den Gestaltungsfeldern eines nachhaltigen Europa

---

*Europa geht in Zukunft den Weg einer konsequent nachhaltigen Entwicklung auf allen Gebieten; es strebt nach sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Nachhaltigkeit in globaler Sichtweise als Alternative zum kurzsichtigen materiellen Gewinnstreben. Europa versteht sich als ein lebendiger sozialer und ökologischer Organismus. Ein nachhaltiges Europa fördert die freie Individualität, die Spiritualität und die in Freiheit selbst gewählte Religiosität.*

*Europa strebt nach Wahrhaftigkeit, Frieden und Gewaltlosigkeit nach innen und außen. Es ringt um ein neues Bewusstsein und um einen wirklichen Aufbruch mit dem nötigen Enthusiasmus. Gefordert ist auch der spezifische Beitrag der einzelnen Länder und Völker sowie der einzelnen Europäer für das gemeinsame Ganze, in dem auch Kinder, alte Menschen, Behinderte und Migranten sowie sozial Schwache ihren angemessenen Platz haben.*

*Der europäische Sozialstaat als demokratischer Rechtsstaat wird nicht länger als ein „Markthindernis“ betrachtet, sondern eine neue Solidarität und Sozial-*

*ethik wird als Teil europäischer Identität und als Fundament europäisch-„abendländischer“ Werte angesehen. Europa beendet die Diskreditierung und Ökonomisierung seines Geisteslebens, und wendet sich gegen Verdinglichung, Fremdbestimmung und Entwürdigung des Menschen im Wirtschaftsleben.*

*Europa strebt den Erhalt seiner kulturellen und ökologischen Vielfalt an, die Pflege seiner bäuerlichen Kulturen, seiner Kulturlandschaften und seiner Stadtkulturen. Europa bemüht sich um einen neuen Gestaltungsimpuls für Architektur, Städtebau, Landschaftsgestaltung, Kunst und Sozialgestaltung. Europa pflegt die Stätten eines spirituellen Lebens.*

*Die Menschen Europas streben aus der Lebenswirklichkeit heraus nach Freiheit, insbesondere Gedankenfreiheit, Gewaltfreiheit, Bewegungsfreiheit, Bildungsfreiheit, Religionsfreiheit und individueller Freiheit sowie Befreiung von Machtverhältnissen und Zwängen. Die alltägliche Verletzung der Menschenwürde durch die Art und Weise der momentan vorherrschenden Wirtschaftsgestaltung muss durch ein menschengemäßes Wirtschaftsleben überwunden werden.*

**6.1.** Europa ringt sich zu einem Verbot des privilegierten Zugangs von Lobby-Organisationen zur EU-Kommission durch. Es legt alle Beeinflussungen von Gesetzgebungen und Parlamentariern offen. Die **Wirtschaft** in Europa kann keine „Privatwirtschaft“ sein, sondern ist in höchstem Maße von öffentlichem Interesse. Sie hat dem **Gemeinwohl** zu dienen und der Versorgung aller - nicht nur mit Waren, Gütern und Dienstleistungen, sondern auch mit Arbeit und Einkommen.

**6.2.** Europa braucht eine **lebendige Landwirtschaft** und eine **Symbiose aus Stadt- und Landkultur** statt ausufernde Verstädterung. Es wirkt den Tendenzen zur Zersiedelung und Landschaftsstörung, zu unfruchtbaren Böden, zu verseuchtem Grundwasser und zur abnehmenden Regenerationsfähigkeit von Pflanzen und Tieren entgegen. Europa sorgt für eine **gesunde Ernährungsgrundlage** für seine Menschen und berücksichtigt **die Gesundheits- und Qualitätsinteressen der Verbraucher**. Es gewährleistet den **öffentlichen Zugang** zu Wasser, Energie, Verkehrsinfrastruktur, kulturellen, sozialen und medizinischen Einrichtungen sowie Bildungsangeboten.

**6.3.** Die Menschen sind das **soziale Potential** Europas, seine wichtigste Ressource. **Die Qualität der Völkervielfalt und Menschenvielfalt** ist gewissermaßen „der Lebensatem für die Entfaltung der europäischen Seele“. Diese kann **durch Austausch und Menschenbegegnungen** in ihrer Entwicklung begünstigt werden. Nachdem die freiwillig vereinten Nationen sich zu Europa bekennen, müssen Europas Visionen in der Realität verankert werden.

**6.4.** Das für alle zugängliche freie europäische **Bildungs- und Hochschulwesen** widmet sich verstärkt den europäischen Ideen und nachhaltigen Gestaltungsfeldern, frei **von wirtschaftlichen und politischen Interessen und Einflüssen**. Die Wissenschaft selber strebt nach Erneuerung, Öffnung und gedanklicher Beweg-

lichkeit und verlässt Dogmen und pseudowissenschaftlich begründete Wirtschaftsideologien. **Die geisteswissenschaftlichen Fachdisziplinen** erhalten wieder einen höheren Stellenwert gegenüber der nur technisch-naturwissenschaftlichen Ausrichtung am wirtschaftlichen Verwertungsinteresse.

**6.5.** Europa gestaltet eine **neue Boden- und Eigentumsordnung** und eine **neue Finanz- und Kapitalordnung** sowie eine **neue Arbeitsordnung** - in der Erkenntnis, dass Arbeit, Boden und Kapital unverkäuflich sind und die Dynamik des Zinseszinses die Wirksamkeit des Geldwesens zerstört. Europa versteht sich als eigenständiges Modell, das anregend mit Alternativen auf die gefährdete Welt einwirken kann. In Europa steht kulturelle Vielfalt über Assimilation, Lebensqualität über der Anhäufung privaten Reichtums, nachhaltige Entwicklung über unbegrenztem materiellem Wachstum, universelle Menschenrechte und die Rechte der Natur über Eigentumsrechten, globale Zusammenarbeit über einseitiger Machtausübung.

---

### These 7: Zum gemeinsamen Gestaltungsprozess der europäischen Verfassung

---

*Der Wille und das Rechtsempfinden aller Europäer müssen in die Verfassung Europas einfließen können. Diese kann nur ohne Zeitdruck in einem gemeinsamen Gestaltungsprozess neu entwickelt werden, an dem alle Betroffenen in basisdemokratischer Weise umfassend beteiligt werden, um ein Bild von der Zukunft zu entwerfen. Vorschläge über die formale Seite dieses Prozesses existieren bereits (vgl. die Beiträge von W. Heidt und C. Strawe in diesem Heft). Die Leitbilddiskussion sollte der erneuten Verfassungsdiskussion vorausgehen oder mit ihr einhergehen. Ein Grundlagen-Leitbild als Orientierungshilfe für die Wertediskussion ist hilfreich für die Prozessbegleitung, die mit einer Kultur- und Strukturdebatte zu verknüpfen ist. Die Verfassung sagt etwas über den Zustand der Menschen und die Gestaltung ihres Gemeinschaftslebens aus, nicht allein über die Vorstellungen von politischen Eliten. Die fällige Neuauflage der Verfassungsdiskussion sollte losgelöst vom vorliegenden Vertragstext und unbeeinflusst von wirtschaftlichen Lobby-Organisationen erfolgen. Die neue Verfassung verzichtet auf jegliche Festlegungen etwa zugunsten einer neoliberalen Wirtschaftsordnung sowie auf militärische Rüstungsverpflichtungen. Sie verzichtet auch auf alle Detail-Regelungen, die den Rahmen einer Verfassung sprengen und offene politische Gestaltung verhindern. Die Prinzipien der Demokratie und der Subsidiarität müssen deutlicher Eingang in die Verfassung finden. Eine Sozialcharta ist als ein Kernbestandteil in den Verfassungsrang zu erheben. Europa strebt nach einer sozialer Erneuerung und humaner Gestaltung des Wirtschaftens, - dies muss auch in der Verfassung zum Ausdruck kommen.*

*Eine europäische Verfassung darf inhaltlich nicht hinter fortschrittlicheren nationalen Verfassungen wie*

*dem deutschen Grundgesetz zurückbleiben; sie darf nicht Bürgerrechte oder nationale Beteiligungs- und Entscheidungsrechte zentralistisch einschränken. Sie muss vielmehr den Charakter einer Rahmenverfassung erhalten, die sich auf gesamteuropäische Aspekte beschränkt. Die Verfassung sollte durchgängig das Zukunftsbild und das Rechtsempfinden und -bewusstsein zum Ausdruck bringen, das in den Menschen Europas im Sinne eines gemeinsam entwickelten Leitbildes lebt. Die Verfassung sollte einen Rechtsrahmen schaffen, der allen Menschen in Europa ermöglicht, eigene Initiative, Selbst- und Mitverantwortung in selbstverwalteten Strukturen zu übernehmen.*

**7.1.** Europa braucht einen **ganzheitlichen Denkansatz**, um der Gestaltung des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems im 21. Jahrhundert gerecht zu werden. Dies muss sich auch in der Verfassung niederschlagen. Wenn ein **politisch-wirtschaftliches Hypersystem** wie die EU Europa - und mit ihm die ganze Weltordnung - fehlsteuert, kann der Einzelne nur wirksam gegensteuern, wenn er **Allianzen** bildet mit anderen guten Kräften. Diesen **zivilgesellschaftlichen Gestaltungskräften** muss Europa auch bei der Verfassungsdiskussion ungehinderten Freiraum zur Entfaltung bieten. Auch die Mächtigen der Wirtschaft und Politik müssen die **Sackgasse** erkennen, um aus ihr herauszufinden.

**7.2.** Da wirtschaftliches Konkurrenzdenken und militärische Rüstungsverpflichtungen wirkliche **Völkerverstrickung** verhindern oder erschweren, müssen solche Elemente in der Verfassung ausgeräumt werden. Die Verfassung sollte den Menschen in Europa auch signalisieren, dass die **Idee und Zukunft Europas** nicht aus einer unaufhaltsamen Welle der Deregulierung, Privatisierung und Kommerzialisierung und aus dem Abbau sozialstaatlicher Sicherungssysteme besteht. Die Verfassung hat vielmehr zu verdeutlichen, was **Recht und Unrecht** ist und was morgen solidarisch geschehen soll.

**7.3.** Europa erlebt **Symptome des Zusammenbrechens** der bisherigen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Ordnung. Es bedarf deshalb einer neuen ethischen Orientierung, aus deren Geist die Verfassungsinhalte geprägt sein müssen. Denn wenn Europa so weitermacht wie bisher, wird es die gegenwärtige Ordnung nicht mehr sehr lange aufrecht erhalten können ohne **schwerste Krisen**. Deshalb muss die Verfassung die **neue Ordnung** ermöglichen und sichtbar machen.

**7.4.** Eine **europäische Verfassung sollte das europäische Modell** verdeutlichen, das als staatliche Aufgabe ein **Mindestmaß an Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit** schafft und die **Grenzen des Marktes** aufzeigt. Aus der Verfassung sollte auf den Grundwerten der Französischen Revolution deutlich werden, was Sache des **Staates**, Sache der **Wirtschaft** und Angelegenheit der **Zivilgesellschaft** und des freien Kulturbereiches ist. Es sollte auch deutlich werden, was Sache der **Gemeinden**, der **Regionen** und der **Nationalstaaten** ist.

7.5. Der europäischen Verfassung kann die **Umverteilung** von oben nach unten, die **Spaltung** in Arm und Reich, in Gewinner und Verlierer nicht gleichgültig sein, sondern sie hat einen Rahmen zu schaffen für **gerechten Ausgleich**. Die Verfassung darf auch nicht die **innere Erosion** der parlamentarischen Parteidemokratien und die von der staatlicher und wirtschaftlicher Fremdbestimmung hervorgerufenen **Dekadenz-Erscheinungen** im Kultur- und Medienbetrieb ignorieren. Die Verfassung hat vielmehr einen **rechtlichen Rahmen** zu setzen, der einer Erneuerung der **europäischen Kultur und Politikultur** Chancen gewährt.

---

#### NACH DEN VOLKSABSTIMMUNGEN

IN FRANKREICH UND HOLLAND:

### „WIE WEITER IM VERFASSUNGSPROZESS DER EU?“

---

Wilfried Heidt

Unabhängig vom Ergebnis der oben genannten Plebiszite, die ja keineswegs nur der EU-Verfassung galten, sondern ein völlig intransparentes Durcheinander verschiedenster innenpolitischer Ablehnungsmotive enthielten, sowie auch unabhängig vom übrigen parlamentarischen oder plebiszitären Ratifizierungsprozedere in den Mitgliedsländern insgesamt, hatte die **IG EuroVision**, die 1999 gegründete „Initiativgesellschaft zur Förderung der europäischen Integration durch neue Ideen und demokratische Projekte“ [[www.eu21.willensbekundung.net](http://www.eu21.willensbekundung.net)], in Weiterführung eines im Jahr 2000 gemeinsam mit dem „Netzwerk Dreigliederung“ begonnenen, damals auch im „Rundbrief“ dokumentierten Projektes [Startinitiative EU21: Für einen europäischen Verfassungsprozess von unten] im Zusammenhang mit einem „Memorandum“ im September 2004 die Frage aufgeworfen, wie wir als Zivilgesellschaft an der „Gestaltung unserer sozialen Zukunft im vereinigten Europa maßgebend mitarbeiten können“ [Memorandum der Initiative „EU21 - Entscheidung 2009“]. Diesem Vorgehen lag die Erkenntnis zugrunde, dass es heutzutage nur eine einzige Chance gibt, das Notwendige, das Wesensgemäße zu erreichen: Wir müssen für die entsprechenden Ideen-zusammenhänge eine tendenziell die gesellschaftliche Mehrheit bildende geistig-politische Bewegung gewinnen! Das ist die *conditio sine qua non* diesbezüglicher Bestrebungen.

Die praktische Antwort, die aus dieser Erkenntnis als Information an eine große Zahl von Personen und Initiativen ging, bestand in dem Vorschlag, ein „**Netzwerk BürgerKonvent für Europa**“ [NBKE] zu gründen, um in den nächsten Jahren einen zeitgemäßen Entwurf für eine Verfassung der EU auszuarbeiten, dafür

eine breite europäische Bewegung aufzubauen und durchzusetzen, dass dieser Entwurf gleichzeitig mit der nächsten Wahl zum europäischen Parlament 2009 zur Abstimmung kommen kann.

Um dieses Projekt in Gang zu setzen, wurde zum 19. - 21. Oktober 2004 zu einer Gründungsversammlung für dieses NBKE eingeladen [Netzwerk BürgerKonvent für Europa - Einladung zur Gründungsversammlung]. Dabei beschlossen aktive Bürgerinnen und Bürger der zivilgesellschaftlichen Verfassungsbewegung in der EU aus Frankreich, Österreich, Holland, Luxemburg, der Bundesrepublik, Rumänien und Ungarn am 21. Oktober die nachstehende „**GründungsErklärung**“ [Netzwerk BürgerKonvent für Europa - GründungsErklärung]. Sie beschreibt Aufgabe, Arbeitsweise, Strategie und Ziel des NBKE [freie Zusammenarbeit, Koordination durch gemeinsame Konferenzen, keine pseudodemokratischen Bündnisse, *individuelle Willensbekundungen* via Internet statt traditionelle Unterschriftensammlung [[www.willensbekundung.net/Eu21willensbekundung](http://www.willensbekundung.net/Eu21willensbekundung)]].

Ist es insofern nicht kontraproduktiv, bedeutete es doch abermals eine Zersplitterung der Kräfte, wenn jetzt bei Ignorierung dieses bereits bestehenden freien und demokratischen Organes zivilgesellschaftlicher Selbstbestimmung eines europäischen Verfassungsprozesses von unten „Aufrufe“ u. a. zur Bildung scheinbar originärer Aktivitäten - wie im vorliegenden Heft dokumentiert - in die Welt gesetzt werden, anstatt das Angebot des NBKE aufzugreifen, in seinem Rahmen aktiv zu werden und es dergestalt zu stärken?

Außer der nachstehend dokumentierten *Gründungs-Erklärung* des NBKE liegen als *erste Arbeitsergebnisse* zwei Texte vor, welche „**Grundlinien**“ für einen **alternativen Verfassungsentwurf** beschreiben [Grundlinien für die konstitutionelle Architektur des „Europäischen Hauses“, 2002/03; Grundlinien\_EU-Verfassungsalternative, 2004;]. Sie gehen von der Tatsachenfeststellung aus, dass der Prozess der europäischen Integration in seiner historischen Entwicklung in vier Etappen vier Funktionssysteme eines sozialen Organismus *sui generis* ausgebildet hat, deren „einheitliche Konstituierung“ nicht mehr - wie noch im Konventsentwurf - in einer Art postnationalem „Brüsseler“ Zentralismus mit quasistaatlichen Institutionen [wie einem Parlament, einer Kommission, einer Präsidentschaft, einem Rat der Regierungen der Mitgliedsstaaten usw.] seinen Ausdruck finden darf, sondern - auf dem Fundament der Werteordnung einer „**Charta der Grundrechte**“ [Charta der Grundrechte - Alternativentwurf; 2000] - als *funktional gegliederte, dezentrale, durch Kommunikations- und Beratungsorgane horizontal verknüpfte Körperschaft* verfasst sein muss.

Diese Grundidee, die in der Wirklichkeit der Europäischen Union als *sozialer Organismus neuen Typs* konkret erscheint, kann hinsichtlich der durch ihn zu realisierenden geistigen, politischen, sozialen und wirtschaft-

\* [www.eu21.willensbekundung.net/](http://www.eu21.willensbekundung.net/) [Aktuelles]

lichen Ideale und Ziele verschiedene Erscheinungsformen annehmen, die aber auf der Höhe der Zeit ihre konstitutionelle Legitimation nur durch die Gesamtbürgerschaft der EU empfangen können. Das ist die operative Perspektive für 2009, an der mitzuwirken wir alle Europäerinnen und Europäer hiermit abermals aufrufen.

Über alle hiermit aufgeworfenen Fragen und Aufgaben wollen wir während der Tagung **„Die Konstitution Europas im Zeitalter der Globalisierung“** vom 25. bis 28. August im Internationalen Kulturzentrum Achberg arbeiten. Alle Interessierten sind eingeladen, ihre Ideen und Visionen einzubringen. Weitere Informationen und Anmeldung: [Communication@IG-EuroVision.net](mailto:Communication@IG-EuroVision.net) - Tel. 08380-98228 - Fax -675

**SommerKonferenz 2005:** Im Zusammenhang mit der genannten Tagung steht auch die **Projekttagung vom 22. bis 25. August** im Internationalen Kulturzentrum Achberg. Unter dem Thema: **Der „ästhetische Staat“ [Schiller, 1805†] und die Brüderlichkeitswissenschaft des „sozialen Hauptgesetzes“ [Steiner, 1905]** geht es darum, in sozialwissenschaftlicher Besinnung das **Urbild der Architektur des „europäischen Hauses“ [Medianum, 2005]** als elementaren Beitrag der „königlichen Kunst“ auf der Höhe der Zeit zu entdecken und für konkrete Bauprojekte fruchtbar zu machen. **Anmeldung und weitere Informationen:** [kulturzentrum-achberg@gmx.de](mailto:kulturzentrum-achberg@gmx.de), <http://www.eu21.willensbekundung.net> [Tagungen], Internationales Kulturzentrum Achberg, 88147 Achberg, Panoramastr. 30, Tel. 08380-335, Fax -675 [Administration]

## Netzwerk BürgerKonvent für Europa [NBKE] - Entscheidung 2009

Zivilgesellschaftliches Organ zur Erarbeitung einer zeitgemäßen Verfassung für die EU - [eu@buergerkonvent.info](mailto:eu@buergerkonvent.info)

### GRÜNDUNGSERKLÄRUNG

1. In dem bisherigen verfassunggebenden Prozess der Europäischen Union war deren Bürgerschaft von jeglicher wirksamer Beteiligung ausgeschlossen; nur parlamentarische Gremien waren an der Arbeit beteiligt, einen Verfassungsentwurf zu erstellen. Aus diesem Grund werden einer dergestalt entstandenen Konstitution, auch wenn es darüber in mehreren Mitgliedsländern zu Volksentscheiden kommen wird, wesentliche Bedingungen tatsächlicher Volkssouveränität fehlen.

Es ist dieser schwerwiegende Mangel, der die IG EuroVision, eine seit 1999 bestehende NGO zur Realisierung neuer sozialer Ideen und demokratischer Projekte im Europa des 21. Jahrhunderts, veranlasste, die Initiative zur Bildung des **Netzwerks „BürgerKonvent für Europa“ [NBKE]** zu ergreifen.

2. Unabhängig vom Ausgang der formaldemokratisch legitimierenden parlamentarischen und plebiszitären Beschlüsse in den Mitgliedsländern über den vorliegenden Verfassungsentwurf des Konvents der EU, sehen wir in diesem allenfalls für eine kurze **Übergangszeit** eine brauchbare Grundlage.

3. Weil eine Einzelkritik zu vieles aufzuzeigen hätte, was im Zeitalter der Individualisierung und Globalisierung als nicht entwicklungs- und zeitgemäße Regelung gelten und als weder den Grundwerten der Freiheit und Gleichheit, noch denen der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität, der Demokratie und Humanität gerecht werdend angesehen werden kann, beschränken wir uns an dieser Stelle auf die Benennung zweier grundlegender Defizite:

- Außer seinem schon erwähnten **unzulänglichen demokratischen Charakter**,
- baut der **Konventsentwurf** auf Vorstellungen eines zum **Zentralismus** tendierenden Verständnisses von einer **dominant staatlich-politischen „Union“** auf, während doch historisch längst schon die **Bildung und verfassungsrechtliche Konstituierung einer dezentralen, die einzelnen Lebensbereiche funktional gliedernden und aus deren autonomen Stellung sich zu einem sozialen Ganzen integrierenden gesamtgesellschaftlichen und nicht nur staatlich-politischen Architektur unseres gemeinsamen europäischen Hauses** angesagt ist.

Zwar ist es richtig, wenn es heißt, die EU sei weder als Staatenbund noch als Bundesstaat zu verstehen. Doch der **neue Typus**, um den es sich dann handeln soll, bleibt - nicht zuletzt auch im vorliegenden Verfassungsentwurf des Konvents - nach wie vor verdeckt, obwohl er seine Geburtszeit seit längerem schon angekündigt hat: zum einen in der beschleunigten Entwicklung des Integrationsprozesses der neunziger Jahre, zum andern auch in solchen Symptomen, wie sie insbesondere mit den Problemen der Osterweiterung, der Kandidatur der Türkei und dem Stichwort vom „*Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten*“ zu benennen wären.

Diesen Phänomenen liegen letztlich **geschichtliche Triebkräfte** zugrunde, die wir erkennen und konstitutionell auf den Begriff bringen müssen, damit die **institutionelle** Gestalt der Union ihren **Funktionsverhältnissen**, wie sie bereits existieren, angemessen ist und diese sich gesund weiterentwickeln können. Das zukunfts offen zu regeln, ist die Aufgabe einer „zeitgemäßen“ verfassungsrechtlichen Konstitution für den sozialen Organismus Europas als **Fundament einer historisch neuen Identität unseres Kontinents im Sinn eines Gemeinwesens sui generis.**<sup>1</sup>

4. In diese Richtung weisende Ideen sind heute nicht nur in vielen Arbeitsgemeinschaften und Bürgerinitiativen der Zivilgesellschaft im Gespräch, sondern werden auch in den Gesellschaftswissenschaften seit Jahrzehnten schon umfassend diskutiert und begründet, von der Politik aber noch immer weitgehend ignoriert und daher auch in den Medien bisher nur marginal erörtert.

5. So erschien es uns an der Zeit, diese Alternativen in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts, in denen sich die EU anschickte, für die Zukunft ihre bisherige, mit einer Vielzahl von Verträgen schrittweise vollzogene Entwicklung auf die Basis einer Verfassung zu stellen, in den Konstitutionsberatungen zu berücksichtigen.

Dafür haben wir dem Verfassungs-Konvent gleich zu Beginn seiner Arbeit - wie schon seinem Vorgänger im Fall der „Charta der Grundrechte“<sup>2</sup> - konkrete Verfahrensvorschläge und bestimmte inhaltliche Orientierungspunkte unterbreitet,<sup>3</sup> doch es fand - wie, soweit uns bekannt, auch alles andere, was aus der Zivilgesellschaft vorgeschlagen wurde - keine Beachtung. Schon der abermals erzeugte *Zeitdruck* schloss jeden derartigen Diskurs aus. Und dementsprechend war dann auch das Ergebnis: *Enttäuschend* angesichts der tatsächlichen historischen Forderung eines neuen Weges.

6. Für die gestellte Aufgabe brauchte es die erforderliche *Zeit der Besinnung*, was offensichtlich aber nicht gewollt war. Ohne weiteres wäre es nämlich möglich gewesen, die EU bis Ende des Jahrzehnts mit Übergangsvereinbarungen zu führen. Um das Unterlassene nachzuholen, haben wir jetzt das **Netzwerk „BürgerKonvent für Europa“** als zivilgesellschaftliches Organ zur Erarbeitung einer zeitgemäßen Verfassung ins Leben gerufen.

7. Dessen **Ziel** ist es, gleichzeitig mit der nächsten Wahl zum Parlament der europäischen Union im Jahr 2009 den Stimmberechtigten aller Mitgliedsländer bis maximal drei Verfassungsentwürfe als Alternativen zu den zwischenzeitlich geltenden konstitutionellen Ordnungen zur **Entscheidung** vorzulegen [Agenda 2009].

Falls ein Jahr vor dem Abstimmungstermin mehr als drei Entwürfe existieren sollten, müssten diese - veranlasst durch die Administration der EU - in jedem Mitgliedsland in der jeweiligen Landessprache publiziert werden; durch eine **Vorabstimmung** müssten dann die drei Entwürfe mit der meisten Zustimmung ermittelt werden. Sie wären dann - in Konkurrenz zum bestehenden Recht - in der Zeit bis zur Entscheidung öffentlich in den Medien zu diskutieren. Künftiges Recht wäre derjenige Entwurf, der bei der Abstimmung die Mehrheit auf sich vereinigen kann. Dies zu organisieren und durchzuführen, wäre der hoheitlich durch die EU zu verantwortende Teil des Konstitutionsprozesses.

8. *Die Arbeit des NBKE wird von diesem selbst verantwortet.*

- Als geistig-politische Prämisse gilt, daß keine Arbeitsinitiativen zugelassen sein werden, die rassistische, antisemitische, fremdenfeindliche oder andere gegen die Menschenwürde gerichtete Gedanken vertreten.
- Arbeitsinitiativen bilden sich dadurch, dass sie ihre diesbezügliche Absicht gegenüber dem Initiativkreis des NBKE bekunden. Sie sind darin gleichberechtigt, dass sie ihre Arbeitsweise selbst bestimmen und ihre Arbeit selbst finanzieren. Sollte es gelingen, aus EU-Mitteln einen *Etat* für den NBKE zu bilden, stünde jeder Arbeitsinitiative ein gleicher Anteil zur Verfügung.
- Zweimal jährlich soll eine **Konferenz der Initiativen** stattfinden; sie soll den Initiativen Gelegenheit bieten, allen Interessierten über den Stand ihrer Arbeit zu berichten, untereinander ihre Zwischenergebnisse zu besprechen und eventuell zu koordinieren. Zu der Konferenz wird vom **Initiativkreis** eingeladen.
- Außerdem wird im Internet eine **Homepage** [www.eu21.buergerkonvent.info] und als Teil derselben ein **Info-Brief** eingerichtet, in welchem die Arbeitsinitiativen über ihre Intentionen berichten und untereinander diskutieren können.
- Das NBKE ist von seinem Selbstverständnis her daran interessiert, seine Arbeit allen parlamentarischen Gremien der EU laufend zur Kenntnis zu bringen. Eine Zusammenarbeit wird in dem Maße stattfinden, als sie auf Interesse bei den Institutionen der Europäischen Union und den für sie verantwortlichen Personen stößt.

9. Die Hauptetappe der Arbeit wird im Oktober 2008 abgeschlossen. Mit den dann vorliegenden Arbeitsergebnissen ist dann - wie unter 5. beschrieben - die Entscheidung 2009 vorzubereiten.

10. Wir sind überzeugt, dass sich auf diese Weise alle Bürgerinnen und Bürger der EU am verfassungsgebenden Prozess für ihren sozialen Organismus auf allen Ebenen - von der Initiative, über eine Vorabstimmung bis zur Entscheidung - im Maß ihres Interesses und Willens frei und gleichberechtigt beteiligen können. Je mehr diese Chance von vielen ergriffen wird, desto kräftiger wird sich die neue Identität Europas als eines souveränen politischen Subjekts mit dem ihm möglichen produktiven Beitrag für alles dasjenige entwickeln, was menschheitlich zusammenwachsen will, weil es in einer *globalen Friedensordnung* der Freiheit, des demokratischen Rechts und der gegenseitigen Hilfe zusammengehört.

Achberg am 21. 10. 2004. Mit einer Aktualisierung vom 4. 06. 2005. D-88147 Achberg - Humboldt-Haus, Panoramastr. 30, Tel. +49 8380 335 Fax - 675, eu@buergerkonvent.info, http://www.eu21.willensbekundung.net

### Anmerkungen

- 1 Näheres unter [www.eu21.willensbekundung.net](http://www.eu21.willensbekundung.net) [Menü > Memorandum]
- 2 Siehe FN 1 [Link zu Bisheriges > Charta]
- 3 [http://europa.eu.int/futurum/forum\\_convention/doc\\_de.htm](http://europa.eu.int/futurum/forum_convention/doc_de.htm)



# Betrachtungen und Berichte

---

## HEUSCHRECKENPLAGE?\*

---

*Udo Herrmannstorfer*

Ein Aufschrei geht durch die Gesellschaft: Unerträglich und schamlos sei es, so sagen die einen, wenn die Bekanntgabe eines Rekordergebnisses bei der Kapitalrendite in einer Zeit dringender benötigter Arbeitsplätze mit der Ankündigung weiteren Stellenabbaus verbunden wird, um diese Rendite noch weiter zu erhöhen. So geschehen bei einer Bank, die sich die „Deutsche“ nennt. Heuschrecken seien sie, alle diejenigen Kapitalvertreter, die Unternehmen nicht mehr als wertschöpfende und einkommenbildende Arbeitsstätten betrachten, sondern ausschließlich als Ort der Kapitalvermehrung, die Unternehmen aussaugen, ohne Rücksicht auf die gesellschaftlichen Folgen zu nehmen. Schließlich sei die Wirtschaft für die Menschen da und nicht für das Kapital. Und erste mögliche Vorstellungen werden geäußert, wie man gegen diese Heuschreckenplage zu Felde ziehen sollte und könnte.

Klassenkämpferischer Rückfall in sozialistische Neidzeiten aus wahltaktischen Gründen, so ereifern sich die anderen. Damit brandmarken man betriebswirtschaftlich erfolgreiche Unternehmen, ihre Manager und ihre Finanziere zu sozial unverantwortlichen Menschen - statt ihnen für ihren unermüdlichen und risikoreichen Einsatz zu danken, mit dem sie zwar nicht Arbeitsplätze, aber doch immerhin die Unternehmen retten und ständig die Produkte und Leistungen erzeugen und verbilligen, derer wir so dringend bedürfen. Der psychologische Flurschaden sei aber so groß, dass letztlich auch noch das investitionswillige und arbeitsplatzrettende Kapital endgültig ins Ausland abwandere. Damit würde alles nur noch schlimmer.

Was hier aus opportunistischem Anlass an die Oberfläche kommt, ist eine Fragestellung, die für unsere Zeit noch nicht gelöst ist, vielmehr durch allgemeines Wirtschaftswachstum nur überdeckt wurde. Das Verantwortungsverhältnis Wirtschaft und Gesellschaft im Großen, das Zusammenspiel von Geist, Kapital und Arbeit in Unternehmen und im Markt und die soziale Teilung der erwirtschafteten Werte in einer auf Gegenseitigkeit angewiesenen Arbeitsteilung sind tatsächlich nicht so weit entwickelt worden, wie es den gegenwärtigen Bedürfnissen entspricht. Dazu braucht es zunächst den Mut, auf die Prozesse und Wirkungen zu schauen, die tatsächlich da sind. Das ist insofern schwierig, als jeder einzelne gleichzeitig auch Beteiligter im sozialen Geschehen ist. Reine Zuschauer gibt es nicht. Die Art der Beteiligung erkennt man meist an den Argumenten, die jemand benutzt. Nur wenn wir versuchen, soziale Prozesse in ihrer Ganzheit zu verstehen und uns auch für das Ganze mitverantwortlich fühlen, ist Besserung zu hoffen.

Gehören alternative Unternehmen zu den Heuschrecken oder nicht? Denn sammelt eine alternative Pensionskasse nicht auch Gelder, legt sie an und vereinbart Zinsen, die von den Einrichtungen und deren Mitarbeitern gezahlt werden müssen? Sind wir nur kleinere und niedlichere Heuschrecken? Dass die Gefahr gegeben ist, wird allein schon daraus ersichtlich, dass der größte Teil der heute spekulierenden und rein renditeorientierten Anlagegelder aus den Alterssparguthaben derjenigen ahnungslosen Menschenkreise stammen, die von den beklagten Folgen am meisten betroffen sind. Wo und wie kann dieses Kapital, das vom Leben ständig nachgefragt wird, so eingesetzt werden, dass es lebensanregend und lebensspendend wirkt? Die tätige Beantwortung dieser Frage ist eine dauernde zentrale Aufgabe, wenn der Begriff des „Alternativen“ nicht zur Floskel werden soll: Alternativ sein heißt eben auch eine alternative Anlagepolitik zu machen.

Wo das nicht gelingt, da allerdings zeigt sich das Zerrbild der Heuschrecke. Deshalb wäre es auch gesellschaftlich viel wichtiger, darüber nachzudenken, wie diese Lebenskraft des Kapitals richtig erschlossen wird, statt Aktionsbündnisse zu schließen, um Heuschrecken zu bekämpfen.

\* Der Artikel erschien in geringfügig modifizierter Form in Infobrief der Hannoverschen Kassen, Nr12/2005. [www.hannoversche-kassen.de](http://www.hannoversche-kassen.de)

---

## DIE LISSABON-STRATEGIE = ZERSTÖRUNG DES SOZIALSTAATS?!

---

*Annette Groth*

Bereits im Rundbrief Dreigliederung Nr. 1/2005 war ein kurzer Artikel über die **Lissabon-Strategie** zu lesen, die beim EU-Gipfel im März ausführlich diskutiert wurde. Um das hoch gesteckte Ziel zu erreichen, bis 2010 der „wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsraum in der Welt“ zu sein, hat die EU den Mitgliedsstaaten weitere Maßnahmen empfohlen. Öffentlich bekannt wurden diese Empfehlungen kaum, obwohl eine Menge Sprengstoff darin verborgen ist. Nach wie vor ist der europäischen Öffentlichkeit kaum bekannt, dass die **Lissabon-Strategie ein wesentlicher Motor für die Zerstörung des Sozialstaats in Europa** ist. Kein Wunder, dass bislang kaum Protest dagegen laut geworden ist, obwohl der dringend nötig wäre.

Der „wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum“ soll u.a. erreicht werden, durch a) die Schaffung bzw. Vollendung des Binnenmarkts für Dienstleistungen, b) durch die Öffnung bisher abgeschirmter und geschützter Sek-

toren, c) durch stärkere Unternehmerfreundlichkeit und d) durch Steigerung der Flexibilität und Anpassungsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt.

In ihrer neoliberalen Ausrichtung hat die Lissabon-Strategie für die EU-Kommission einen ebenso großen Stellenwert wie die Errichtung des Binnenmarktes, die Einführung des Euro und die EU-Erweiterung. Für uns ist die Lissabon-Strategie die Konkretisierung der neoliberalen EU-Verfassung.

Wie viele andere EU-Strategiepapiere ist auch die **Lissabon-Strategie auf Initiative des European Round Table of Industrialists ERT** (Europäischer Runder Tisch der Industriellen), zustande gekommen. Der ERT ist ein mächtiger Industriellenclub, in dem die Vorstandschefs der 45 größten transnationalen Konzerne Europas Mitglied sind.

Bereits 1993 empfahl der ERT der EU-Kommission, eine Europäische Wettbewerbskommission (European Competitiveness Council) mit dem Mandat ins Leben zu rufen, die Wettbewerbsfähigkeit als höchste Priorität auf der politischen Agenda zu halten. Der Erfolg dieses ERT-Appells ist durchschlagend, denn die **Wettbewerbsfähigkeit** ist seit einiger Zeit in aller Munde.

Der ehemalige EU-Kommissionspräsident Santer folgte dem Wunsch der Industriellen und berief 1995 ein „Beratergremium zur Wettbewerbsfähigkeit“ mit 13 prominenten Industriellen, Gewerkschaftlern, Bankmanagern, Akademikern und Politikern. Vorsitz dieser Gruppe hatte der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des ERT und Vorsitzende von Unilever Floris Maljers. Diese Gruppe hat die **Lissabon-Strategie** konzipiert. Dementsprechend verbuchte Baron Daniel Janssen, ehemaliger Vorsitzender von SOLVAY und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wettbewerbsfähigkeit des ERT die Verabschiedung der Lissabon-Strategie als Erfolg des ERT. Er beschrieb die neoliberalen Reformen der EU als **„doppelte Revolution“**:

„Auf der einen Seite reduzieren wir Macht und Einfluss des Staates und des öffentlichen Sektors durch Privatisierung und Deregulierung. Auf der anderen Seite transferieren wir viel von der Macht der Nationalstaaten hin zu einer international ausgerichteten Struktur auf europäischer Ebene. Die europäische Integration entwickelt sich und hilft internationalen Industrien wie unserer.“<sup>3</sup>

Um die Realisierung der Lissabon-Ziele zu beschleunigen, wurde im Sommer 2003 ein „pro-reform Think Tank“, der sogenannte Lissabon Rat gegründet. Dieses Netzwerk zieht die Strippen bei der Durchsetzung neo-liberaler „Reformprojekte“ in ganz Europa und zielt auf Abschaffung des sozialen Wohlfahrtsstaates ab. Mitglieder des Lissabon Rates sind neben zehn Europäern, wobei die meisten „Politikberater“ mit großer Affinität zu konservativen Parteien sind, auch zwei US-Amerikaner (einer vom Institute for International Economics, einer der führenden neoliberalen Think Tanks der USA und ein ehemaliger Reporter des Wall Street Journal Europe).

Im Dezember 2004 versprach EU-Kommissionspräsident Barroso der UNICE, der europäischen Ver-

einigung der Industrie- und Arbeitgeberverbände und einer der bedeutendsten Lobbyverbände in Brüssel, das Vorantreiben der Lissabon-Strategie sei höchstes Ziel seiner Regierungsmannschaft. EU-Industrie-Kommissar Verheugen will sämtliche Instrumente einsetzen, um allen Unternehmen so günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, dass sie auf dem Weltmarkt mithalten können.

Im Abschlusscommuniqué des EU-Gipfels im März beschwört die EU-Kommission wiederholt die Notwendigkeit von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, die „Erschließung des Humankapitals“, **Senkung der staatlichen Beihilfen**, Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die **Reform der Sozialschutzsysteme**. Da das **Humankapital der wichtigste Aktivposten Europas** ist, soll **„lebenslanges Lernen, geographische und berufliche Mobilität“ der Arbeitnehmer** die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Konzerne erhöhen, wozu auch „neue Formen der Arbeitsorganisation und eine **größere Vielfalt der Arbeitsverträge**“ zählen.<sup>2</sup>

Werden die EU-Mitgliedstaaten gezwungen, weitere „Reformen“ in der Gesundheits-, Renten-, Arbeits- und Sozialpolitik durchzuziehen und den Sozialstaat endgültig zu begraben? Wird den anderen EU-Ländern das „Modell Deutschland“ mit seinem unsäglichen Hartz IV-Programm aufgezwungen, um die „Wettbewerbsfähigkeit“ zu steigern?

In ihrer Stellungnahme zum EU-Gipfel verlangt die UNICE eine **Bewertung von Gesetzesvorschlägen durch Unternehmen**, Reform der Sozialversicherungssysteme, **Senkung der Unternehmenssteuern**, flexiblere Arbeitsmärkte und die **Umsetzung der Binnenmarkt-Gesetzgebung**.<sup>3</sup>

Falls sich in der EU kein großer Widerstand gegen diese Ungeheuerlichkeit erhebt, könnte die Großindustrie demnächst legal die EU-Gesetze mitgestalten. So lange wird sie sich wie bisher darauf konzentrieren, durch Lobbyarbeit im Vorfeld EU-Gesetzesvorhaben zu verhindern oder zumindest zu verwässern. Schon jetzt haben die Lobbyisten erheblichen Einfluss auf EU-Gesetzesinitiativen „Wenn sich die Vertreter der nun 25 EU-Regierungen über die Gesetzesvorschläge beugen ... sind die Lobbyisten in Rufweite ... Mehr als einmal habe er (durch geschicktes Einspannen von Medienvertretern) unliebsame Vorschriften und Entscheidungen für seine Klientel noch im Entwurfsstadium abwenden oder ändern können“, sagt ein Industrielobbyist.<sup>4</sup>

Der Zusammenhang zwischen Lobbyismus, der EU-Verfassung, der Lissabon-Strategie und dem umstrittenen Entwurf für eine **Dienstleistungsrichtlinie** bleiben der europäischen Öffentlichkeit weithin verborgen. Die Notwendigkeit von „Reformen“, die den sozialen Wohlfahrtsstaat (welfare) durch einen „workfare“ Staat ablösen, werden weiterhin im nationalen Kontext diskutiert, die europäische Dimension wird weithin außer acht gelassen.

### Anmerkungen

- 1 Erik Wesselius: „The Lisbon Strategy - A Corporate Revolutionary Program for Europe“ in EU global-fatal?!, Ergebnisse der Europa-Konferenz Stuttgart, 4./5.März 2005, <http://www.trilateral.org/annmgs/trialog/trlgtxts/t54/jan.htm>
- 2 Rat der Europäischen Union: Schlussfolgerungen des Vorsitzes - Brüssel, 22. und 23. März 2005 - 7619/05, II. Neubelebung der Lissabonner Strategie: eine Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung, [http://ue.eu.int/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/ec/84347.pdf](http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/84347.pdf)
- 3 <http://www.unice.org/Content/Default.asp?PageID=89>, „Support the Commission Initiative Growth and Jobs - Presentation of UNICE Economic outlook Spring 2005“, siehe auch <http://www.euractiv.com/> „Die Strategie von Lissabon“
- 4 Hajo Friedrich: „Die fünfte Gewalt in Europa regiert mit. Lobbyarbeit in Brüssel bringt mehr als Proteste ein“, in: Das Parlament 17./24.Mai 2004

---

## RESOLUTION ZUM „BOLOGNA-PROZESS“

---

(cs) Der sogenannte Bologna-Prozess soll das Hochschulwesen in Europa harmonisieren. Die Eckpunkte wurden in der einer Erklärung der Bildungsminister aus 29 Ländern Juni 1999 in Bologna festgelegt. Ziele sind vergleichbare Abschlüsse, gestufte Studienabschlüsse („Bachelor“ und „Master“), Einführen eines Leistungspunktesystem sowie Modularisierung der Studiengänge, die Beseitigung von Mobilitätshindernissen und Qualitätssicherung. Inzwischen beteiligen sich 40 Länder am Bologna-Prozess, der damit über die EU hinausgeht. Auf dem european education forum im Mai im norwegischen Bergen haben Studierende die folgende Resolution zum Bologna-Prozess erarbeitet:

„Wir begrüßen die Absicht der europäischen HochschulministerInnen, den Hochschulzugang unabhängig vom sozialen und ökonomischen Hintergrund zu gestalten. Aber wir vermissen konkrete Ansätze zur Verwirklichung dieses Anspruches und sehen die sonstige Ausrichtung des Bologna-Prozesses im Widerspruch zu dieser Zielvorgabe. Die Privatisierungstendenzen und die verstärkte Ökonomisierung im Bildungsbereich werden von uns radikal abgelehnt. Das dreistufige Studiensystem (Bachelor/Master/Promotion) und das Konzept des lifelong learning sind darauf ausgerichtet, die Studierenden in erster Linie für einen wettbewerbsorientierten Arbeitsmarkt nutzbar zu machen und nicht darauf, ihnen selbstbestimmtes Lernen und die Bildung eines kritischen Bewusstseins zu ermöglichen.“

Unser Interesse ist eine Bildung, über deren Form und Inhalt wir frei und selbstbestimmt entscheiden können. Dazu gehört auch, dass Schritte zur Überwindung der strukturellen Benachteiligung von Frauen und der zunehmenden Ausgrenzung von MigrantInnen erfolgen müssen. Dazu gibt es keine konkreten Ansätze im Bologna-Prozess. Durch Struktur und Praxis der am Bologna-Prozess beteiligten Regierungen und Organisationen und die damit verbundene Zentralisierung und Bürokratisierung wird die Partizipation der direkt am Bildungsprozess Beteiligten verhindert.

Die gestalterische Beteiligung einzelner Studierender am Bologna-Prozess lehnen wir ab, da unsere Kri-

tik nicht in erster Linie an einzelnen Details der Umsetzung orientiert ist, sondern am kapitalistischen Charakter des Prozesses insgesamt, sowie der Tendenz, Bildung in eine standardisierte und vor allem exportfähige Ware zu verwandeln.

Wir verstehen Partizipation als notwendige Voraussetzung zur Entwicklung einer kritischen Bildung und damit als Grundlage für eine freie und selbstbestimmte Gesellschaft.

Die Erklärung ist u.a. von einer Reihe Allgemeiner Studentenausschüsse unterzeichnet. Wer mitunterzeichnen will schreibt an: [bologna-prozess-nein-danke@gmx.de](mailto:bologna-prozess-nein-danke@gmx.de)

---

## BÜNDNIS FÜR MEHR DEMOKRATIE: GESETZENTWURF AM 1. JUNI IM LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

---

Das Bündnis für mehr Demokratie in Baden-Württemberg mit über 20 Landesverbänden hat im Februar den Gesetzentwurf für Bürgerentscheide in Gemeinden und Landkreisen verabschiedet und die Kampagne für bessere Bedingungen zur Durchführung von Bürgerentscheiden beschlossen.

Wenn die Landesregierung keine Verbesserungen bei der direkten Bürgerbeteiligung vornimmt, soll noch in diesem Sommer mit der Unterschriftensammlung für einen Zulassungsantrag zum Volksbegehren begonnen werden. Die Landtagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben den Gesetzentwurf des Bündnisses übernommen und ihn Ende April in den Landtag eingebracht. Am 1. Juni steht die erste Lesung im Landtag an.

Mehr Informationen zum Gesetzentwurf und seinen Verbesserungen: [www.mitentscheiden.de](http://www.mitentscheiden.de)

---

## ZUR DEBATTE: GEBURTSLEIDEN VON REGIONALGELD

---

*Anton Kimpfler*

Ein wesentlicher Impuls dafür, dass in Deutschland sich nun Dutzende Gruppen mit Regionalwährungen befassen, ging in Bremen vom „Roland“ aus, wo Dietlind Rinke und Manfred Steinbach zu den Initiatoren gehören. Bemerkenswert ist, dass der Druck der ersten Gutscheine für dieses Komplementärgeld am 11. September 2001 geschah, als die Terroranschläge auf die beiden Hochhaustürme vom Welthandelszentrum in New York stattfanden.

Was diese herausragenden, repräsentativen Bauten für die Weltwirtschaft zum Zusammensturz brachte, hat mit dunklen globalen Verwicklungen zu tun. Der Schreiber dieser Zeilen hielt an demselben Tag im österreichischen Wiener Neustadt einen Vortrag zum Thema „Macht, Magie und Schein des Geldes“. Das ermahnt doch, darüber nachzudenken, wie sehr die

Anschläge mit problematischen Finanzabhängigkeiten zusammenhängen.

Beim „Roland“ ist es so, dass der einzelne Gutscheine laufend an Wert verliert. Der Händler muss berücksichtigen, wie viel er jeweils abzuziehen hat. Begründet wird das mit einer sogenannten Umlaufsicherung. Dahinter stecken Anschauungen, wie sie von Silvio Gesell ausgehen. Das ist eine einprogrammierte Inflation, die dafür sorgen soll, dass niemand Geld hortet, sondern der Umlauf sich beschleunigt vollzieht. Immer wieder wird auf ein Währungsexperiment im österreichischen Wörgl verwiesen, was dort einer erlahmenden Ökonomie aufgeholfen hat. Problematisch ist das dennoch, weil ja Geld ein Wertmesser sein und nur die Vermittlung von Gütern oder Leistungen gestatten soll. Inzwischen wird das Umrechnen in Bremen und Umkreis öfter umgangen, indem die Teilnehmer an der Komplementärwährung scheckartige Gutschriften verwenden, so dass das Problem der Berücksichtigung der Wertabnahme auf die Ausgabestelle zurückfällt, wo das Rolandguthaben verbucht wird.

Etwas weniger kompliziert, aber mit ähnlicher Anleihe an Silvio Gesell läuft der „Chiemgauer“ um, den ein Lehrer von der Waldorfschule Prien am Chiemsee mit Schülern in Gang brachte. Dies hat viel Resonanz im regionalen Raum gefunden und wohl auch manchen Geschäften zu größerem Umsatz verholfen. Genau das ist ja auch der Sinn von solchem Zusatzgeld. In der jeweiligen Region sollen Arbeitsplätze gesichert werden, statt dass zuviel anderswohin abfließt. Beim „Chiemgauer“ muss regelmäßig eine Gebührenmarke aufgeklebt werden, damit der Gutschein seinen ursprünglichen Wert behält.

Noch anders läuft es mit dem „Kann Was“ im Bereich von Kiel. Da muss zuerst mehr bezahlt werden und der Wert nimmt laufend ab, bis der aufgedruckte Endwert erreicht ist. Auch da bekommt der Händler oder Produzent, der so etwas empfängt, Probleme des Umrechnens aufgehalst. Dabei ist es für ihn schon schwierig genug, das Regionalgeld statt dem Euro zu akzeptieren, denn damit kann von ihm zunächst nur an wenigen Stellen neue Ware eingekauft werden. Sonst muss der Gutschein-Empfänger wieder zurückwechseln, um zu verhindern, dass er durch Wertverminderung noch zusätzliche Nachteile hat. Jedenfalls können diese Umständlichkeiten auch als Hürden gelten für eine bessere Verbreitung solcher komplementärer Geldkreisläufe. Es gibt auch Gutscheinsysteme wie den „Justus“ in Gießen, wo auf die zuweilen als Nachhaltigkeit bezeichnete Wertminderung verzichtet wird.

Beim Chiemgauer ist es etwas paradox, dass sich Silvio Gesell so in den Vordergrund schob, obwohl das von einer Waldorfschule ausging. Anscheinend sind dort die Auffassungen von Rudolf Steiner überhaupt nicht selbstverständlich, der deutlichst hervorhob, Kaufgeld sollte trotz zeitlicher Befristung seinen Wert bis zuletzt behalten. Das Altern hat sich im Leihgeldbereich zu vollziehen, was durch eine abnehmende Verzinsung geschehen kann. Das würde die größten finanziellen

Entstellungen heilen helfen, nämlich eine wuchernde Vermehrung des Vermögens oder auch von Schulden infolge des Zinseszinses. Wenn sich dann umlaufendes Geld seiner Gültigkeitsgrenze nähert, könnte es vor allem noch als Schenkgeld benutzt werden, um für jene Menschen zu ihrem Lebensunterhalt zu dienen, die im Bereich des Geisteslebens tätig sind.

Was die Euro-Beträge betrifft, welche sich dadurch ergeben, dass Gutscheingeld eingetauscht wird, sind auch verschiedene Verfahrensmöglichkeiten denkbar. Natürlich muss eine Reserve behalten werden zu Rücktauschzwecken. Aber selbst das kann ja noch bei einer sozial und ökologisch orientierten Bank verfügbar bleiben, etwa der Bochumer Gemeinschaftsbank. Wenn ein Komplementärgeldsystem gut angenommen wird, bleiben größere Reserven in Euro vorhanden, womit zum Beispiel biologisch und biologisch-dynamischen Landwirten eine Unterstützung zufließen kann, wie das beim „Roland“ satzungsgemäß vereinbart ist. Das mag durch Kredite geschehen, für die nur eine geringe zinsartige Gebühr aufzubringen ist (ohne Zinseszins). Oder beim „Chiemgauer“ wird eine Unterstützung von kulturellen Aktivitäten durch überschüssige Eurobeträge angestrebt. Je besser ein Gutscheingeld angenommen ist, um so mehr kann noch eine bankähnliche Tätigkeit sich damit verbinden, auch etwa sinnvolle soziale Projekte betreffend.

Anstelle des fragwürdigen und komplizierten Wertverlusts könnte sich hingegen einbürgern, dass beim Rücktausch des Gutscheins in Euro eine etwas geringere Summe zurückbezahlt wird. Das trüge genauso dazu bei, dass die Komplementärwährung weiter kreist und regional mehr in Benutzung bleibt. Aus der Differenzsumme könnten zunächst die Kosten für das Betreiben des Gutscheinsystems bestritten werden. Sonst wäre dafür auch ein Vereinsbeitrag zu benutzen. Damit alles rechtlich unanfechtbarer bleibt, sollten diejenigen, die ein Zusatzgeld einführen, dies im Rahmen einer Vereinsaktivität ablaufen lassen.

Wenn ein Gutscheinsystem sich einigermaßen eingebürgert hat, könnten sogar Kunden, die damit in einem Geschäft bezahlten, noch einen gewissen Rabatt bekommen. Denn das sind treuere Käufer. Sie können ja nicht überall mit ihrem Gutschein einkaufen, sondern werden jenen Geschäften eine größere Treue bezeugen, wo die betreffende Regionalwährung akzeptiert ist.

Dass Geld mit einer vertrauensvollen Beziehung zueinander zu tun hat, würde sich so bestätigen. Damit wäre auch eher ein Schutz aufzubauen gegenüber Fälschungsversuchen, die in diesem Bereich sonst leider auch vorkommen.

Da die Ein- und Verkäufe genauso steuerlich abzurechnen sind wie jedes Bezahlen mit Euro, braucht der Staat keine Angst zu haben, dass ihm etwas entgeht. Im Gegenteil könnte das manchen Aktivitäten in der jeweiligen Region einen Auftrieb geben, so dass die Menschen auch mehr von öffentlichen Unterstützungen wegkommen.

# Ankündigungen und Initiativen

**GENDRECK WEG**

**WWW.GENDRECK-WEG.DE**

**Freiwillige Feldbefreiung am 31. Juli 2005  
Aktion des zivilen Ungehorsams**

## Es droht Gefahr

Seit der Aufhebung des EU-Moratoriums zur Agro-Gentechnik werden erstmals in Deutschland großflächig gentechnisch manipulierte Pflanzen (GMO) angebaut. Durch Pollenflug verbreitet sich unkontrolliert genmanipuliertes Erbgut. Es ist nicht „rückholbar“ und niemand kann die Folgen der Agro-Gentechnik für Gesundheit, Ernährung und Natur abschätzen. Weltweit gefährden Gentechnik-Konzerne Nahrungssicherheit und Saatgutfreiheit und zwingen Bauern und Bäuerinnen in immer größere Abhängigkeiten. Die Gentechnik-Industrie versucht, unumkehrbare Fakten zu schaffen. Skandalös ist beispielsweise die jahrelange Einfuhr von in Europa nicht zugelassenem BT10-Mais nach Deutschland. Dieser Mais hat eine zusätzliche genetische Resistenz gegen ein Antibiotikum, das auch bei der Behandlung von Menschen verwendet wird. Die Firma Syngenta spricht derweil von „einer harmlosen Verwechslung“.

Noch dreister sind die Lizenzforderungen der Industrie an Bauern, die ihre Felder in der Nachbarschaft zu gentechnisch veränderten Pflanzen bewirtschaften. Durch Pollenflug und Windverteilung reifer Fruchtkörner bei der Ernte werden Nachbarfelder verunreinigt. Für diese Verunreinigungen muss der Geschädigte auch noch Lizenzgebühren zahlen. Die Erfahrungen in Kanada, USA, Südamerika und Asien zeigen, dass selbst großzügige Abstände zwischen den Feldern die schlechende Verschleppung der Gensaat nicht verhindern können. Eine Koexistenz zwischen Gentechnik und traditioneller Landwirtschaft, wie sie die Ernährung der Menschheit seit Jahrtausenden gewährleistet hat, ist nicht möglich.

Die Zeit ist reif. Wo genmanipuliertes Saatgut ausgesät wird, bleibt uns nur noch das Prinzip der Gefahrenabwehr. Wir werden als verantwortungsbewusste Bürger diese fatale Entwicklung aufhalten. Friedlich, öffentlich und entschlossen. Wir verlassen uns nicht auf Politik und Industrie, die uns mit Abstandsregelungen und Haftungsübernahmen ruhigstellen wollen. Wir rütern auf. Deutschland und Europa bleibt gentechnikfrei. Auch in tierischen Lebensmitteln wollen wir keine gentechnisch veränderten Futtermittel. Wir wollen, dass regionale Spezialitäten und kulturell verankerte landwirtschaftliche und geografisch typische Produktionsformen erhalten bleiben. Sie sind identitätsstiftend und gestalten unsere europäische Ernährungskultur. Diesen Schatz wollen wir bewahren und verteidigen.

## Wir werden jetzt aktiv

Bäuerinnen, Bauern, ImkerInnen, Hausfrauen, Naturschützer, Gläubige aller Religionen, Menschen unterschiedlichster politischer Richtungen, aller Berufe und jeden Alters erklären sich bereit, Zivilcourage zu zeigen und gewaltfrei der Gen-Saat Widerstand zu leisten. Wir setzen ein eindeutiges Zeichen gegen die Propaganda vom Nutzen der Gentechnik. Wir schützen die Zukunft unserer Ernährung und machen dem Anbau genmanipulierter Pflanzen den Garaus.

## GENDRECK WEG am Sonntag, 31. Juli 2005

Wir werden mit unseren Aktionen die Agro-Gentechnik öffentlich ächten. Den genauen Ort und Zeitpunkt, zu dem wir Felder mit genmanipulierten Pflanzen befreien, geben wir bundesweit und international per Zeitungsanzeigen und E-Mail-Rundbriefen bekannt.

Wir zeigen damit den von der Agro-Gentechnik bedrängten Entwicklungsländern und den Industrieländern, die sich für eine gentechnikfreie Landwirtschaft entschieden haben, dass auch in Deutschland keine Gentechnik, weder auf den Feldern noch auf dem Teller, akzeptiert wird. Mit unserem Widerstand sind wir nicht allein. In Afrika, Asien, Amerika und vielen europäischen Ländern haben Zehntausende von Menschen bereits derartige Initiativen ergriffen. Wir handeln gemeinsam über Ländergrenzen und Kontinente hinweg.

Durch unsere Aktionen wollen wir ein deutliches Zeichen setzen und die Politik dazu bewegen, eine weltweite Ächtung der Agro-Gentechnik durchzusetzen. Wir sind entschlossen, auch vor langwierigen juristischen Auseinandersetzungen nicht zurückzuschrecken. Agro-Gentechnik gefährdet das Überleben der Menschheit.

## Unterstützungsmöglichkeiten

- Die **Absichtserklärung** unterzeichnen. Damit erklärt der/die Unterzeichnende die Absicht, ein Feld vom Gendreck zu befreien und diese Absicht vorher auch öffentlich zu bekennen. - Sich öffentlich **solidarisch** erklären mit den Menschen, die zivilen Ungehorsam gegen die Agro-Gentechnik leisten. - **Spenden** für die Kampagne und **Bürgschaften** für eventuelle Gerichtsverfahren. - **Hilfe** bei der Organisation etc.

## Gewaltfreie Aktion und ziviler Ungehorsam

Gewaltfreiheit ist ein aktives Prinzip, das ermutigt und befähigt, Unrecht und Gefahren gezielt entgegenzutreten. Die Zerstörung fremden Eigentums wird in Deutschland als Straftat bewertet. Zur Tradition des zivilen Ungehorsams gehört es, dass wir bereit sind, die Folgen unseres Handelns zu tragen. Wir werden die betroffenen Bauern für den von uns verursachten Ernteausfall selbstverständlich entschädigen. Denn es geht

uns nicht um die Schädigung einzelner, sondern um den Schutz des Ökosystems Erde und unserer Gesundheit. Die Aktion findet statt, wenn mindestens 250 Unterzeichner ihre Teilnahme erklärt haben. Wir erhalten großen Zuspruch. Wir freuen uns, gemeinsam etwas für unsere und unserer Kinder Zukunft tun zu können. Machen auch Sie mit.

Flyer und Antwortformular zum Download im Internet unter [www.gendreck-weg.de](http://www.gendreck-weg.de) oder bei: Gendreck-weg, Jürgen Binder, Postfach 41, D-72101 Rottenburg, Tel: 0049 (0) 170-1857424, E-Mail: [aktion@gendreck-weg.de](mailto:aktion@gendreck-weg.de). Weitere Informationen und Links zum Thema Agro-Gentechnik finden Sie unter: [www.keine-gentechnik.de](http://www.keine-gentechnik.de) [www.genet-info.org](http://www.genet-info.org) // [www.gentechnik-freie-landwirtschaft.de](http://www.gentechnik-freie-landwirtschaft.de) // [www.gmwatch.org](http://www.gmwatch.org) // [www.gmofree-europe.de](http://www.gmofree-europe.de)

---

## AKTION WAHLSTREIK

---

### *Omnibus für direkte Demokratie*

Bei jeder Bundestagswahl geben wir unsere Stimmen für vier Jahre bedingungslos ab. Wir haben keinen weiteren Einfluss darauf, was tatsächlich damit geschieht. Das können wir nicht länger verantworten. Uns fehlt die bundesweite Volksabstimmung, das Recht, zwischen den Wahlen in einzelnen Sachfragen direkt zu entscheiden. 87 % der Bürgerinnen und Bürger sind für das Recht auf Volksabstimmung, aber der Bundestag lehnt es regelmäßig ab. Wir fordern die Einführung der bundesweiten Volksabstimmung! Spätestens bis zur nächsten Bundestagswahl. Erfolgt sie nicht, wählen wir nicht und senden unsere Wahlbenachrichtigungen an den OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE. So sammeln wir unsere Stimmen und setzen sie aktiv für die Entwicklung der Demokratie ein.

### **Die Gründe, warum wir die Aktion-Wahlstreik starten:**

**1. Demokratie ohne Volksabstimmung ist gar keine Demokratie:** Die von uns gewählten Politiker handeln in unserem Auftrag. Die Auftragsbedingungen sind im Grundgesetz beschrieben. Denn bereits seit 1949 steht dort: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeübt“ (Art. 20/2). Ein Abstimmungsgesetz wurde aber bisher nicht ausgeführt. Selbstverständlich muß in einer Demokratie der Souverän jederzeit seine Aufträge definieren und einzelne Sachfragen selbst entscheiden können. Hinzu kommt, dass man Gewissensfragen nicht delegieren kann. Dies allein ist schon Grund genug, warum das Abstimmungsrecht das Wahlrecht ergänzen muss.

**2. Wir machen Ernst:** Wir haben noch keine bundesweite Volksabstimmung, weil wir diese nicht nachhaltig einfordern. Die Parteien führen die Volksabstimmung nicht freiwillig ein. Mit der Aktion Wahlstreik setzen wir die Volksabstimmung in der Prioritätenliste ganz nach oben.

**3. Wir nehmen uns selbst ernst:** Viele Wähler haben ein schlechtes Gewissen, weil sie gewählt haben.

Viele Nichtwähler haben ein schlechtes Gewissen, weil sie nicht gewählt haben. Mit der Aktion Wahlstreik können wir zu uns selbst und zu unserer Verantwortung stehen.

**4. Das Nein ist ein Ja:** Wir Bürgerinnen und Bürger drohen jetzt den Wahlstreik an, damit wir in Zukunft durch Wahlen und Abstimmungen gestalten können. Der Einzelne tritt aus, damit alle eintreten können. Unsere Politiker werden die Probleme nicht mehr lösen, das können wir nur gemeinsam tun. Wohlgemerkt: wir fordern nicht dazu auf, in Zukunft nicht mehr zu wählen, sondern wollen dem Wählen wieder einen Sinn geben!

### **Die Aktion hat drei Phasen:**

**Erste Phase: Bis zur Bundestagswahl:** Wie fordern jetzt den Bundestag auf, die bundesweite Volksabstimmung einzuführen und drohen den Wahlstreik an.

**Zweite Phase: Wahlstreik am Wahltag:** Je nachdem ob der Bundestag die Volksabstimmung einführt, kann jede und jeder entscheiden, ob er oder sie in Wahlstreik tritt. Damit der Grund der Nichtwahl öffentlich wird, sammelt der OMNIBUS die Wahlbenachrichtigungskarten. Wir zählen die zugeschickten **Wahlbenachrichtigungen und veröffentlichen die Anzahl an die bundesweite Presse.**

**Dritte Phase: Ansammlung der Kraft:** Wenn der Wahlstreik stattgefunden hat, werden wir die zugesandten Wahlbenachrichtigungen im blauen OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE im Schlosspark Freudenberg in Wiesbaden deponieren. Dort lagern schon über eine Million Unterschriften für die bundesweite Volksabstimmung. Der OMNIBUS wird von Bienenvölkern bewohnt, die Demokratiehonig produzieren.

### **Häufige Fragen**

**Glauben Sie, dass wir mit der Aktion Wahlstreik die bundesweite Volksabstimmung erreichen können?** Seit über 40 Jahren verhindert der Bundestag die Einführung der bundesweiten Volksabstimmung. Das kann er, weil wir Bürgerinnen und Bürger die Volksabstimmung nicht energisch genug einfordern. Mit der Aktion Wahlstreik setzen wir die Volksabstimmung ganz hoch auf die Prioritätenliste. Das kann den vielleicht entscheidenden Kick geben.

### **Warum machen Sie die Aktion Wahlstreik - es gibt doch andere Möglichkeiten des Bürgereinflusses?**

Man sollte alle Möglichkeiten ergreifen. In der Initiative OMNIBUS arbeiten wir seit 25 Jahren an der Einführung der bundesweiten Volksabstimmung. Wir haben inzwischen alle denkbaren Aktionsmöglichkeiten erlebt: Petitionen, Unterschriftensammlungen, Kunstausstellungen, Infostände und Straßenaktionen, Leserbriefe, Aufsätze in Fachzeitschriften, Vorträge, Dissertationen, Seminare, Anzeigen, Prominentenaufrufe, Tagungen, Gespräche mit Abgeordneten, Internetkampagnen, Volksbegehren auf Länderebene, Beratung von kommunalen Bürgerbegehren, Seminare in Universitäten, .....

Es hat sich auch wirklich sehr viel getan: In der Bevölkerung gibt es inzwischen nach Umfragen eine

klare Mehrheit von ca. 80 Prozent für die Volksabstimmung. Mittlerweile gibt in allen Gemeinden, Städten und Bundesländern Regelungen für Volksbegehren und Volksentscheide. Jedes Jahr finden deutschlandweit ca. 300 kommunalen Bürgerentscheide statt.

Doch wir mussten auch erleben, dass unsere Parteien zäh wie Leder sind. Argumente zählen letztlich leider nicht. Die Parteien bewegen sich erst, wenn sie merken, dass es Wählerstimmen kostet. - Das können sie durch die Aktion Wahlstreik merken.

**Ich habe Angst, dass meine Stimme bei der Wahl fehlt und eine falsche Partei die Mehrheit bekommt.**

Wenn Sie es so empfinden, dann sollten Sie auf alle Fälle wählen. Noch einige Gedanken dazu: Viele Menschen wählen, ohne wirklich überzeugt zu sein von der Partei, die sie wählen. Man spricht gemeinhin von der „Wahl des geringeren Übels“. Das Übel besteht nun gerade darin, dass wir Parteien wählen! Parteien sind wichtig und sinnvoll als beratende Organisationen, doch nicht um gewählt zu werden. In Hamburg haben wir kürzlich einen beispielhaften Schritt gemacht von der Parteienwahl hin zu einer Personenwahl. Per Volksabstimmung gaben sich die Hamburger ein neues Wahlrecht, in dem jeder Bürger bei der Landtagswahl zehn Stimmen hat, die er direkt an die Kandidaten verteilen kann, die er kompetent und überzeugend findet, und zwar über die Parteigrenzen hinweg. Durch diese Stimmenverteilung beeinflussen die Wähler die Reihenfolge der Kandidaten auf den Wahllisten. Bisher haben die Parteien die sicheren Listenplätze vergeben. Jetzt entscheiden die Wähler, wer ins Parlament kommt. [...]

**So soll die bundesweite Volksabstimmung geregelt sein:**

**Volksinitiative:** 100.000 Unterschriften

> Behandlung im Bundestag

**Volksbegehren:** 1 Million Unterschriften

> Öffentliche Diskussion

**Volksentscheid**

> Mehrheit entscheidet

OMNIBUS für Direkte Demokratie, Öschstr. 24, 87437 Kempten, Tel. 0831-5707689, Fax 0831-5859202. Internet: <http://www.wahlstreik.de/183.html>. Dort findet man auch den vollständigen Text des Aufrufs.

## ZUR ROLLE VON ATTAC IM BUNDESTAGSWAHLKAMPF 2005

**Erklärung des Attac-Koordinierungskreises, 31.5.05**

Attac ist ein außerparlamentarisches Netzwerk - und das aus gutem Grund. Zum einen wird die Dominanz des Neoliberalismus auf Dauer nur zu brechen sein, wenn verschiedene emanzipatorische Strömungen und Gruppen in unserer Gesellschaft ihre Sichtweisen solidarisch zusammentragen und ihre Gemeinsamkeiten entwickeln. Eine kooperative Zusammenarbeit lässt sich aber mit der Konkurrenzlogik von Parteipolitik nur schwer

vereinbaren. Zum anderen zeigt die Erfahrung, dass sich gesellschaftlicher Wandel nur über eine Veränderung der herrschenden Diskurse erreichen lässt. Parlamentarische Politik allein kann dies ohne Unterstützung einer breiten sozialen Bewegung nicht leisten.

Dies bedeutet nicht, dass es gleichgültig ist, wie die Parteienlandschaft aussieht, wie die parlamentarische Opposition agiert und wer die Regierung stellt. Parteien und Parlament haben einen großen Einfluss auf das Meinungsklima und die gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse. Die neoliberale Allparteienkoalition im Bundestag war einer der Hauptgründe dafür, dass die Agenda 2010 bisher rücksichtslos durchgezogen werden konnte. Wenn im Parlament emanzipatorische Positionen artikuliert werden, dann nützt dies auch sozialen Bewegungen.

**Das Verhältnis von Attac zur parlamentarischen Politik:**

Es stellt sich die Frage, wie Attac sich zu einzelnen Personen, Parteien und Fraktionen in den Parlamenten verhält. Insbesondere zu der Frage, ob und was bei der kommenden Bundestagswahl gewählt werden soll, gibt es bei Attac unterschiedliche Auffassungen, die sich teils ergänzen, teils widersprechen. Im Einzelnen sind dies:

- *Wir brauchen eine starke parlamentarische Kraft.*

Um den Einfluss von Parteien und Parlamenten zu nutzen, brauchen wir auch eine starke parlamentarische Kraft, die die Interessen der globalisierungskritischen Bewegung und anderer sozialer Bewegungen vertritt. Wir fordern daher all jene auf, die sich für eine emanzipatorische Politik im Bundestag engagieren, verantwortlich gegenüber den Gesamtinteressen emanzipatorischer Politik zu handeln.

- *AnsprechpartnerInnen in Parteien können hilfreich sein.* Um den Druck in Richtung des notwendigen Politikwechsels zu erhöhen, können uns zwar parlamentarische AnsprechpartnerInnen, nicht aber die besondere Nähe zu einzelnen Parteien hilfreich sein. Wir begrüßen es daher, wenn in verschiedenen Parteien und Fraktionen Menschen unseren Positionen nahe stehen.

- *Die Arbeit in Parteien schwächt die Bewegung.* Da aufgrund der Kräfteverhältnisse im öffentlichen Diskurs derzeit die Chancen für eine wirklich emanzipatorische Politik in den Parlamenten minimal sind, halten wir die Arbeit in Parteien und Parlamenten zumindest derzeit für eine schädliche Schwächung der Bewegung. Unter anderem weckt sie möglicherweise Hoffnungen auf eine rasche Änderung der Verhältnisse, die nicht zu erwarten ist.

Attac wird daher weder eine Wahlempfehlung abgeben noch die Kandidatur von Einzelpersonen unterstützen. Wenn Personen, die Attac-Mitglieder sind, für Wahlen zum Bundestag kandidieren, so müssen sie jeden Eindruck vermeiden, dies im Auftrag von Attac zu tun. Erwecken sie hingegen diesen Eindruck, so wird Attac diesem Eindruck öffentlich entgegenzutreten müssen.

**Attac im Wahlkampf 2005:** Attac als außerparlamentarisches Netzwerk sieht seine Aufgabe im Wahlkampf darin, durch Aktionen, Expertisen und Bildungsarbeit auf den öffentlichen Diskurs Einfluss zu nehmen. [...]

---

## APPELL DER 333

---

In einem Appell rufen 333 UnterzeichnerInnen zu einem gemeinsamen Auftreten des Wahlbündnisses für Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) und der PDS auf. Für ein solches Bündnis hatte sich u.a. der ehemalige SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine sowie der als Spitzenkandidat der PDS nominierte Gregor Gysi ausgesprochen. Ab Herbst drohe die schwarze Agenda, Rot-Grün habe „dafür den Boden bereitet und nimmt auch im Wahlkampf keine grundsätzliche Strategiekorrektur vor. Es droht die kalte Perspektive eines schwarz-gelb verwalteten Neoliberalismus.“ In dieser Situation beginne „sich eine neue politische Dynamik der Linken und der sozialen Opposition zu entwickeln, die eine historische Chance für die politische Verankerung emanzipatorischer Kräfte birgt. Diese Chance darf nicht vertan werden. Die Hoffnungen auf ein gemeinsames Antreten zur Bundestagswahl 2005 dürfen nicht enttäuscht werden. [...] Der Erfolg einer linken Kraft ist auch wichtig für die Spielräume der fortschrittlichen Kräfte innerhalb der SPD und der Grünen. Ein gemeinsames Projekt erfordert von den Beteiligten eine Bereitschaft zum Kompromiss und zur Anerkennung der Divergenz - eine Kultur der wechselseitigen verlässlichen Solidarität. Gegenseitige Abwertung darf es nicht geben. Die Schwierigkeiten die durch den enormen Zeitdruck und die Anforderungen des Wahlrechts bestehen gilt es solidarisch und in Respekt vor den unterschiedlichen politischen Identitäten zu lösen.“

Kontakt: Prof. Rainer Rilling, [rainer.rilling@linksnet.de](mailto:rainer.rilling@linksnet.de); Dr. Christoph Spehr [Yetipress@aol.com](mailto:Yetipress@aol.com), Web: [www.linkslog.de](http://www.linkslog.de)

---

## ERSTES SOZIALFORUM IN DEUTSCHLAND

---

### *Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur, Erfurt, 21. bis 24. Juli 2005*

In Deutschland werden unter dem Begriff „Reformen“ profitorientierte Interessen mit Maßnahmen durchgesetzt, die zu Lasten der Bevölkerung gehen.“ Diese Politik führt zu steigender Erwerbslosigkeit, zu Verarmung und zum finanziellem Kollaps der Kommunen, der Länder und des Bundes. Dies ist ein weltweiter Prozess. Die neoliberale Globalisierung führt heute auch in den reichen Ländern zu Entwicklungen, unter denen die Menschen in der südlichen Erdhälfte schon seit Jahren - allerdings weitaus schlimmer - zu leiden haben. Dort wie hier zerstört sie die natürlichen Lebensgrundlagen dieser und kommender Generationen. Die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen wird zunehmend mit kriegerischen Mitteln betrieben. Während für das Kapital alle regulierenden Schranken fallen, werden, wie bei der „Festung Europa“, die Mauern gegen den Zustrom von MigrantInnen und Flüchtlingen hochgezogen. Die sozialen Grundbedürfnisse werden durch Privatisierung öffentlicher Güter sowie der Daseinsvorsorge ausgehebelt. Im Namen der globalen Wettbewerbsfähigkeit und der Konkurrenz aller gegen alle werden Tausende Arbeitsplätze vernichtet. Soziale und demokratische Rechte werden abgebaut.

Die gesellschaftliche Unzufriedenheit wird immer größer. Das provoziert die Frage, welche Veränderungen notwendig sind, um die sozialen Grundbedürfnisse und natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen zu sichern, Frauen und Männern eine existenzsichernde und gesellschaftlich sinnvolle Beschäftigung zu bieten, ihre Würde zu wahren und ihre demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten zu erweitern.

Immer weniger Menschen fühlen sich in ihren Anliegen vertreten. Wir müssen uns selber auf den Weg machen. Wir brauchen dafür ein zivilgesellschaftliches Forum, um uns über verschiedene soziale Milieus hinweg auszutauschen. Dort wollen wir Formen des Widerstands entwickeln und Widersprüche im Streben nach gemeinsamen Handlungsmöglichkeiten und der Entwicklung von Alternativen überwinden. Dazu bedarf es eines gesellschaftlichen Dialogs in einem offenen Raum jenseits von Parteien und weltanschaulichen Abgrenzungen.

Dieser Dialog ist Teil eines weltweit wachsenden Prozesses. Im südbrasilianischen Porto Alegre fanden sich im Jahr 2001 erstmals Menschen aus aller Welt unter der Losung „Eine andere Welt ist möglich“. Parallel zu ähnlichen kontinentalen Foren in Afrika und Asien traten 2002 in Florenz das Erste, 2003 in Paris das Zweite Europäische Sozialforum zusammen. In Deutschland gibt es Sozialforen in vielen Städten und Regionen.

Wir laden alle ein, die sich auf die Suche nach einer gerechten, friedlichen und ökologischen Gesellschaft machen wollen, sich am **Ersten Sozialforum in Deutschland vom 21. bis 24. Juli 2005 in Erfurt** mit ihren eigenen Vorschlägen und Vorstellungen zu beteiligen und am Vorbereitungsprozess mitzuwirken.

Das Sozialforum in Deutschland ist Teil des Weltsozialforums und arbeitet auf der Grundlage der Charta von Porto Alegre. Die verbindliche Anmeldung von Teilnehmenden ist über die Website [www.sozialforum2005.de](http://www.sozialforum2005.de) möglich.

Initiative für ein Sozialforum in Deutschland, c/o Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V., Gewerkschaftshaus, Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, 60329 Frankfurt am Main, Fax: 069 - 24 24 99 51, E-Mail: [info@sozialforum2005.de](mailto:info@sozialforum2005.de), Internet [www.sozialforum2005.de](http://www.sozialforum2005.de)

---

## FÜHRUNG IM SPANNUNGSFELD VON ZENTRUM UND UMKREIS

---

### *Vortrag und Seminar mit Yeshayahu Ben Aharon Überlingen, 30. September bis 2. Oktober 2005*

Veranstalter: Globalisierungsgruppe an der Freien Waldorfschule Überlingen-Rengoldshausen, verantwortlich: K-H. Briz, C. Dreiseitl, H. Erhart, H. Friedrich, G. Kühne, B. Schulz, E. Wilde.

Seit der großen Tagung „Clash of Civilisations“ im Herbst 2003 arbeiten wir regelmäßig in größeren Abständen daran, was wir hier in unserer Gegend tun können, um der elitären Globalisierung etwas entgegenzusetzen. Verschiedene Initiativen berichten jeweils, was in ihren Gruppen vor sich geht und welche Aktionen anstehen. Das gilt insbesondere für die Wasserkarawane, für die Aktion gentechnikfreie Landschaft,



für Fragen der Vermarktung von Demetererzeugnissen (insbesondere Milch und deren Produkte), für Regiogeld sowie für die Notwendigkeit einer freieren Arzneimittelwahl. Momentan sind wir dabei, uns mit dem Netzwerk GlobeNet 3 zu beschäftigen, einer internationalen Vereinigung auf der Basis der Dreigliederung. Zu seinen Gründern zählen Nicanor Perlas (Philippinen) und Yeshayahu Ben Aharon (Israel), die ja auf der Herbsttagung 2003 die Vortragenden waren.

Für den Herbst haben wir wieder eine öffentliche Tagung geplant, zu der wir alle an diesen Fragen Interessierten herzlich einladen wollen. Wir möchten an die letzte Tagung anknüpfen und uns auf unsere mitteleuropäischen Aufgaben besinnen. So wollen wir ein Thema aufgreifen, das in der Arbeit der Zivilgesellschaft - aber nicht nur da - immer wieder vor Augen steht: wie können wir mit Macht und Ohnmacht, mit Zentralismus und Chaos umgehen, wie finden wir zu einer eigenen Führung und bleiben doch offen für das, was um uns ist.

Freitag, den 30. September 05 20.00 Uhr: Vortrag.  
Samstag, den 1. Oktober 9.00 Uhr bis Sonntag, den 2. Oktober 17.00 Uhr: Seminar. Wir bitten die Teilnehmer, die Kosten für dieses Seminar zu decken. Je nach Teilnehmerzahl wird der Richtsatz zwischen 50 und 70 EUR liegen. Nachfragen und Anmeldung: Elisabeth Wilde, Im Gehren 1, 88662 Überlingen, Tel 07551-63987 und Gabriele Kühne, Im Gehren 1, 88662 Überlingen, Tel. 07551-62039, E-Mail: gabrielekue@web.de

## FÜHRUNG - TABU ODER GESTALTUNGSFELD DER SELBSTVERWALTUNG?

**Neuer Kurs 2005 - 2006**

### „Führung in der Selbstverwaltung“

Unter dem Thema „Führung in der Selbstverwaltung“ findet - bereits zum fünften Mal seit 2001 - eine Schulung für Menschen statt, die verantwortliche Aufgaben in Schul- und Heimleitung oder in der Geschäftsführung übernommen haben. In einem systematischen Durchgang werden die grundlegenden Gestaltungs kræften eines sozialen Organismus ins Bild gebracht, um daraus das Verhältnis von Führung und Selbstverwaltung für die komplexer werdenden Innen- und Außenprozesse gestaltbar zu machen. An Themen wie Verantwortung, Motivation, Zusammenarbeit, Leistung, Konfliktbearbeitung, Innovation oder Organbildung, werden Maßnahmen und Instrumente für die verschiedenen Gestaltungsbereiche vorgestellt, selbst erarbeitet und in die eigenen Aufgabenfelder umgesetzt. Mit der Vorstellung eigener Projekte, an denen die Teilnehmer begleitend in ihren Einrichtungen gearbeitet haben und der Vereinbarung weiterer Arbeitsschritte endet der Kurs.

Zeitlich gliedert er sich in fünf Blöcke von drei Tagen: 5. - 8.10. 2005 // 30.11. - 2.12. 2005 // 18. - 20. 1. 2006 // 1. - 3. 3. 2006 // 3. - 5. 5. 2006. Veranstaltungsorte sind Bingenheim und Unterlengenhardt. Die Durchführung liegt bei Udo Herrmannstorfer, Dornach, und Dr. Gerhard Herz, Gröbenzell, unterstützt durch weitere Dozenten.

Info und Anmeldung: Gerhard Herz, 08142-570770, gerhardherz@ibuibu.com, www.ibuibu.com

## DAS WEIBLICHE UND DER SONNENSTAAT

### Konkrete Utopie Soziale Plastik - III. Beuys-Symposium in Achberg 28.08.-04.09.2005

#### Das dritte Achberger Beuys-Symposium

Im Laufe der letzten beiden Jahre ist das Achberger Beuys-Symposium im Dreiländereck am östlichen Bodenseeufer zum gut besuchten Event und interessanten Ereignis herangereift, so dass es 2005 zum ersten Mal mit einem Akademievorlauf ergänzt wird. Mehrere 100 Menschen trafen sich die letzten beiden Jahre in Achberg, um die Arbeit des Weltkünstlers, Philosophen und Sozialreformers Joseph Beuys unter verschiedenen Blickwinkeln (2003: Pädagogik/Therapie, 2004: Kapital/Geld) zu bewegen und zu befragen. Dabei konnte die Tagung selbst erste Schritte in Richtung einer Sozialen Plastik gehen, bei der nicht nur diskutiert und geredet, sondern auch auf der zwischenmenschlichen Ebene im Sinne eines Wärmeorganismus gehandelt und gestaltet wurde. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigte, dass sich in den Vorträgen und im Dialog aller Teilnehmenden durch Mitdenken, Mitreden und Mithandeln ein großes kreatives Potential entfaltet und sich so auf schönste Weise die von Joseph Beuys vertretene These von der Sozialen Plastik bestätigte. In diesem Sinne möchte das III. Beuys-Symposium wiederum weiter wachsen. Es sind alle Menschen herzlich eingeladen!

„Die Frau hat sehr viel Elementares in sich. Der Mann hat sehr stark die materialistische Entwicklung auf die Todesprinzipien durchgemacht. Er ist also sehr viel abstrakter entwickelt worden als die Frau, die von ihren guten Einsichten oder auch Stimmungen und Gefühlen mehr als andere in der anderen Welt behalten hat, Gott sei Dank. Deswegen muss aber heute diese Kraft, die die Frau in sich hat, kommen.“ (Joseph Beuys)

„Das weibliche Prinzip wollte ich gerne herausstellen. Ich wollte mich damit identifizieren ... Das Lebensprinzip hat mich immer interessiert, das drückt sich durch die Frau aus. Die Frau tritt heroisch auf, als Heldenfigur, als Amazone, als Aktrice, die eine gewisse Führungsrolle übernimmt, also viel heroischer und kämpferischer als der Mann.“ (Joseph Beuys)

**Das Weibliche:** Wir leben in einer Zeit, die seit etwa 2000 Jahren männlich geprägt ist. Die Tendenz ist: Welt und Natur wurden erobert und untertänig/dienstbar gemacht. Das ist die männliche Geste, aber wohl gemerkt nicht zwangsläufig die des Mannes: „Das Maschinenzeitalter ist ein Produkt der Männerkultur, und die Art und Weise dieser Kultur macht die Betätigungsweise für die Frau in einem höheren Maße zur Unmöglichkeit als die Betätigungsweise des früheren Wirtschaftslebens.“ (R. Steiner über „Die Frauenfrage“) Viele Interpreten unserer Zeit sind sich darin einig, dass wir einen tiefgreifenden Paradigmenwechsel erleben, der so etwas nötig macht wie eine weibliche Kultur. Worin aber besteht diese Qualität des Weiblichen? Joseph Beuys hat lange vor der Frauenbewegung und vor einer in den 70er Jah-

ren aufblühenden feministischen Theologie - also bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit - in Werk und Arbeit dem weiblichen Gestus einen Vorrang eingeräumt. [...]

**Der Sonnenstaat:** Der Begriff des „Sonnenstaates“ von Tommaso Campanella wurde von Beuys immer wieder als mehr „atmosphärische“ Metapher für die Soziale Plastik verwendet, ohne dass er den deutlich vom Autor vorgegebenen, wenn auch akzeptierten Verhaltenskodex dieser Vision direkt übernahm. Vielmehr ging es ihm darum, das Bild zu nutzen, d.h. Wärme und Licht, die in dem Begriff des Sonnenstaates liegen, mit seinen Vorstellungen zu verbinden. Es war ihm klar, dass keine neue Gesellschaft ohne (zwischenmenschliche) Wärme, d.h. ohne Liebe entstehen könne. So schrieb er auf die erste der drei Achberger Ta-

feln „Liebe? Freiheit? Sonnenstaat“ und führte aus: „Man könnte ihn (den zukünftigen Planeten) nach der Utopie, wie sie ja genannt wird von Campanella, den „Sonnenstaat“ nennen. Das Werkzeug, die Soziale Skulptur als eine Brutstätte ..., aus der dieses Fahrzeug, diese Wärmefähre erzeugt werden kann.“ (in: Kunst = Kapital, Wangen 1993) Wie wir diesen Begriff heute neu und mit Beuys' Hilfe er/füllen können, das wollen wir auf dem Symposium erarbeiten und erleben. [...]

**Programm und Anmeldung:** Verein zur Förderung des Erweiterten Kunstbegriffs und der Sozialen Plastik Rainer Rappmann, Am Schwarzenbach 25, D-88239 Wangen/Allgäu, Tel:075 28 -77 34, Fax:075 28 -60 28, E-Mail: FIU-Verlag@t-online.de, internet: www.FIU-Verlag.com bzw. <http://www.fiu-verlag.com/symposien.php>

## Literatur

### KARL-DIETER BODACK: INTERREGIO - DIE ABENTEUERLICHE GESCHICHTE EINES BELIEBTE ZUGSYSTEMS

**EK Verlag, Freiburg 2005, ISBN 3-88255-149-6, [www.eisenbahn-kurier.de](http://www.eisenbahn-kurier.de). Ein lebendiges Beispiel praktischer anthroposophischer Sozialwissenschaft**

*Martin Bacher*

Hinter dem harmlosen Titel InterRegio würde niemand einen so spannenden Kriminalfall der Globalisierung vermuten, wie es die Privatisierung der Deutschen Bundesbahn ist. Karl-Dieter Bodack beschreibt mit „Herzblut“ diesen Vorgang differenziert an dem komplexen Projekt des Zugsystems InterRegio.

Dabei zeigt sich der Kampf zweier Menschenbilder. Das darwinistische Weltbild gilt allgemein und fast religiös als Fundament des freien Marktes: Globalisierung und Amerikanisierung der weltweiten Märkte umschreiben hier die wesentlichen Tendenzen.

Diesem Weltbild steht polar das organisch-lebendige Menschenbild des Goetheanismus (Rudolf Steiner) gegenüber, das auf die Fähigkeiten, Rechte und Bedürfnisse der menschlichen Individualität setzt.

In dem Buch wird das ganz konkret als Kampf zwischen „Börsenbahn“ und „Bürgerbahn“ dargestellt. Die ein Unternehmen führende Persönlichkeit („Manager“) entscheidet darüber, welches Menschenbild zum Zug kommt.

Wird Dr.-Ing. Reiner Maria Gohlke (ab 1982 Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Bundesbahn) als der „gute Geist“ dargestellt, der eine Weiterentwicklung der Bundesbahn zu einem markt- und kundenorientierten Verkehrssystem versteht und anstrebt, erscheinen dagegen Heinz Dürr und vor allem Hartmut Mehdorn (nachfolgende Vorstandsvorsitzende) als

quasi religiös fundierte Vertreter einer Privatisierung der Deutschen Bundesbahn.

Dabei ginge es, wie es Daniel Goeudevert formuliert, eigentlich um etwas ganz anderes: Eine sozial nachhaltige, ökologische Lösung des Transport- und Reiseproblems - quasi von Haustür zu Haustür - als Alternative zum Umwelt zerstörenden Individualverkehr.

Der InterRegio hätte sicher auch in der Zukunft ein Kernbaustein einer integrierten Verkehrslösung sein können. Von den Vertretern der Privatisierung werden dessen Erfolge ignoriert, gelehnt und sogar mit falschen Zahlen diffamiert.

In vielen gesellschaftlichen Bereichen, in denen staatliche Leistungen ohne vernünftigen Ausgleich durch eine assoziative Wirtschaft (Rudolf Steiner) privatisiert wurden, kam es zu Preissteigerungen für den Konsumenten. Die privatisierten Anlagen werden durch eine maßlose Profitgier ausgeschlachtet und fallen danach im besten Fall in einem desolaten Zustand an die öffentliche Hand zurück (vgl. England).

Wenn man eine solche Zerstörung als den Zukunftszustand unserer Gesellschaft will, muss man den begonnenen Weg der Zentralisierung der Organisation, der Entmündigung der Mitarbeiter, der Hochpreispolitik, der unsinnigen Prestigeprojekte und der Hochgeschwindigkeit weiterreiben. Erstaunlich ist nur, wie wenig bewusst derartige Strategien den betroffenen Menschen sind: sie müssten sich doch in wohlverstandenen eigenen Interesse massiv dagegen auflehnen!

Karl-Dieter Bodack stellt überzeugend eine Alternative der Reisekultur, eines Verkehrsverbundes für Alle, eines neuen Reiseerlebnisses und einer kooperativen Unternehmenskultur dar, die viele Jahre mit Erfolg realisiert worden war. Im konkreten Zusammenhang von Volkswirtschaft und Unternehmenspolitik zeigten sich hier nachweislich positive Auswirkungen bis zum Mitarbeiter und Kunden.

Es wird selten einen so lebendigen Praxisbericht geben, der bis in das Detail zeigt, vor welchen Herausforderungen wir in einer zukunftsgerechten Gestaltung unserer Wirtschaft stehen.

Mag auch der Kampf von Karl-Dieter Bodack mit dem Zeitgeist der Privatisierung („Tanz um das goldene Kalb“) wie ein Kampf gegen Windmühlenflügel erscheinen, so gehört doch den in diesem Buch dargestellten Ideen und Konzeptionen die Zukunft.

---

## DER WEG DER KUNST

---

**Thomas Brunner: Friedrich Schiller - Die Kunst als Weg zur menschenwürdigen Gesellschaft**  
**Edition Immanente im FIU-Verlag, Wangen-Cottbus-Leipzig 2005, 83 Seiten, 15 EUR**

Philipp Tok

„Von Schillers bekannten zwei Wegen: ‚Wahrheit suchen wir beide, du außen im Leben, ich innen In dem Herzen, und so findet sie jeder gewiss. Ist das Auge gesund, so begegnet es außen dem Schöpfer; Ist es das Herz, dann gewiss spiegelt es innen die Welt‘ wird der Gegenwart vorzüglich der zweite frommen.“

Mit diesen Worten eröffnet 1894 Rudolf Steiner sein Hauptwerk *Die Philosophie der Freiheit* (GA 4a). Nach seiner langjährigen Aufarbeitung Goethes knüpft er mit diesem Zitat seine eigenständige Arbeit direkt an Friedrich Schiller an. Er widmet sich dem Menschen in der sozialen Welt der Neuzeit, der über die Natur hinausgehend nicht von Goethes gesundem Auge erspäht wird. Später charakterisiert Steiner dies wie folgt, „Weil Goethe das innerste menschliche Erlebnis nicht kannte, war es ihm unmöglich, zu den letzten Gedanken über die sittliche Weltordnung zu gelangen, die zu seiner Naturanschauung notwendig gehören. Die Ideen der Dinge sind der Inhalt des in den Dingen Wirksamen und Schaffenden. Die sittlichen Ideen erlebt der Mensch unmittelbar in der Ideenform.“ (GA 6). Die Gegenwart sittlicher Ideen ist demnach der Gehalt, dem der Schillersche Weg vorzüglich frommt.

Bis heute stehen wir vor Schiller als vor einer Schattenfigur im Werk Rudolf Steiners. Diesen Umstand gründlich zu bereinigen und dabei ein zunehmend lebendiges Bild Friedrich Schillers und Rudolf Steiners zu gewinnen, widmet sich die Schrift *Friedrich Schiller - Die Kunst als Weg zur menschenwürdigen Gesellschaft*.

Der erste Blick dieses umfassenden Wurfes fällt auf den amerikanischen Wissenschaftsjournalisten Jeremy Rifkin. Mit seinem 1998 erschienenem Buch *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft* vollbrachte er eine kleine Revolution in der Sozialwissenschaft, in Brunners Schrift wird er als scharfsinnig gewürdigt und zugleich als Symptom einer einseitig wirtschaftlichen Warte sauber ausgeleuchtet. Rudolf Steiner und Friedrich Schiller liefern das Licht, das Rifkins Genialität weit umfasst. Eine Einleitung, die den notwendigen Zeitbezug bestechend herstellt.

Im Bilde der Delphischen Kultanlagen spannt sich im Anschluss der Bogen in die Höhen der griechischen

Bau-Kultur, um an ihr ein inneres Bild der Sozial-Architektur zu gewinnen. Anschaulich gelingt es Thomas Brunner in diesem Bild, 2000 Jahre Kulturgeschichte auf ihre soziale und bewusstseinsgeschichtliche Entwicklung hin zu beurteilen. Ein Reigen der Meister von Sokrates bis Fichte wartet auf, Schiller im ihm würdigen Lichte erscheinen zu lassen. Die Begegnung Schillers mit Goethe begeht in dieser umfassenden Imagination ein Jahrtausende umfassendes Ereignis.

Doch nicht nur der bis heute in seiner philosophischen Bedeutung verkannte Schiller wird gehoben - auch sein enger Freund Wilhelm von Humboldt scheint durch die Zusammenschau, das erste mal in sein volles Recht zu treten. Seine *Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen* bekommen ihren Platz als die wesentlichste Arbeit hin zu einem Rechtsleben jenseits staatlicher Bevormundung und normierender Gesellschaftsbildung. Dieser hier nur angedeutete Zug, die soziale Dreigliederung an die Werke kulturgeschichtlicher Persönlichkeiten zu knüpfen, wirkt ungemein belebend. Hier wirkt Wissenschaft tatsächlich als „Erhöhung des Daseinswertes der menschlichen Persönlichkeit“ (R. Steiner, GA 4). Das Finale dieser genialisch formierten Zusammenschau, nimmt sich Schiller und das „soziale Hauptgesetz“ Rudolf Steiners vor. Mit den zuvor gewonnenen Gesichtspunkten, werden die einseitigen Tendenzen der bisherigen Auslegung des Gesetzes bestimmt und überwunden. Das soziale Hauptgesetz erscheint erstmalig als künstlerische Methode. Das wohl Umfassendste was bisher zum sozialen Hauptgesetz gesagt wurde - allein dieses Kapitel macht die Schrift unumgänglich.

Ohne Ärgernis erregen zu wollen, ist zu sagen, dass hiermit eine Arbeit vorgelegt ist, die uns die ewig utopische Blässe der sozialen Kunst auf den Boden eines großen kulturgeschichtlichen Entwurfes holt und sie zugleich dem in ihm enthaltenen menschlichen Leben verstehbarer nahe bringt. Es ist äußerst erfreulich, wie häufig Thomas Brunner Momente schafft, die durch einen Reichtum an prägnanter Kultursubstanz Schiller und Steiner gesättigt zur Erscheinung bringen. Joseph Beuys mag in dieser Schrift einen würdigen Freiheitswissenschaftler finden der seine Free International University mit einem hochwertigen Arbeitsmaterial versorgt. Der umfangreiche Anmerkungssteil wirkt wie eine „permanente Konferenz“ (Beuys), die wohl heute noch den abgeschlossenen Druck rückgängig machen möchte, um die neuesten Funde und Entdeckungen unterzubringen.

Wagte es Steiner, Goethes Weltanschauung eine Erkenntnistheorie zu entlocken, möchte man erwägen, ob Brunner hierin nicht auf eine Weltanschauung der Schillerschen Erkenntnistheorie anspielt. Schließen wir mit einem Wort Rudolf Steiners das im Lichte der Brunnerschen Arbeit gesehen, ein volles Leben gewinnt:

„Und wenn im Gemeinschaftsleben verschiedene Menschennaturen zusammenwirken, so ist in dieser Wechselwirkung doch nur ein Bild der mannigfaltigen Kräfte gegeben, die in ihrer gegenseitigen Beziehung das eine *individuelle* Gesamtwesen ausmachen.“ (GA 22)



## Individualität und soziale Verantwortung

Grundlagen und Praxis der Dreigliederung des sozialen Organismus  
Fortbildungsseminare für Tätige

Seminar, 24. - 26. Juni 2005, Anthropos. Zentrum, Wilhelmshöher Allee 261, 34131 Kassel

### Geisteswissenschaft und soziale Frage

#### Rudolf Steiners Aufsätze 1905/06 - Keim für die Zukunft

Mitveranstalter: Kulturinitiative im Anthroposophischen Zentrum Kassel. Mit Udo Herrmannstorfer, Michael Ross, Harald Spehl und Christoph Strawe. **Freitag, 24. Juni:** 19.15: Öffnung des Tagungsbüros // 20.00: Die Keimkraft des Sozialimpulses in Rudolf Steiners Aufsätzen „Geisteswissenschaft und soziale Frage“ (Vortrag Udo Herrmannstorfer). **Samstag, 25. Juni:** 09.00 - 09.45: Musikalische Arbeit (Angelika Remlinger) // 09.45 - 11.00: Soziale Frage und soziale Bewegungen in den letzten 100 Jahren (Vortrag Christoph Strawe) // 11.30 - 13.00: Gesprächsarbeit // 14.30 - 15.15: Musikalische Arbeit // 15.15 - 16.30: Die Auseinandersetzung mit dem Egoismus als Prüfstein sozialer Entwicklung (Vortrag Michael Ross) // 17.00 - 18.30: Gesprächsarbeit // 20.00 Die Befreiung der Überschusskräfte - das soziale Hauptgesetz und die Trennung von Arbeit und Einkommen. **Sonntag, 26. Juni:** 9.00 - 9.45: Musikalische Arbeit // 09.45 - 11.00: Gesprächsarbeit: Perspektiven und Handlungsrichtungen // 11.30 - 12.30: Bericht über ein neues Fortbildungsprojekt zum tieferen Verständnis und zur praktischen Ausgestaltung bzw. Umsetzung der sozialen Dreigliederung (berufsbegleitender Studiengang „Anthroposophisch orientierte Sozialentwicklung“) - Für Interessenten besteht nach einer Mittagspause die Möglichkeit zu weiterer Information. **Teilnahmegebühr** Seminar Kassel EUR 140,- (ohne Unterbringung und Verpflegung. Gemeinschaftsverpflegung zusätzlich EUR 25,-)

Seminar, Fr, 4. - So, 6. November 2005, Rudolf Steiner Haus, Hügelstr. 67, 60433 Frankfurt am Main

### Entwicklung verstehen: Schlüssel sozialer Gestaltung

#### Schillers Ästhetische Briefe und die Gegenwart

Mitveranstalter Anthroposophische Gesellschaft Frankfurt/M, Goethe-Zweig. Mit Ulla und Udo Herrmannstorfer, Michael Ross und Christoph Strawe. Die Vorträge werden ergänzt durch Rezitationen (Ulla Herrmannstorfer). **Freitag, 4. November:** 19.15: Öffnung des Tagungsbüros // 20.00: Von der Pflicht zur Freiheit - die Bedeutung Kants und Schillers für die Gegenwart (Vortrag Christoph Strawe, mit Aussprache). **Samstag, 5. November:** 9.30 - 11.00: Ethischer Individualismus und soziale Dreigliederung. Die Weiterbildung der Ansätze der Schillerzeit durch die Anthroposophie Rudolf Steiners (Vortrag Michael Ross) // 11.30 - 13.00: Gesprächsarbeit // 15.00 - 16.30: Polarität und Steigerung - die Frage nach der schöpferischen Mitte (Vortrag Udo Herrmannstorfer) // 17.00 - 18.30: Gesprächsarbeit // 20.00: Forum: Sozialmodelle ohne Entwicklung: „Neoliberalismus“ und „Teilautonomie“. **Sonntag, 6. November:** 9.00 - 10.30: Freiheit als Weg zur Selbstverpflichtung (Vortrag Udo Herrmannstorfer) // 11.00 - 12.30: Abschlussgespräch. **Teilnahmegebühr** EUR 140,- (ohne Unterbringung und Verpflegung). Verpflegung EUR 20,-.

Arbeitstagung, Fr, 18. - So, 20. Nov. 05, Uni Trier, Universitätsring 15, 54286 Trier, Gebäude A

### Die Zukunft des öffentlichen Sektors

#### Der neue Umgang mit den Gemeinschaftsgütern - Alternativen zu Bürokratie und Kommerzialisierung

Mit Udo Herrmannstorfer, Michael Ross, Harald Spehl und Christoph Strawe. **Freitag, 18. November:** 19.30: Öffnung des Tagungsbüros // 20.00 - 22.00: Was heißt heute öffentlich? Die Überwindung des Dualismus Staat-Privat. Beiträge von Prof. Harald Spehl (zur akademischen Diskussion des Themas), Udo Herrmannstorfer (zur historischen Entstehung) und Dr. Christoph Strawe (zur aktuellen Debatte in der globalen Zivilgesellschaft). **Samstag, 19. November:** 09.00 - 10.00: Was sind öffentliche Güter? Zur Neuordnung des Rechts auf gesellschaftliche Teilhabe (U. Herrmannstorfer, C. Strawe) // 10.00 - 10.30: Aussprache im Plenum oder in Arbeitsgruppen // 11.00 - 12.00: Wer entscheidet über öffentliche Güter? Bewertungs-, Umsetzungs- und Betriebsfragen (U. Herrmannstorfer) // 12.00 - 12.30: Aussprache im Plenum oder in Arbeitsgruppen // 14.30 - 15.30: Wer finanziert öffentliche Güter? Investition und Amortisation (H. Spehl) // 15.30 - 16.00: Aussprache im Plenum oder in Arbeitsgruppen // 16.30 - 17.30: Was nützen öffentliche Güter? Die Frage nach der Sozialbilanz (M. Ross, U. Herrmannstorfer). 19.00 - 21.00: Anwendung der gewonnenen Gesichtspunkte in Arbeitsgruppen zu einzelnen Bereichen des öffentlichen Sektors (z.B. Hochschulen und Schulen, Krankenhäuser, Landwirtschaft/Landschaftspflege, Wasserversorgung, Verkehrswesen). **Sonntag, 20. November:** 09.00 - 11.00: Berichte aus den Arbeitsgruppen (M. Ross, U. Herrmannstorfer, H. Spehl, C. Strawe) // 11.15 - 12.30: Schlussgespräch: Die Zukunft des öffentlichen Sektors. **Teilnahmebeitrag** (ohne Unterbringung und Verpflegung) EUR 100,- (Studierende EUR 40,-, SchülerInnen EUR 15,-).

**Anmeldung:** Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart,  
Haußmannstr. 44a, 70188 Stuttgart // Tel. 0711 / 23 68 950, Fax 23 60 218,  
E-Mail: [Institut@sozialimpulse.de](mailto:Institut@sozialimpulse.de) // Internet: [www.sozialimpulse.de](http://www.sozialimpulse.de)